

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

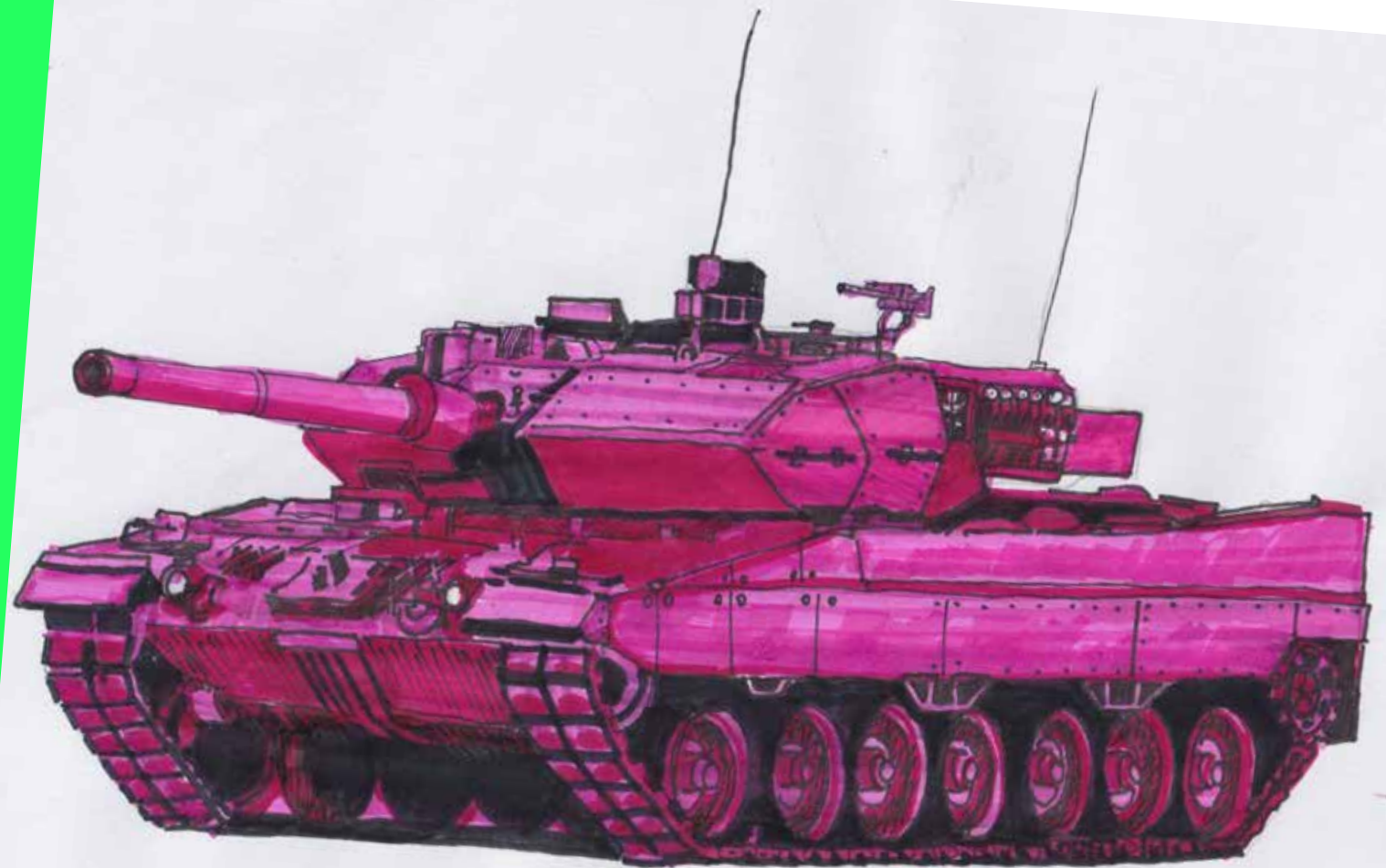
# AUSDRUCK

**Juni 2023**

21. Jahrgang - Ausgabe 113

**Einzelpreis: 4,50€**

ISSN 1612-7366



Schwerpunkt:  
Militarisierung und Militarismus

Der Rechtsruck aus der Mitte  
Öffentliche Gelöbnisse  
Feministische Militarisierung?  
Wissenschaft und Krieg  
Air Defender 2023  
Umkämpfter Schwarzmeerraum

# Inhalt

## Schwerpunkt

- Editorial - **Christopher Schwitanski** und **Andreas Seifert** - 3
- Ungebrochen oder modernisiert? Vom preußischem Militärstaat bis zur Bundeswehr - **Andreas Seifert** - 5
- Militarisierung und Krieg. Der Rechtsruck aus der Mitte - **Hannes Draeger** - 9
- Wer Waffen sät, wird Kriege ernten - **Margarete Jäger** und **Iris Tonks** - 12
- Feministische Militarisierung? Zur Aktualisierung eines (scheinbar) paradoxen Phänomens - **Claudia Brunner** - 15
- Öffentliche Gelöbnisse nach der „Zeitenwende“ - **Markus Euskirchen** - 18
- Banaler Militarismus. Von süßen Leos und supergeilen Geparden - **Alexander Kleiß** - 21
- Militärische Landnahme. Ein raumgreifender Prozess - **Christopher Schwitanski** - 23
- Die militärische Seite der Digitalisierung - **Hans-Jörg Kreowski** - 25
- Wissenschaft und Krieg - **Chris Hüppmeier** und **Robin Lenz** - 28
- Militarisierung messen? - **Markus Bayer** und **Paul Rohleder** - 32

## Magazin

### NATO – Ukraine – Russland

- Air Defender 2023. Luftwaffenmanöver der Superlative im Juni über Deutschland - **Martin Kirsch** - 35
- Umkämpfter Schwarzmeerraum - **Yasmina Dahm** - 38
- Munition für den Ukraine-Krieg. Die EU ASAP in Richtung Kriegswirtschaft? - **Jürgen Wagner** - 43

### Deutschland und die Bundeswehr

- Militärhaushalt 2024. Ausgaben auf dem Höhenflug - **Jürgen Wagner** - 47
- „Feministische Außenpolitik“ – oder die Quadratur des Kreises - **Jacqueline Andres** und **Yasmina Dahm** - 50
- Sozialdemokratische Zeitenwende - **Jürgen Wagner** - 52
- Aufrüstung im Inneren. BaWü-CDU prescht bei Militarisierung vor - **Andreas Seifert** - 59
- Krisenprofiteur wird Generalinspekteur - **Martin Kirsch** - 61
- BE Strong? Ein Gratis-Magazin zur Rekrutierung Jugendlicher - **J. Fischer** - 64
- Beim Militär nichts verloren. Minderjährige in der Bundeswehr - **Ali Al-Dailami** - 67
- Forderung nach einem Friedenssteuergesetz - **Gertie Brammer** - 69

### Sahel-Zone

- Ignorierte Tyrannen. Zum erneuten Bürgerkrieg im Sudan - **Pablo Flock** - 70
- Anerkennung der Multipolarität. Bundesregierung passt ihre Sahel-Strategie an - **Christoph Marischka** - 74
- Regierung und Parlament in Spanien gespalten über Umgang mit Westsahara - **Pablo Flock** - 76

# Editorial

von Christopher Schwitanski und Andreas Seifert

Mit dem Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe wollen wir uns einem Kernthema der IMI zuwenden, der Militarisierung und dem hiermit eng verzahnten Militarismus. Angesichts der Begeisterung, mit der in Teilen der Gesellschaft das neueste deutsche Aufrüstungsprogramm aufgenommen wurde und der wachsenden Akzeptanz von Waffenlieferungen und militärischer Gewalt bieten die folgenden Texte die Möglichkeit, die hiermit verbundenen Prozesse nachzuvollziehen. Zum Einstieg wird im Folgenden eine Begriffsbestimmung der beiden Konzepte vorgenommen, ehe diese in den einzelnen Beiträgen weiter ausbuchstabiert werden.

Historisch lässt sich das Aufkommen des Militarismus-Begriffs in Westeuropa auf das 19. Jahrhundert datieren, wo er verwendet wurde, „um ganz allgemein die – als negativ empfundene – Dominanz des Militärischen in Staat und Gesellschaft zu benennen.“<sup>1</sup> Hierzu führt der Historiker Wolfram Wette weiter aus: „Militarismus ist also ein komplexer Systembegriff. Er bezeichnet den spezifischen Charakter eines Staats- oder Gesellschaftssystems und nicht diese oder jene Einzelercheinung. Einflüsse des Militärs auf die Politik, die Wissenschaft und die Wirtschaft, sozialer Militarismus, Gewaltverherrlichung, Kriegsideologien, Freund-Feind-Denken, nationalistische und rassistische Ideologien, militaristische Erziehung, Interessen der Rüstungsindustrie und andere Erscheinungen sind als Bestandteile eines größeren Ganzen aufzufassen.“ Es handelt sich folglich um einen relationalen Begriff, der sich im weitesten Sinne auf das Verhältnis von Zivilem zu Militärischem bezieht und diesem Verhältnis und seiner Gewichtung in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen nachspürt.

Unter westdeutschen Historikern erhält das Konzept im 20. Jahrhundert Einzug als wissenschaftliche Kategorie zur Untersuchung von Staat und Gesellschaft und wird mit Beginn der Wiederbewaffnung zunehmend von der Totalitarismustheorie verdrängt, welche Staaten vorwiegend in demokratisch und autoritär unterteilt

und sich problemlos in das dominante ideologische Freund-Feind-Denken integrieren lässt, ohne eine kritische Einfallschneise für Analysen zu bieten, die die Gewaltausübung der eigenen Staatlichkeit infrage gestellt hätten.<sup>2</sup>

Eine ähnliche Ausgrenzung des Konzepts in wissenschaftlichen Disziplinen lässt sich – wohlgermerkt unter anderen historischen Vorzeichen – auch in den Politikwissenschaften, konkret den Internationalen Beziehungen finden. Dort herrschte nach dem vorläufigen Ende des Kalten Krieges wenig Interesse am Militarismus, da sich im Gleichschritt mit den geopolitischen Entwicklungen neben Debatten über Sicherheit Konzepte wie Neue Kriege, Gescheiterte Staaten, Unregierbare Orte und Menschliche Sicherheit durchsetzten. Gemeinsam sind diesen analytischen Kategorien Vorstellungen gescheiterter Staaten und fehlender Regierbarkeit als Gefahren und folglich die Annahme, dass der Zusammenbruch des staatlichen Gewaltmonopols und nicht dessen Ausdehnung das eigentliche Problem für die Internationale Ordnung darstellen.<sup>3</sup> Ein Konzept wie Militarismus, welches es demgegenüber auch ermöglicht, scheinbar funktionale westliche Staaten kritisch in den Blick zu nehmen, hatte es schwerer, sich in der etablierten Politikwissenschaft zu behaupten. Zumal gegenüber Konzepten, die zugleich eine ideologische Grundlage für den militärischen Interventionismus der letzten dreißig Jahre boten.

Diesen Entwicklungstrends zum Trotz finden sich diverse wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Militarismus in den letzten Jahren. Die verschiedenen ihnen zugrunde liegenden Militarismus-Konzepte ordnen die beiden Politikwissenschaftler\*innen Anna Stavrianakis und Jan Selby in folgende fünf Gruppen: (1) Die Betrachtung von Militarismus als Ideologie legt den Fokus auf kulturelle Phänomene und die Frage, in welchem Ausmaß z. B. Wertvorstellungen und Pädagogik von militärischen Ideen und Kriegsbegeisterung geprägt sind. (2) Demgegenüber betrachten ergebnisorientierte Herangehensweisen primär die Frage,

inwiefern militärische Gewalt als Problemlösungsmechanismus verstanden und herangezogen wird. (3) Eine dritte Stoßrichtung legt den Schwerpunkt auf die materielle militärische Ausstattung von Staaten in Form von Kennwerten wie Waffenexporten, Material oder Größe der Armee. Auf dieser Basis werden vorwiegend quantitativ-vergleichende Untersuchungen vorgenommen. (4) Eine weitere Gruppe fragt vornehmlich nach dem Verhältnis zwischen militärischen und politischen Institutionen, insbesondere hinsichtlich eines Übergewichts ersterer über letztere. (5) Zu guter Letzt lassen sich soziologische Konzeptionen identifizieren, die davon ausgehen, dass Militarismus zu einem gewissen Grad innerhalb der Gesellschaft verankert ist und sich darin spiegelt, wie soziale Beziehungen von militärischen Mustern geprägt sind.

Nimmt man diese Kategorisierung als Ausgangspunkt, so wird zunächst deutlich, dass viele Untersuchungen sich nicht holzschnittartig auf eine dieser fünf Gruppen reduzieren lassen, sondern diese vielmehr ineinandergreifen und einzelne wissenschaftliche Perspektiven in unterschiedlichem Ausmaß von diesen geprägt sind. Das ist insofern wenig verwunderlich, wenn wir uns an die Definition Wettes erinnern, der Militarismus als Systembegriff bezeichnet, angesichts der Vielzahl an Phänomenen die sich hiermit in den Blick nehmen lassen. Somit lassen sich die obigen Kategorisierungen als verschiedene Dimensionen des Militarismus und seiner möglichen Untersuchung verstehen.

Noch gänzlich unerwähnt geblieben ist damit aber die Militarisierung. Will man diese vom Militarismus abgrenzen, so stellt sich als erstes die Schwierigkeit, dass beide Begriffe oftmals wenig trennscharf oder gleichbedeutend verwendet werden. Insbesondere in der englischsprachigen Literatur wird häufig von Militarismus gesprochen, um Prozesse zu beschreiben, die

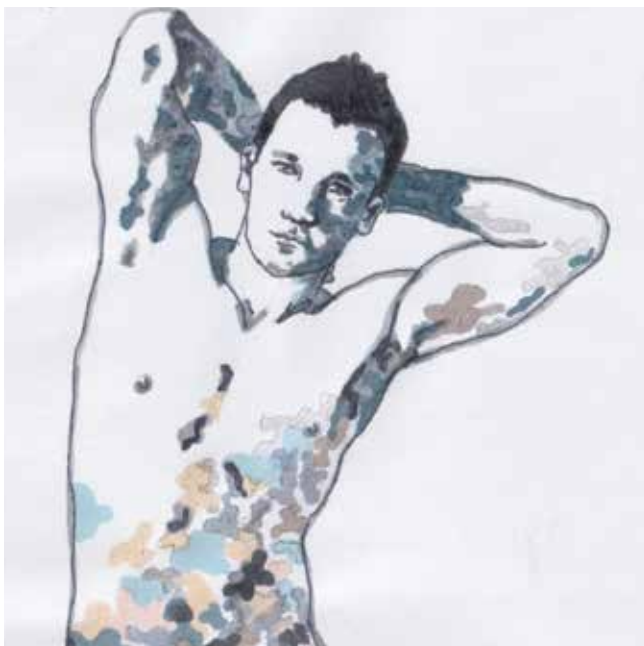
sich (mitunter besser) als Militarisierung beschreiben lassen. Um sie zu unterscheiden, lässt sich vereinfacht sagen, bei Militarisierung handelt es sich um den Weg zu (mehr) Militarismus.<sup>4</sup> Sehr viel umfanglicher ausformuliert hat die hiermit verbundenen Prozesse u.a. die Politikwissenschaftlerin Cynthia Enloe. Sie betont, dass es sich bei Militarisierung um einen Prozess handelt, der weniger Militärangehörige betrifft, sondern primär in das Leben von Zivilist\*innen hineinwirkt. Militarisierung beschreibt sie als einen schrittweisen Prozess, im Zuge dessen eine Person unter militärische Kontrolle gerät oder zunehmend militärische Werte (Hierarchie, Gehorsam, Einsatz von Gewalt) als ihre eigenen verinnerlicht. Je mehr eine Gesellschaft oder ein Individuum durch Militarisierung transformiert wird, umso mehr werden Militär und die hiermit verbundenen Werte und Vorstellungen von Bedrohung und gewaltsamen Problemlösungen als wertvoll und normal akzeptiert. Dabei umfasst Militarisierung kulturelle ebenso wie institutionelle, ideologische und ökonomische Veränderungen.<sup>5</sup>

Der Militarismus-Begriff fokussiert demnach stärker auf einen vorherrschenden gesellschaftlichen Zustand. Militarisierung dagegen lenkt den Blick auf Veränderungsprozesse, die dem Militarismus zu mehr Akzeptanz, Verbreitung und Verankerung in der Gesellschaft verhelfen. Und bietet damit im Idealfall Ansatzpunkte der Intervention, der Infragestellung und des Kampfes, welche diese Prozesse unterbrechen.

Die folgenden Beiträge folgen diesen Prozessen und reichen von grundlegenden konzeptionellen und historischen Analysen hin zu verschiedenen Fallbeispielen für Militarisierungsprozesse. Wir bedanken uns bei den Autor\*innen für die vielfältigen Beiträge und wünschen eine spannende Lektüre.

#### Anmerkungen

- 1 Wette, Wolfram: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur, Primus 2008, S. 19-20.
- 2 Ebd. S. 28-30.
- 3 Stavrianakis, Anna / Selby, Jan: Militarism and international relations in the 21st century. In: Stavrianakis Anna/ Selby, Jan: Militarism and International Relations: Political Economy, Security, Theory. 2013, Routledge, S. 3-18.
- 4 Carlsson, Moa Peldan: Mali-tarisation of the Swedish 'peace-nation' narrative? Swedish Defence University 2021, S. 11.
- 5 Enloe, Cynthia: Maneuvers: The International Politics of militarizing women's lives, University of California Press, 2000. S. 3 und Enloe, Cynthia: Globalization and militarism – feminists make the link. Rowman & Littlefield. 2007, S. 4.



# Ungebrochen oder modernisiert?

Vom preußischem Militärstaat bis zur Bundeswehr und wieder zurück

von Andreas Seifert

Wir befinden uns momentan mitten in einer Debatte um das Verhältnis der Deutschen zum Militär. Im Raum steht die Forderung, dass sich das Mindset ändern müsse, unter dem „wir Deutschen“ Militär und Verteidigung betrachten – dass die „Zeitenwende“ nur dann „erfolgreich“ sei, wenn das Verhältnis zwischen Gesellschaft und militärischer Gewalt neu austariert wird. Die fatale Verkürzung dieser Debatte ist eine um Material, um Ausstattung, um Reichweiten und um Abschreckungspotentiale. Längst ist aber auch klar, dass mehr Panzer, mehr Flieger, auch mehr Personal benötigt werden, um sie zu bedienen. Die Ressource Personal ist allerdings nicht so einfach zu rekrutieren und die Reaktivierung der Wehrpflicht wird nicht die „Qualität“ und Masse hervorbringen, die sich das Militär wünscht – und dieses neue Personal sollte zudem mit einem „neuen“ Soldatenbild daherkommen: motiviert, „unsere Werte“ zu verteidigen. Die Erhöhung der militärischen Budgets drängt auch diese Fragen in den Vordergrund, denen wir uns als Gesellschaft nicht reflexhaft entziehen sollten: Wer Hurra schreit, wenn es um Aufrüstung geht, findet sich im Zweifel in der Gesellschaft wieder, die militärische Tugenden (wieder) zum Maß erhebt – nicht nur in Deutschland.

## Militarismus als historische Epoche?

Das deutsche Kaiserreich ist die Folie, auf der sich die Grundzüge des Militarismus erläutern lassen: der Zuschnitt der gesamten Gesellschaft auf Militär und Kriegskultur, ihre Durchdringung durch die Geisteshaltung von Befehl und Gehorsam. Historisch ist es diese Formation, die die Industrialisierung des Krieges und den Ersten und Zweiten Weltkrieg nicht nur möglich, sondern auch zwangsläufig gemacht hat.

Die Aufstellung stehender Heere im 18. Jahrhundert, die sich insbesondere in den protestantischen Ländern (Preußen, Schweden, Hessen-Kassel) in großen Anteilen (bis zu 7%) der Bevölkerung niederschlug, ist als Anfangspunkt eines auf den Erhalt und den Ausbau

militärischer Stärke ausgerichteten Staates zu sehen. Die Verknüpfung mit nationalistischen Idealen ließ das Militär als „Kern“ des Staates erscheinen, der im König/Kaiser personifiziert wurde. Die preußische Pickelhaube wurde dabei in Deutschland nicht nur zum Sinnbild der politischen Macht, die von Preußen und Berlin ausgeht, sondern begleitet auch als Ausdruck militärischer Strenge und Ordnung die Reichseinigung von 1870 (siehe Karikatur). Der zivile Patriot, der seinem Staat im Kriegsfall beispringt, ist sozusagen durch die Geisteshaltung militaristisch vorbereitet. Dies bedingt einen ggf. graduell abgemilderten, doch permanent vorhanden Einfluss des Militärs auf den Staat bzw. seine Spitzen – die Größe der militärischen Organisation an sich und ihre Präsenz in allen Entscheidungen machten das Militär im Deutschland des 19. Jahrhunderts zu einem wesentlichen Akteur. Die Rüstungsindustrie, die diesen Apparat mit Material und später auch mit immer mehr Technik befütterte, konnte analog an Gewicht gewinnen. Die Technisierung des Krieges ließ diesen Industriezweig auch zum Innovationsmotor der Wirtschaft insgesamt werden. Die massenhafte Produktion und der spätere Einsatz von Kriegsgerät gebar auch das Bedürfnis der Standardisierung, die sich z.B. in der Gründung des Deutschen Instituts für Normung (DIN/ bis 1917: Normalienauschuß für den Maschinenbau) niederschlug und bis heute tief in das Wirtschaftsleben aller eingreift.

In Deutschland setzte sich unter Wilhelm II (1859-1941, Kaiser von 1888 bis 1918) der Militarismus als herrschende Norm durch. Seine Regierungszeit war begleitet von einer massiven Aufrüstung der Streitkräfte. Insbesondere die Marine erfuhr, auch als Träger kolonialer Ambitionen, einen gigantischen Ausbau. Deutschlands „Platz an der Sonne“ (Reichskanzler Bülow 1897) war militärisch zu erobern und abzusichern. Das damit einhergehende Menschenbild, geprägt von kultureller Überlegenheit und Rassismus, wurde zum Kernbestandteil dieser Bestrebungen und mag die besondere Brutalität deutscher Kolonialtrup-

pen (Boxerkrieg 1901, Völkermord an den Herero/Nama 1904, Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstands 1905) erklären. Dies lebte sich auch als massive Repression im Inneren Deutschlands aus.

Die Mobilmachung zum Ersten Weltkrieg setzte auf diesem Fundament auf und gebar den Hurra-Patriotismus, der den millionenfachen Tod von Zivilisten wie Soldaten zwischen 1914 und 1918 zu ignorieren bereit war. Das industrialisierte Sterben in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs änderte den Blick auf den Krieg – aber es führte nicht zu einer Überwindung des Militarismus nach 1918.

Die Aufrüstungs- und Gesellschaftsprogramme der NSDAP knüpften nach 1933 an diesen Militarismus

bruchlos an: Zielstrebig wurde das Land re-militarisiert. Die Ausrichtung der Wirtschaft, Infrastruktur und Ressourcenbeschaffung auf den Krieg erfolgte bei den Nazis ungleich vollständiger als noch im Kaiserreich. Die Wirtschaft wurde zur Kriegswirtschaft – die Industrie wurde zum Partner, Belegschaften zu Gefolgschaften. Die paramilitärisch durchstrukturierte Hitlerjugend stellte sicher, dass militärische Ideale schon früh in die Erziehung einfließen – ab 1939 war eine Mitgliedschaft Pflicht. Abgesichert durch Repression und Verfolgung, durch Feindbilder und Rassismus, war die Gesellschaft bei Kriegsbeginn militärisch durchdrungen: Krieg und Shoa waren die Folge.



Kommt es unter einen Hut? Ich glaube,  
es kommt eher unter eine Pickelhaube!

„Kommt es unter einen Hut? Ich glaube, es kommt eher unter eine Pickelhaube!“. Karikatur aus dem österreichischen Satiremagazin Kikeriki vom 22. August 1870 anlässlich der Reichsgründung. Quelle: wikipedia.



## Ideen der Überwindung

Die junge Bundesrepublik setzte sich hiervon bewusst ab und gab sich eine Verfassung, die jeden Anschein einer positiven Anknüpfung an dieses militaristische Erbe zu vermeiden suchte. In der Deutschen Demokratischen Republik setzte man vor allem auf die Einbindung in das sozialistische Lager und die Abgrenzung von personellen Kontinuitäten zum faschistischen Militärapparat. Die gesellschaftliche Debatte um die Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Ende des Krieges reflektierte diesen Anspruch. Die pazifistische Grundstimmung in der Bevölkerung verhinderte aber nicht, dass erst paramilitärische Einheiten (Kasernierte Volkspolizei/Bundesgrenzschutz) und später reguläre Truppen (Nationale Volksarmee/Bundeswehr) aufgestellt wurden.

Der „Bürger in Uniform“ und die „Innere Führung“ sollten im Westen verhindern, dass sich der Korpsgeist der Wehrmacht wieder ausbreiten konnte, obwohl man mit dem militärischen Führungspersonal an die Wehrmacht anknüpfte. Eine Armee, die demokratische Werte reflektiert und an das Parlament gebunden ist, sollte eine der Garantien der Bewahrung der Demokratie werden. Eine andere Garantie bestand darin, den einzelnen Soldaten in die Pflicht zur Abwägung zu nehmen, ob ein empfangener Befehl ein Vergehen oder Verbrechen zum Inhalt haben würde und im Zweifel genau diesem Befehl keinen Gehorsam zu leisten – er schwor keinen Eid auf einen Führer, er legte ein Gelöbnis zur Verteidigung ab. Von Beginn an wurde bezweifelt, ob dies ausreicht, die militärische Tugend zum Gehorsam zu durchbrechen und eine wahrhaft demokratische Armee zu schaffen (siehe dazu auch den Beitrag von Markus Euskirchen in diesem Heft).

Im Deutschland der Blockkonfrontation standen zu beiden Seiten der Mauer große Truppenaufgebote und tausende Panzer bereit. Im Schatten des Eisernen Vorhangs war viel Militär vorhanden und an die Landesverteidigung gebunden. Die zur Aufrechterhaltung des Status Quo in der Blockkonfrontation erforderliche militärische Infrastruktur war, anders als die prachtvollen wilhelminischen Kasernen und Exerzierplätze, keineswegs davon geprägt, die Großartigkeit des Militärs zu betonen, sondern funktional und zurückgenommen. Dafür war die Landschaft an sich militärisch durchdrungen und alle funktionalen Elemente zur Verteidigung gegen den Feind im Osten/Westen ausgerichtet. Dies ist auch noch 30 Jahre nach Ende der Blockkonfrontation an der Lage bestimmter Pipelines und Kommunikationslinien nachvollziehbar – die Anbindung des Flughafens Frankfurt an das NATO-Pipelinennetz macht dies z.B. deutlich. Die Blockkonfrontation legte die deutschen Armeen zu beiden Seiten der Mauer auf

eine spezifische Rolle fest: Landesverteidigung. Mit dem Wegfall der Konfrontation nach 1989 fiel auch die Landesverteidigung als Existenzberechtigung solcher großer Heere weg. Die „Friedensdividende“ schlug sich unmittelbar in der Reduzierung von Kampfkraft und Zahl der Soldaten sowie im Abbau von Produktionskapazitäten nieder. Der Dienst an der Waffe, verbindlich als Wehrpflicht geregelt, der vorher dafür sorgte, dass der männliche Teil der Gesellschaft zwangsweise mit der Armee und dem Militärischen in Berührung kam, wurde mehr und mehr zur Ausnahme, die Verweigerung desselben zur Regel. Faszinierenderweise sind einige dieser Verweigerer von einst heute durchaus die größten Verfechter bellizistischer Tendenzen. Mit dem Ende der Blockkonfrontation, so das heute vermittelte Narrativ, beginnt der „Abstieg der Einsatzfähigkeit“, die Demontage der Bundeswehr – was bei genauerem Hinsehen nicht stimmt.

## Phönix aus der Asche

Die Dynamik der Entwicklung nach 1990 war eine der Neuerfindung der NATO und der Bundeswehr. In erster Linie war sie eine Neufassung des Streitkräfteauftrages, der in kleinen Scheiben von der Landesverteidigung hin zu einer „global einsetzbaren Truppe“ verlief: Kleinere Schritte wie die „Quantitative Abrüstung und qualitative Aufrüstung“, die Aufstellung von interventionsfähigen Truppen (Kommando Spezialkräfte 1996), die Teilnahme am völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg 1999 bis hin zur Aussage, Deutschland werde „auch am Hindukusch verteidigt“. Dieser Weg, den die IMI als einen Prozess zunehmender Militarisierung beschrieben, begleitet und kritisiert hat, ist dabei keineswegs auf den Umbau der Bundeswehr beschränkt. Er war vor allem ein Umbau in den Köpfen von Soldaten und Politikern, der in Konzepten wie dem Thesenpapier „Neue Macht, neue Verantwortung“ (2013) gipfelte. Diesem Anspruch wurde die alte Bundeswehr geopfert – nicht der Bürger in Uniform verteidigt die Bundesrepublik, sondern ein professioneller Soldat wird zum Mittel internationaler Politik, die sich sichtbar von den Interessen der deutschen Bevölkerung entfernt und vornehmlich wirtschafts- und ordnungspolitische Ziele bedient. Das Parlament wurde immer öfter erst im Nachhinein von den immer häufiger als Kommandooperationen geführten Einsätzen informiert und stimmte einmütig immer abenteuerlicheren Bundeswehreinsetzungen zu. Während die militärischen Kapazitäten für die Landesverteidigung geschliffen wurden, konnte die Technik für den potentiellen Auslandseinsatz gar nicht opulent genug sein. Die kleinen Mengen Material, die man bei der Industrie bestellte, wurden immer teurer, Projekte zu regelrechten Langzeitaufgaben, die

zunehmend mehr Personal und Geldmittel banden, ohne dass damit noch die Relation zu einer gedachten oder auch gewünschten Einsatzfähigkeit bestand.

Festzuhalten bleibt, dass dies kein Prozess angeblicher Alternativlosigkeit (und schon gar kein „Sparkurs“) war, sondern eine bewusste Entscheidung für ein neues Modell militärischer Legitimität. Das deutsche Militär begründete sich nicht mehr aus der Notwendigkeit der Landesverteidigung, sondern aus der Selbstzuschreibung einer „Verantwortung“, die Deutschland international wahrzunehmen habe. Markiert wird dies heute noch durch sogenannte „Bündnisverpflichtungen“ (an Material und Einsatzbereitschaft), die man überhaupt erst selbst geschaffen hatte, und unterstellter „Erwartungen unserer Partner“ (in Bezug auf militärische Beiträge), die man „nicht enttäuschen dürfe“. Hiermit hebt man die militärische Souveränität und auch den Souverän Parlament weitgehend aus und unterwirft das Militär einem politischen Kalkül. Indem das Militär so zum Instrument der Politik geworden ist, deren Handeln sich immer weniger an den konkreten Interessen der Wähler orientiert, entfremdet es sich von der ursprünglichen Aufgabe der Landesverteidigung.

Psychologisch wurde dies abgefangen durch den Versuch, das Militär auf andere Weise wieder in das Leben der Bürger zu projizieren. Die Debatten um Terroristen, Geiselnbefreiungen, Schutz von Handelsrouten, Flüchtlingsabwehr etc. sind dabei Hilfskonstrukte, die zur Legitimität der Bundeswehr beitragen sollten – dargelegt und debattiert als Versicherunglichung aller Lebensbereiche, die in eine Militarisierung dieser Bereiche mündete.

Es scheint keine Rolle zu spielen, dass die militärischen Einsätze – prominent natürlich der Afghanistan-Einsatz – mit den Zielsetzungen, mit denen das Parlament sie beschlossen hatte, scheitern. Es spielt keine Rolle, welche Schäden diese Einsätze vor Ort hinterlassen oder wie viele Menschen dabei sterben. Es spielt nur eine geringe Rolle, wie viele Bundeswehrsoldaten bei diesen Einsätzen sterben, verletzt werden oder traumatisiert zurückkehren. Diese Frage nach eigenen „Verlusten“ vermochte vor allem eine Debatte um „mehr Material“ oder auch die Automatisierung von Krieg zu bedienen (Drohnen als sichere Möglichkeit, woanders zu töten, ohne eigenes Personal zu gefährden). Die deutsche Gesellschaft blendet die realen Kosten weitgehend aus. Ebenfalls ausgeblendet wird, dass sich der Zustand der Truppe in diesem Prozess ändert, deren Eigenwahrnehmung sich anpasst und neue Perspektiven auf den möglichen Auftrag der Armee als Ganzes entstehen. In einem Arbeitspapier der Bundesakademie für Sicherheitspolitik wurde dies 2022<sup>1</sup> als „Afghanisierung“ der Bundeswehr beschrieben – einer Bundeswehr, in welcher der Kampfeinsatz im Ausland als höherwertig eingestuft wird und auch als der Karriere

förderlicher als die Bündnisverteidigung, selbst wenn diese z.B. in Litauen geleistet wird.

Angesichts dieses Prozesses muss die Frage erlaubt sein, wie viel von dem Bürger in Uniform, der sich und die Bundesrepublik vom Militarismus des wilhelminischen Reiches und der Wehrmacht abgrenzen sollte, noch verblieben ist. Und auch, ob die 2016 in den Bundeswehrauftrag zurückgekehrte Landesverteidigung in der Lage ist, die Tendenzen der Verselbstständigung der Bundeswehr zu überwinden.

### **Reflex oder Plan?**

Die 2022 ausgerufenen Zeitenwende, inszeniert als ein „Aufwachen“, als der plötzlich fühlbare Ekel vor (bestimmten) autokratischen Systemen, schafft den Begründungsrahmen für Pläne, die schon längst bereit lagen. Das Feindbild Russland und das Schreckgespenst des chinesischen Aufstiegs sind dominante Figuren in einem sich mehr und mehr verengenden Debattenraum. Die so geschaffene „Bereitschaft“ in der Bevölkerung, nicht nur einmalig mehr Geld für Rüstung bereit zu stellen, sondern auch darüberhinausgehend diesen Geldhahn dauerhaft aufgedreht zu lassen, ist die neue Folie, auf der sich die Bundeswehr erheben soll. Der anstehende Verteilungskampf um Haushaltsanteile scheint für die Bellizisten schon gewonnen: eine Debatte darüber, ob man das alles braucht und welches Material man wirklich wofür braucht, existiert nicht. Hier ordnen sich die Republik und ihre Vertreter erstmals wieder dem Diktum des Militärs und einer kleinen sicherheitspolitischen Elite unter. Die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg schlug jüngst vor, die durch Gesetze limitierte Kooperation von Bundeswehr und Behörden zu intensivieren und militärische Anforderungen in allen Bereichen behördlicher Entscheidungen zu berücksichtigen<sup>2</sup> – Kaiser Wilhelm hätte seine Freude.

### **Anmerkungen**

- 1 Philipp Fritz, Dominik Steckel, Mindset LV/BV: Das geistige Rüstzeug für die Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier N.9/2022.
- 2 Siehe auch Andreas Seifert, Aufrüstung im Inneren, BaWü-CDU prescht bei Militarisierung vor, IMI-Standpunkt 15/2023.



# Militarisierung und Krieg

## Der Rechtsruck aus der Mitte

von Hannes Draeger

In der Debatte um den Ukraine-Krieg und eine weitere Eskalation durch Waffenlieferungen ist dieser Tage viel über die Gefahr von Rechtsaußen die Rede. Und in der Tat: Es gelingt der gesellschaftlichen Linken nicht, sich als sichtbaren Pol gegen die Scharfmacher à la Baerbock, Strack-Zimmermann, Sascha Lobo und Co. in Stellung zu bringen. Stattdessen stoßen rechte Demagogen ins Feld. Die AfD hat seit Beginn des Ukraine-Krieges fünf bis sechs Prozent in den Umfragen zugelegt.

Was vielfach übersehen oder unterschätzt wird: Die bürgerliche „Mitte“, die sich momentan eifrig bemüht, Anti-Kriegs-Proteste in die rechte Ecke zu stellen, ist selbst Treiber eines gesellschaftlichen Rechtsrucks. Es ist noch nicht überall sichtbar, wie tiefgreifend die jetzige Debatte die Gesellschaft nach rechts verschiebt. Aber die Konturen eines neuen, reaktionären Denkens sind erkennbar und greifen um sich.

### Die Rückkehr der Hufeisentheorie

Hatten es Konservative und Reaktionäre in den vergangenen Jahren schwer, links und rechts in einen Topf zu werfen, scheint es mittlerweile wieder zum Volkssport zu werden, linke Kriegsgegner:innen mit den Demagog:innen der AfD gleichzusetzen. Wie bei einem Hufeisen würden sich ganz links und Rechtsaußen treffen. Die Hufeisentheorie ist auch deshalb wieder in Mode gekommen, weil Linksliberale aus dem Rot-Grün-Milieu diese Renaissance der Gleichsetzung von links und rechts mitmachen bzw. selbst vorantreiben. Widersprachen sie dieser Gleichsetzung noch, wenn damit antifaschistische Bündnisse in einen Topf mit den Nazis geworfen wurden, sehen sie jetzt überhaupt kein Problem darin, denn es betrifft sie ja in der Ukraine-Frage nicht selbst. Medien spielen diese Karte geschickt aus, auch um Entsolidarisierungsprozesse zu befördern. Falls sich der Staat irgendwann gezwungen sieht, härter gegen die Friedensbewegung vorzugehen, könnte sich diese Entsolidarisierung für den Staat noch als nützlich erweisen.

### Auftrieb für Geschichtsrevisionist:innen

Jahrzehntelang sah es so aus, als würden konservative Geschichtsrevisionist:innen in Deutschland den Kampf um die Deutung der deutschen Geschichte verlieren. Für Alt-Nazis wie für konservative Deutsch-Nationale wirkt die in Deutschland von unten erkämpfte Erinnerungskultur an die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg wie eine Fessel für eine Rückkehr des deutschen Imperialismus an einen „Platz an der Sonne“. Manche Nazis versuchten es mit der Leugnung der Verbrechen inkl. des Holocausts. Klügere konservative Kräfte setzen eher auf die Relativierung der Verbrechen, indem Holocaust und Vernichtungskrieg im Osten entweder als Reaktion auf den „genauso brutalen Stalinismus“ dargestellt wurden oder die Einzigartigkeit des damaligen Massenmordes mit Hinweis auf Kriege und Verbrechen der heutigen Zeit relativiert wurde. Im Zuge des Ukraine-Krieges passiert nun genau das. Bewusst werden Begriffe wie „Vernichtungskrieg“ verwendet und Putin mit Hitler gleichgesetzt, um Russlands heutigen Krieg in der Ukraine mit dem damaligen Krieg der Nazis im Osten gleichzusetzen. Reaktionäre Professoren wie Jörg Baberowski und Co. können sich entspannt zurücklehnen, denn die Gleichsetzung von Putin-Russland und Nazi-Deutschland wird vor allem von Kräften der „bürgerlichen Mitte“ wie Jürgen Trittin, Anton Hofreiter und Sascha Lobo befeuert. Eine solche Debatte revitalisiert eine nie ganz verschwundene Tradition im deutschen Establishment, endlich einen „Schlusstrich“ unter der deutschen Geschichte zu ziehen. Damit einher geht eine Enttabuisierung von antislawischem Rassismus bis weit hinein ins deutsche Establishment. Unter Beisein von grünen Staatsminister:innen erhielt der ukrainische Dichter Serhij Schadan den Friedenspreis des deutschen Buchhandels, welcher Russen zuvor im Allgemeinen als „Tiere“, „Barbaren“ oder „Unrat“ bezeichnete. Einige Wochen zuvor saß eine „Politikwissenschaftlerin“ bei Markus Lanz im TV, um darzulegen, dass Russen im

Allgemeinen ein anderes Verhältnis zum Tod hätten im Vergleich zu den aufgeklärten Europäern.

### Rückkehr des deutschen Militarismus

Gauland spricht davon, Baerbock aber auch. Und Carlo Masala erst recht. Eine neue „Wehrhaftigkeit“ im Denken und in der Gesellschaft soll etabliert werden. Gemeint ist damit eine Art kollektiver Abwehrbereitschaft der deutschen Bevölkerung gegen den „Feind“ im Osten. Die „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ – ein Beratergremium der Bundesregierung – schlug ein neues Soldat:innenbild vor,<sup>1</sup> worin sie formuliert, dass die „psychische Bereitschaft zum Kampf“ und der „Wille zum tapferen Dienst“ der Schlüssel zum Erfolg der Bundeswehr seien. Zu beobachten ist eine Rückkehr der Heroisierung des Soldatentums, vorläufig noch überwiegend projiziert auf das „Heldentum“ ukrainischer Soldaten. Alle Kehrseiten des Militarismus wie Zwangsrekrutierungen, das Töten und Sterben an der Front, Befehl-und-Gehorsam-Prinzip und der Klassencharakter innerhalb der Armee stören ein solches Bild nur und werden konsequent ausgeklammert. An der Heimatfront brechen alle Dämme, wenn es darum geht, „unsere Jungs“ – gemeint ist die Bundeswehr – aufs Podest zu heben. Unzählige Reportagen füllen das TV-Programm und den deutschen Blätterwald mit Heldenstorys über „unsere Jungs“ beim Training oder im Einsatz. Über rechtsradikale Umtriebe in der Bundeswehr hört man indessen nur noch wenig, so als hätte sich das Problem erledigt.

Nie wurde die deutsche Bevölkerung so schamlos belogen wie über die angebliche Unterfinanzierung

der Bundeswehr. Über Nacht wurde ein 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr bereitgestellt. Die Bundesrepublik macht sich auf, zur drittgrößten Militärmacht der Welt aufzusteigen, aber in den deutschen Medien wird über die angebliche Unterfinanzierung der Armee geklagt.

Die Frage ist, was diese Propaganda-Offensive mit jungen Heranwachsenden macht, die mit dem Gedanken aufwachsen, dass Panzer etwas Gutes sind und dass das „Befehl- und Gehorsam“-Prinzip zum Leben dazu gehört. Unter dieser Schablone wachsen autoritäre Ideen, welche ein Top-Down-Prinzip zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen als sinnvoll erscheinen lassen.

### Rückzug materialistischer Staatsanalysen

Materialistische Analysen des Ukraine-Krieges, die bei den (imperialen) Interessen der Staaten ansetzen, um die Ursachen zu erforschen und zu erklären, werden vom Mainstream konsequent ignoriert. Vermutlich stehen diese auch an den Universitäten unter Beschuss. Stattdessen sind idealistische Analysen von Staatenbeziehungen auf dem Vormarsch, welche die ideologische Begleitmusik des Ukraine-Krieges zur Haupttriebfeder des Krieges verklären, um die Heimatfront zu stärken. Diese Tatsache ist an sich kein neues Phänomen und führt nicht zwangsläufig zu einem Rechtsruck im Sinne einer Stärkung der extremen Rechten. Doch unter diesem Denkschema können sich Mystizismus und neue Formen des Irrationalismus leicht ausbreiten. Es stärkt den Teil des deutschen Militarismus, der am laufenden Band Ideologien produziert („femi-



nistische Außenpolitik“, „Demokratie vs. Autoritarismus“, „regelbasierte Ordnung“), um der Bevölkerung ihre – in Wahrheit interessengeleitete – Außenpolitik schmackhaft zu machen.

### **Schwächung der Arbeiter:innenbewegung**

Historisch ging eine Stärkung des Militarismus früher oder später einher mit dem Abbau demokratischer Grundrechte und sie ging immer zu Lasten der organisierten Arbeiter:innenbewegung. In Dänemark hat die dortige Regierung jüngst unter Protest der Gewerkschaften beschlossen, einen Feiertag zu opfern, um das dortige Hochrüstungsprogramm zu finanzieren. Das hat Meinungsmacher wie Nikolaus Blome so entzückt, dass er diese arbeitnehmerfeindliche Maßnahme sogleich auch für Deutschland einfordern musste. Sympathien gab es dafür natürlich auch aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion. Es dauerte nicht lange, bis ein hoher Bundeswehr-Funktionär den Vorschlag auf Twitter aufgriff und konkretisierte: Geopfert werden solle in Deutschland der 1. Mai!

Bei der Hochrüstung geht es um mehr als „nur“ um einen Feiertag. Im Zuge der Tarifaueinandersetzung im Öffentlichen Dienst zitierte der SPIEGEL hohe Beamte aus dem Verteidigungsministerium, die sich Sorgen machten über zu hohe Tarifabschlüsse, weil dies die „Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“ schmälern könnte. Nicht nur an der sozialen Front führt die Hochrüstung zu einer Schwächung von gewerkschaftlichen Positionen.

Die Renaissance des deutschen Militarismus hat zu einer Debatte um die Wiedereinführung der Wehr-

pflcht geführt. Die Abschaffung der Wehrpflicht war ein zivilisatorischer Fortschritt, denn er bremst den Militarismus dabei, sich in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Wird die Uhr in dieser Frage zurückgedreht, ist der Schritt nicht mehr weit zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Die AfD fordert dies seit Tag 1 ihrer Gründung, aber die Forderung hat auch Fürsprecher in den Reihen von CDU und SPD. Mit Blick ins Geschichtsbuch wissen wir, dass der potentielle Einsatz des Militärs im Inneren für Gewerkschaften nichts Gutes bedeutet. Sei es, weil sich das Militär zum Streikbrechen bestens eignet. Sei es, weil das Militär noch effektiver gegen soziale Proteste vorgehen kann. Die oben beschriebenen Entwicklungen und Tendenzen werden aus der bürgerlichen Mitte vorangetrieben. Ob sie sich durchsetzen, ist indes nicht ausgemacht. Das hängt von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab und ob es gelingt, die sozialen Kämpfe gegen die wachsende soziale Not mit den Kämpfen gegen die Hochrüstung und für einen Kurswechsel in der Außenpolitik zu verbinden.

### **Anmerkungen**

1 Philipp Fritz/ Dominik Steckel, Mindset LV

BV: Das geistige Rüstzeug für die Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, BAKS-Arbeitspapiere 9/22.



# Wer Waffen sät, wird Kriege ernten

Deutschland in Zeiten binärer Oppositionen – Ein Blick auf die Dynamik des Mediendiskurses um Aufrüstung

von Margarete Jäger und Iris Tonks

Seit über einem Jahr führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Und seit dieser Zeit findet in der deutschen Gesellschaft und in ihren Medien eine Debatte statt, die sehr stark binär strukturiert ist. Das heißt: Auf der einen Seite steht Russland als Aggressor, auf der anderen Seite steht die Ukraine als Opfer. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die es ablehnen, dass Deutschland Waffen an die Ukraine liefert, auf der anderen Seite diejenigen, die dies befürworten. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die als Folge des Krieges eine massive Aufrüstung der Bundeswehr befürworten, auf der anderen Seite die Teile der Gesellschaft, die dies ablehnen.

Auf diese Weise wird jedoch übersehen bzw. ausgeblendet, dass es in Russland nicht nur Kriegsbefürworter\*innen gibt und in der Ukraine nicht nur Kriegsgegner\*innen bzw. pazifistisch orientierte Menschen. Auch werden die Argumente, die diejenigen vorbringen, die sich für oder gegen Waffenlieferungen, für oder gegen eine Aufrüstung der Bundeswehr aussprechen, nicht in den Mittelpunkt gestellt. Es wird mit gegenseitigen Abwertungen gearbeitet, auf der einen Seite die Putin-Versteher\*innen; auf der anderen Seite die Kriegstreiber\*innen.

Dass die Debatte in Deutschland von solchen binären Oppositionen geleitet wird, wurde bereits in den Reaktionen unmittelbar nach Ausbruch des Krieges deutlich. Künstler\*innen aus Russland wurden aufgefordert, sich von Russland zu distanzieren, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) setzte „alle von ihr geförderten Forschungsprojekte zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Deutschland und Russland aus“. Förderanträge für deutsch-russische Kooperationen und Fortsetzungsanträge wurden kurzfristig nicht angenommen.<sup>1</sup>

## Aufrüstung der Bundeswehr

Bereits Anfang März stand fest: Deutschland wird aufrüsten – 100 Milliarden werden für die Bundeswehr als

Sondervermögen bereitgestellt.<sup>2</sup> Damit vollendete die Koalition von SPD, Grüne und FDP jedoch eine politische Kehrtwende um 180 Grad. Denn in den letzten Jahrzehnten hatte sich die außenpolitische Orientierung Deutschlands gegenüber Russland stark auf einen Friedensdiskurs verlegt. Das Augenmerk wurde auf einen Wandel durch Handelsbeziehungen gelegt, mit dem der Frieden zwischen den beiden Staaten gesichert werden sollte.

Die Umkehr dieser friedenspolitischen Orientierung vollzog sich nahezu geräuschlos. Nachdem das Bundeskabinett am 16.3.2022 einen entsprechenden Gesetzesvorschlag beschlossen hatte, wurde das Gesetz nach einer Expertenanhörung am 3.6.2022 im Bundestag verabschiedet. Der Bundesrat stimmte am 10.6.2022 zu.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Aufrüstung der Bundeswehr, die mit dem Euphemismus „Sondervermögen“ belegt ist, wurde im Mediendiskurs kaum diskutiert, geschweige denn in der Gesellschaft. Bei dem Tempo, mit dem das Gesetz „durchgepeitscht“ wurde, war dies auch kaum möglich.<sup>3</sup>

Nur von der Partei Die Linke, und aus der Friedensbewegung, etwa von der DFG/VK und den Internationalen Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), wurden die Maßnahmen kritisiert.<sup>4</sup>

## Waffenlieferungen an die Ukraine

Nach anfänglichem Zögern beschloss die Bundesregierung dann Anfang Mai 2023, dass auch schwere Waffen an die Ukraine zur Unterstützung ihrer Verteidigung geliefert werden.<sup>5</sup>

Im Mediendiskurs wurde darüber eine kontroverse Debatte geführt. Doch auch diese Diskussion folgte über weite Strecken einer binären Logik. Mit offenen Briefen wurde z.B. an Bundeskanzler Scholz appelliert, dies zu tun bzw. dies zu lassen. So folgte dem von Alice Schwarzer initiierten Brief vom 29.4.2022, in dem vor einer Rüstungsspirale gewarnt wurde, ein

paar Tage später ein von Ralf Fücks initiiertes Brief, der sich für die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine aussprach.

Auch in den TV-Medien wurde die Diskussion kontrovers geführt – allerdings mit einer Schlagseite zugunsten von Waffenlieferungen.<sup>6</sup> Dies zeigte sich z.B. an den Gästelisten der Talkshow von Markus Lanz, in denen Gegner\*innen der Waffenlieferungen jeweils einer Mehrheit von Befürworter\*innen gegenüberstanden.<sup>7</sup>

Binaristische Debatten sind nun keineswegs neu in Deutschland. Erinnert sei nur an die Debatte um die Bewältigung der Corona-Pandemie 2020/2021, die eine Kluft zwischen Befürworter\*innen einer Impfpflicht und Impfgegner\*innen entstehen ließ.

Binäre Debattenstrukturen sind jedoch problematisch, denn sie spalten die Gesellschaft, indem sie einfache Denkmuster und Zuordnungen von „gut vs. böse“, „richtig vs. falsch“ produzieren und einer facettenreichen, demokratisch und vielfältig orientierten Gesellschaftsentwicklung im Wege stehen. Nur wenige Stimmen aus der Zivilgesellschaft versuchten solch fatale Dichotomien zu vermeiden, indem sie – wie z.B. Pro Asyl – ein Recht auf Asyl für Kriegsdienstverweigernde und Desertierende aus Russland und der Ukraine fordern.

Der Krieg gegen die Ukraine geht weiter und seine Auswirkungen zeigen sich weltweit. Dabei gewinnt der Diskurs um Aufrüstung – und Aufrüstung ist hier nicht nur im militärischen Sinne gemeint – an Dynamik.

Bereits in der ersten Phase des Krieges kamen die Befürworter\*innen von Waffenlieferungen im Medientext stärker zu Wort als diejenigen, die sich gegen Waffenlieferungen aussprachen. Dennoch zeigten Umfragen, dass große Teile der Bevölkerung Waffenlieferungen kritisch sahen und Angst vor einer Eskalation des Krieges hatten.<sup>8</sup>

Vor diesem Hintergrund wurde von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht im Februar 2023 die Online-Petition „Manifest für Frieden“ gestartet, der sich 69 Erstunterzeichner\*innen anschlossen und die bis Mitte März von über 750.000 Personen unterzeichnet worden ist. In dieser Petition wird Bundeskanzler Scholz dazu aufgerufen, im Rahmen der Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine „die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen“ und sich „für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen“ einzusetzen, um „weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern“.

Diese Petition löste erneut eine kontroverse Debatte aus, bei der Kritiker\*innen den Unterzeichner\*innen vorwarfen, sie würden die Ukraine schutzlos den russischen Angriffen ausliefern. Darüber hinaus könnte Putin zu weiteren Übergriffen auf andere Länder moti-

viert werden. Zudem würden sich die Initiatorinnen nicht ausreichend gegen Rechts abgrenzen; ein Vorwurf, der sich daran festmachte, dass auch AfD-Mitglieder die Petition unterzeichnet hatten und sie durch die extreme Rechte „gekapert“ werden könnte. Dies bewog einige Erstunterzeichnende ihre Unterschrift zurückzuziehen.<sup>9</sup> Auf diese Weise wurde eine mediale Position verstärkt, die die Gegnerschaft zum Krieg in eine „rechte Ecke“ zu stellen versuchte, nach dem Motto: ‚Wer gegen den Krieg ist, ist rechts.‘

Roderich Kiesewetter (CDU) und andere Wissenschaftler\*innen starteten eine Petition „Die Ukraine jetzt aufgeben? Nicht in unserem Namen!“ – denn, so argumentierten sie, Frieden ohne Freiheit sei kein Frieden. Am 24.2.2023 fand dazu eine Demonstration in Berlin statt.

Im Rahmen der Petition „Manifest für Frieden“ wurde zu einem „Aufstand für den Frieden“ am 25.2.2023 am Brandenburger Tor aufgerufen, an der zwischen 13.000 und 50.000 Personen teilnahmen – unter ihnen auch Mitglieder der rechten Szene, die jedoch keine rechten Fahnen und Symbole zeigten und somit ohne Vorkenntnis nicht identifiziert werden konnten.

Diese kontroverse Debatte zieht sich seitdem durch den gesamten medienpolitischen Diskurs und zeigt sich in zahlreichen Äußerungen von Politiker\*innen und Talkshow-Gästen.

Einen weiteren Höhepunkt der Debatte lieferte die Äußerung von Außenministerin Annalena Baerbock nach einer Rede vor der parlamentarischen Versammlung in Straßburg im Januar 2023. Auf die Frage eines britischen Parlamentariers antwortete sie in frei formuliertem Englisch: „Ja, wir müssen noch mehr tun. Auch in Bezug auf Panzer. Aber das Wichtigste und Entscheidende ist, dass wir es zusammen tun – und nicht Schuldzuweisungen machen in Europa. Denn wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.“<sup>10</sup> Obwohl sie diese Äußerung im Nachgang relativierte und Völkerrechtler zu der Einschätzung kommen, dass Deutschland auch durch die Panzerlieferungen nicht zur Kriegspartei wird,<sup>11</sup> kursierte auf Twitter sofort das Wort „Kriegserklärung“. Auch von Rechts wurde dieser Satz kritisch aufgegriffen. Dies bestärkt noch einmal die diskursive Herstellung eines Zusammenhangs zwischen der Ablehnung des Ukraine-Krieges und rechtem Gedankengut.

### **Von der Aufrüstung zur „Kriegswirtschaft“**

Nachdem der Begriff „Kriegserklärung“ diskursiv eingeführt wurde, wird am 19.3.2023 in der Sendung „Anne Will“ neuen Begriffen in Zusammenhang mit dem Krieg der Boden bereitet. Während Hedwig Richter, Professorin für neuere und neueste Geschichte an



der Universität der Bundeswehr München, Ralf Stegner (SPD) vorwarf, seine Partei habe historisch einen „Kaputte-Panzer-Pazifismus“ betrieben<sup>12</sup>, fordert der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst André Wüstner, den Umbau der deutschen Wirtschaft in eine „Art Kriegswirtschaft“. Unabhängig vom Ausgang des Ukraine-Kriegs müssten die Zeichen in Deutschland auf eine langfristige Abschreckung gegenüber Russland gestellt werden. Deshalb sei ein Umbau der deutschen Wirtschaft notwendig.

In zahlreichen Interviews breitet der Oberst seit einigen Monaten seine Zukunftsaussichten für die militärische Aufrüstung von Deutschland in Talk-Shows und anderen Medien aus. Die Politik müsse mehr Geld zur Verfügung stellen. „Die rechtlichen Fesseln für die Rüstungsindustrie müssen gelockert werden, damit die Industrie schnellstmöglich Planungssicherheit für den groß angelegten Ausbau von Fertigungskapazitäten hat.“ Auch die Bevorratungslage bei der Munition müsse angegangen werden, so Wüstner. Mit Blick auf die Kampfpanzer sagt er, er hoffe, „dass es den tapferen Ukrainern damit gelingt, den Angriffen der russischen Armee weiter standzuhalten, und ihre territoriale Integrität wiederherzustellen.“ Auf die Frage, was zu tun sei, wenn es nicht gelingt, Putin bis 2025 nachhaltig zu schlagen, antwortet er, dann brauche es eine Bundeswehr und eine NATO, die nicht nur von Abschreckung sprechen, sondern „diese auch konventionell unterfüttern können.“ „Wer Schaden vom deutschen Volk abwenden will, muss also endlich das tun, was Bundeskanzler Scholz zu Recht im Rahmen seiner Zeitenwende-Rede angekündigt hat: die Verteidigungs-



Protestaktion gegen das Sondervermögen für die Bundeswehr von IPPNW, ICAN Deutschland und der DFG-VK im Juni 2022. Quelle: dfg-vk.de.

fähigkeit und Wehrhaftigkeit stärken“. Regierung und Parlament müssten endlich aufwachen und „im wahrsten Sinne des Wortes jetzt den Schuss hören“.<sup>13</sup>

Auf diesen Diskurs müssen sich Kriegsgegner\*innen einstellen und Strategien entwickeln, die oben dargestellten Diskurspositionen aufzudecken, um ihnen mit schlagkräftigen Argumenten begegnen zu können. Hierzu ist auch der Einbezug der Klimaziele und der Nachhaltigkeitspolitik notwendig, denn unter einer Kriegswirtschaft – auch wenn es sich nur um eine ‚Art Kriegswirtschaft‘ handelt – werden Gelder und Kapazitäten blockiert, die für eine zukunftsfähige Klimapolitik notwendig sind.

### Anmerkungen

- 1 Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Pressemitteilung Nr. 1, 2.3.2022.
- 2 Historische Scholz-Rede im Wortlaut: „Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie davor“, RND, 27.2.2023.
- 3 Vgl. der Freitag v. 3.6.2022.
- 4 Nein zu 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr! DFG-VK, 3.6.2022.
- 5 Bundestag stimmt für Lieferung schwerer Waffen, tageschau 28.4.2022.
- 6 Die folgenden Einschätzungen ergaben sich aufgrund erster Leseergebnisse ausgewählter Artikel. Eine dezidierte Mediendiskursanalyse konnte in der Kürze der Zeit nicht durchgeführt werden.
- 7 Markus Lanz vom 3. Mai 2022, Markus Lanz vom 10. Mai 2022, Markus Lanz vom 11. Mai 2022, Markus Lanz vom 17. Mai 2022.
- 8 Zu diesem Ergebnis kommen auch Harald Welzer und Leo Keller in ihrem Beitrag „Die veröffentlichte Meinung“ in Neue Rundschau, Nr. 114/2023, fischerverlage.de.
- 9 Vgl. dazu auch: Manifest für Frieden, wikipedia.org.
- 10 Hat Baerbock Russland den Krieg erklärt? zdf.de, 26.1.2023.
- 11 Keine „Konfliktpartei“ – Auswärtiges Amt erklärt Baerbocks „Krieg gegen Russland“-Satz, welt.de, 26.1.2023. Zum rechtlichen Hintergrund sei darauf hingewiesen, dass im Kontext mit Waffenlieferungen zumindest eine Grauzone betreten wird. So weist z.B. ein Sachstand des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages vom 16.3.2022 darauf hin, dass spätestens mit der Ausbildung ukrainischer Soldat\*innen an diesen Waffen die Grenze zur Konflikteilnahme überschritten sein könnte. Vgl. „Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme“, bundestag.de.
- 12 Bundeswehr-Oberst zur Zeitenwende: „Grundsätzlich fehlt der politische Wille“ RND, 20.3.2023.
- 13 Rüstung: Bundeswehrverband für eine „Art Kriegswirtschaft“ NEOPresse, 24.1.2023.



# Feministische Militarisierung?

Zur Aktualisierung eines (scheinbar) paradoxen Phänomens

von Claudia Brunner

Auf die Frage, was von der feministischen Außenpolitik Deutschlands zu halten sei, habe ich im Anschluss an einen Vortrag über Gender in der Friedens- und Konfliktforschung unlängst ebenso spontan wie skeptisch reagiert: Was soll feministisch daran sein, Waffen, Munition und Panzer in ein Kriegsgebiet zu schicken?

## Feministische Außenpolitik?

Jetzt also sogenannte feministische Außenpolitik, ausgerufen von einer Feministin und Spitzenpolitikerin der einst überwiegend antimilitaristischen und/oder pazifistischen Grünen. Annalena Baerbock hat Deutschland als Kriegspartei bezeichnet, um, wie die meisten ihrer Amtskolleg\*innen in der EU, im selben Atemzug die europäische Friedensordnung zu beschwören: als wären diese drei Begriffe – Europa, Frieden und Ordnung – auf quasi-natürliche Weise miteinander verbunden. Nur unter Ausblendung der 500-jährigen kolonialen Expansion europäischer Mächte, der Gewaltgeschichte Europas im 20. Jahrhundert sowie seiner gegenwärtigen militärischen Beteiligung an zahlreichen Kriegen auch außerhalb des Kontinents lässt sich die Erzählung einer genuin europäischen Friedensordnung aufrechterhalten.<sup>1</sup> Angesichts der immer deutlicher werdenden Risse in dieser Erzählung kommt die jüngste, sich als feministisch verstehende Schützenhilfe äußerst gelegen. Zugleich unterscheiden sich feministische Vorstellungen von Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik auch in diesem Krieg mitunter erheblich – nicht nur von nicht-feministischen Perspektiven, sondern auch voneinander.<sup>2</sup>

Es stehen also mehrere Probleme zur Diskussion, wenn ein Paradigmenwechsel hin zu einer feministischen Außenpolitik verkündet wird. Erstens: Was kann und will ein vom Staat ausgerufenen Feminismus inmitten eines Krieges bedeuten? Und wie kann und soll man dieses Manöver aus antimilitaristisch-feministischer Perspektive kritisieren? Zweitens: Wie kommt es, dass breite Teile der Gesellschaften Europas, vor allem aber

deren Eliten, zugleich bereit sind, das anti-bellizistische Selbstverständnis Europas im allgemeinen und Deutschlands im speziellen über Bord zu werfen? Und warum überrascht uns das, wo wir doch seit langem eine massive Militarisierung europäischer Diskurse und Politiken beobachten? Drittens: Was hat das eine (Militarisierung) mit dem anderen (Geschlechterfragen) zu tun? Worin besteht dieser staatstragend verordnete bewaffnete Feminismus, wenn eine sich historisch von militärisch organisierter (Staats-)Gewalt als geläutert inszenierende – und daher dem Militarismus angeblich besonders abgeneigte – europäische Nation sich zumindest mittelbar als Kriegspartei positioniert?

## Realfeminismus statt Antimilitarismus

Bereits auf den ersten Seiten der feministischen Richtlinien für feministische Außenpolitik wird unmissverständlich festgehalten: Feministische Außenpolitik ist nicht gleichbedeutend mit Pazifismus.<sup>3</sup> Diese Ansage stellt nicht nur einen Bruch mit der immer schon fragwürdigen Gleichsetzung von Frauen und Frieden dar, sondern auch mit der herrschaftskritischen Verknüpfung von Feminismus und Antimilitarismus. Letzterer wird aktuell gern, und nicht nur versehentlich, mit Pazifismus verwechselt. Die Analyse und Kritik organisierter militärischer Gewalt als Mittel imperialer Politik wird dabei von vornherein delegitimiert. Wenn kollektiv-politische Strategien gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu individuell-persönlicher Gewissensverweigerung diskreditiert und Pazifismus zu verantwortungsloser Gesinnungsethik erklärt wird, muss über Antimilitarismus als Gesellschaftskritik jenseits isolierter Gewaltereignisse erst gar nicht mehr diskutiert werden.

Die drei ‚feministischen Rs‘ – Repräsentation, Rechte und Ressourcen –, festgehalten im Grundsatzpapier des Auswärtigen Amtes zu feministischer Außenpolitik, sind auch aus herrschaftskritischer Perspektive von Feminist\*innen immer wieder eingefordert worden. Im aktuellen Anlassfall werden sie allerdings einem staats-

tragenden vierten R untergeordnet: Realitätscheck. Mit diesem herrschaftsstabilisierenden Schwenk von der feministischen Vision einer gerechten und gewaltlosen Gesellschaft zur vermeintlich alternativlosen Realpolitik, die sich bedauerlicherweise bewaffnen muss, werden allerdings auch die epistemologischen wie politischen Grundlagen der herrschaftskritischen feministischen Forderung nach Repräsentation, Rechten und Ressourcen über Bord geworfen. Die ‚realpolitisch‘ gerahmte und mit ‚europäischen Werten‘ ausgestaffte Anrufung sexualitäts- und geschlechterpolitischer Fortschrittlichkeit im Dienste von Menschenrechten und Zivilisation stellt somit einen bewussten Reduktionismus komplexer Verhältnisse dar – und bildet das fünfte R in dieser nur scheinbar paradoxen Gemengelage.

### **Geschlecht und Gewalt in der kolonialen Moderne**

Geschlechterfragen nehmen auch bei der aktuellen Militarisierung europäischer Politiken eine irritierende Funktion ein, wird doch Geschlecht gemeinhin auf die Variable ‚Frau‘ verkürzt und diese mit einer quasi-natürlichen Friedensneigung assoziiert. Diese Dichotomisierung begleitet jedoch seit Jahrhunderten die Legitimierung militärischer Gewalt zum Schutz von „Frauenundkindern“<sup>44</sup> der jeweils eigenen Gesellschaft. Hier ist der Bezug auf Geschlechterfragen nicht irritierend, sondern unmittelbar effektiv, weil affektiv. Feministisch ist meines Erachtens weder das eine noch das andere. Genauso wenig entspricht es jedoch meiner Vorstellung von herrschaftskritischem Feminismus, wenn immer breitere Teile der Gesellschaft – Frauen\*, Homosexuelle, Transpersonen, People of Colour – unter dem Banner diversitätsorientierter Geschlechterpolitik für die Normalisierung von Militarisierung und Krieg gewonnen werden. Herrschaftskritische Feminist\*innen in Wissenschaft und Zivilgesellschaft fordern seit Jahrzehnten eine feministische Politik, die nicht nur innen und außen, lokal und global wirksam wird, sondern diese auf einer tief verinnerlichten Geschlechterbinarität beruhende Trennung selbst aufhebt. Verschränkt zusammengedacht mit global etablierten und vor allem von Militarismus befestigten Klassenverhältnissen, die ihrerseits auf jahrhundertaltem Rassismus und Sexismus basieren, ist eine solche herrschaftskritische Vision feministischer (Außen-)Politik weit mehr als eine ‚Frauenfrage‘, die mit den oben genannten ‚drei Rs‘ beantwortet werden kann. Lange bevor ihre Analyse feministisch genannt wurde, kämpften Frauen, etwa rund um den Ersten Internationalen Frauenfriedenskongress in Den Haag 1915, gegen die Verheerungen der umfassenden gesellschaftlichen Militarisierung, die in den Ersten Weltkrieg mündete. Ihr Fokus war nicht pazifistisch im Sinne eines heute

oft verkürzten Bezugs auf eine vermeintlich genuine Friedensfähigkeit von Frauen, sondern dezidiert antimilitaristisch, formuliert als systemische Herrschaftskritik an Nationalismus, Kapitalismus und Patriarchat, die allesamt von Militarismus gestützt werden – und umgekehrt. Zahlreiche in diesem Sinne feministische Stimmen haben seither die Verschränkungen von Krieg, Militarismus und Geschlechterfragen analysiert, kritisiert und theoretisiert sowie um die Dimension von Rassismus im einst kolonialen und immer noch imperialen Setting globaler Weltordnung erweitert.

### **Ausweitung der Geschlechterkampfzone**

Militärische Gewalt braucht Legitimität, insbesondere dann, wenn sie im Namen von Demokratie, Menschenrechten und Frieden zum Einsatz kommt. Das gilt nicht nur dort, wo Bomben fallen, sondern auch dort, (von) wo sie produziert, finanziert und geliefert werden. Beide Kernaspekte der aktuellen Debatte – (weibliches) Geschlecht und (tödliche) Gewalt – emotionalisieren seit jeher und ziehen uns tief hinein in die Logik des Konfrontativen, die jene des Krieges spiegelt und befestigt. Ihre Verknüpfung befeuert verlässlich die diskursive, kognitive und affektive Militarisierung, ohne die kein Krieg geführt werden kann.

Der in den Leitlinien des Außenamts betonte Bezug auf Diversität und Geschlechtergerechtigkeit stellt eine ideale Argumentation für die Normalisierung von Militarismus bereit. Auch wenn dieser Diskurs auf den ersten Blick irritieren mag, sorgt die über Geschlechterfragen zusätzlich erhöhte Emotionalisierung und Kulturalisierung für das Funktionieren dieser Herrschaftstechnik der kolonialen Moderne. Sie ist gut 500 Jahre alt und ein genuiner Bestandteil der einstigen kolonialen mission civilisatrice, die auch in der imperialen Gegenwart hervorragend funktioniert. Heute kann sich das weniger staatsgewaltskeptische konservativ-liberale Spektrum mit staatstragenden Genderdiskursen wie etwa jenem zur feministischen Außenpolitik schmücken, indem es diese als genuin europäische zivilisatorische Errungenschaft rahmt. Zugleich stellen eben diese Diskurse für das staatsgewaltskeptische linksliberale Spektrum ein willkommenes Vehikel dar, um sich in den (inter-)nationalen Konsens sogenannter Realpolitik einzureihen – wenn schon nicht guten Gewissens, dann zumindest unter Berufung auf Alternativlosigkeit. Ökonomische und politische Interessen und die komplexe Gewordenheit von kriegerisch ausgetragenen Konflikten lassen sich mit Berufung auf eben jene Alternativlosigkeit in vermeintlich ahistorische Werte transformieren, gegen die kein Widerspruch geduldet werden kann.



### (K)ein bisschen Frieden

Während der männlich assoziierte Ruf des Falken inzwischen durchaus zu einer respektablen realpolitischen Position avanciert ist, die auch von Feminist\*innen eingenommen werden kann, wird mit dem weiblich, und damit abwertend konnotierten Etikett der (Friedens-) Taube erneut als naiv diskreditiert, wer sich der ‚realpolitisch‘ als unvermeidlich gesetzten Militarisierung entzieht oder dieser gar entgegentritt. Diese verlässlich funktionierende Binarität leistet im verengten Raum der diskursiven, kognitiven und affektiven Militarisierung immer wieder gute Dienste. Auch wenn progressive wie auch konservative Genderdebatten sich in den letzten beiden Jahrzehnten beachtlich diversifiziert haben, reproduzieren zugleich vor allem Medien hartnäckig genau jene heteronormativ-patriarchalen Konstellationen, in denen nicht-männliche, genderbewusste und auch dezidiert feministische Stimmen gern auf ‚das feminine Gesicht des Friedens‘ reduziert werden. Nicht einmal in akademischen Debatten ist dieses allzu einfache Strickmuster vollständig aufgeknüpft. Angesichts der seit Jahrhunderten währenden Verschränkung von Militarismus und Männlichkeit überrascht dieses Stereotyp nicht wirklich. Es begrenzt jedoch den Raum nicht nur pazifistischer, sondern vor allem antimilitaristischer Kritik einst wie jetzt erheblich und effizient. Viele seit langem existierende, komplexe und vor allem herrschaftskritische feministische Analysen werden deshalb einfach nicht gehört, weil sie das dominante Narrativ seit jeher stören. Der Herrschaftsmodus des ‚eingebetteten Feminismus‘ ebenso wie ein zunehmender diversitätsoffener ‚Homonationalismus‘<sup>5</sup> nimmt antimilitaristischem Feminismus und feministischem Antimilitarismus den Wind aus den Segeln. Auf diese vermeintlich geschlechterpolitisch emanzipative Weise kann (inter-)nationale Kriegsbeteiligung im Namen einer übergeordneten zivi-

lisatorischen Mission weiterhin normalisiert werden, wie das aktuelle Beispiel sogenannter deutscher feministischer Außenpolitik zeigt.<sup>6</sup>

### Anmerkungen

- 1 Brunner, Claudia: Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne, transcript, 2020.
- 2 Wisotzki, Simone/Scheyer, Victoria: New Guidelines for Germany’s Feminist Foreign Policy: The Need To Translate Norms into Political Practice in: Feministische Friedensforschung. HSFK-Blog, 10.3.2023; Ruppert, Uta: Ein bisschen Feminismus im Krieg? Über das Paradoxe feministischer Außenpolitik in: PROKLA 2022/208, S. 499-507.
- 3 Auswärtiges Amt, Leitlinien für feministische Außenpolitik, S. 13.
- 4 Schmollack, Simone: Feminismuscheck im Auswärtigen Amt, taz, 28.2.2023.
- 5 Cynthia Enloe prägte den Begriff „womenandchildren“ vor über 30 Jahren, um militarisierte Männlichkeit zu analysieren.
- 6 Brunner, Claudia: Ausweitung der Geschlechterkampfzone. Warum humanitäre Interventionen nicht ohne Sex auskommen in: Maximilian Lakitsch/Anna Maria Steiner (Hg.): Gewalt für den Frieden? Vom Umgang mit der Rechtfertigung militärischer Interventionen 2015 Wien: LIT, S. 153-179.
- 7 Brunner, Claudia: Stell dir vor, es ist Krieg... Diskursive, kognitive und affektive Militarisierung, in: Wissenschaft & Frieden 2/2023, S.47-49.
- 8 Brunner, Claudia: Still Loving the F-Word. Ein feministisches Plädoyer zur Stärkung post- und dekolonialer Friedens- und Konfliktforschung in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung Juli 2022, online first
- 9 Vgl. Fussnote 6.
- 10 Ich danke Helmut Krieger für intensive Diskussionen im Prozess der Entstehung dieses Texts.

# Öffentliche Gelöbnisse nach der „Zeitenwende“

Zur Komplizenschaft von Militär und „ziviler“ Gesellschaft

von Markus Euskirchen

Mehrere hundert Rekrutengelöbnisse finden jährlich statt. Zentraler Bestandteil der feierlichen Veranstaltung innerhalb der Kaserne oder auf einem öffentlichen Platz ist die Gelöbnisrede eines höheren militärischen Führers oder einer öffentlichen Person. In diesen Reden mischt sich die verpflichtende Ansprache an die Rekruten mit geschichts- und sicherheitspolitischen Setzungen und Behauptungen sowie rüstungspolitischen Forderungen. Das war vor der „Zeitenwende“ so und ist seitdem nicht anders. Hervorhebenswerter Zweck der Gelöbnisveranstaltung ist die Verpflichtung der Rekruten auf ihr Handwerk: Das Töten und Sichtöten-lassen auf Befehl. Aber auch der Charakter des dominierenden zivil-militärischen Verhältnisses in der Gesellschaft lässt sich daran ablesen.

## Gelöbnisformel anstelle von Eid oder Schwur

Am 23. März 2023 hielt Generalmajor Wolfgang Ohl die Gelöbnisrede beim öffentlichen Gelöbnis auf dem Marktplatz in Kandel.<sup>1</sup> Der Generalmajor hebt vor der Truppe und der Stadtbürgerschaft ausführlich noch einmal hervor, worum es geht, indem er die Gelöbnisformel komplett vorträgt. Die Bundeswehrrekruten geloben, der „Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Drei Dimensionen dieses Gelöbnisses will ich hier besonders hervorheben:

Der Gehorsamsadressat der Eidesformel ist die Bundesrepublik Deutschland. Warum, so gilt es zu fragen, fand die viel konkretere, einer Parlamentsarmee angemessenere Formulierung „ich gelobe, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zu wahren“ in den Beratungen des Bundestages 1956 keine Mehrheit? Nur wenn der ausdrückliche Gehorsamsadressat hinreichend abstrakt, unbestimmt und diffus ist, gelingt durch die Gelöbnisveranstaltung die Gehorsamsverpflichtung auf den jeweiligen militärischen Vorgesetzten bzw. die Befehlsinstanz. Verteidigungsgüter sind „Recht und Freiheit des deutschen Volkes“. Das Vaterland schied

ebenfalls schon 1956 aus (allerdings eher aufgrund taktischer Erwägungen: Dresden, Stettin und Saarbrücken hätten ja erst erobert werden müssen, um sie verteidigen zu können). So wurde neben dem fehlenden Verfassungsbezug die deutsch-völkische Konnotation zum zweiten ‚Geburtsfehler‘ des Bundeswehrgelöbnisses. Das Gelöbnis enthält die Verpflichtung auf die „Bundesrepublik Deutschland“ und darüber hinaus auf „Recht und Freiheit“. Hier ließe sich der Bezug zur „Armee in der Demokratie“ konstruieren. In diesem Zusammenhang gilt jeder einzelne Soldat als „Staatsbürger in Uniform“, zentraler Grundsatz sei die „Innere Führung“, d.h. die Freiheit der Bundeswehrler, mitzudenken und mit eigenen Rechten ausgestattet, (selbst) verantwortlich die Rollen des Bürgers und des Soldaten im Dienst zu vereinen. Die Rückbindung im weiteren Gelöbnistext an die zentralen soldatischen Tugenden „Treue“ und „Tapferkeit“ konterkariert diese republikanisch-demokratischen Vorsätze. Der Generalmajor fährt fort in seiner Rede beim Gelöbnis in Kandel, so wörtlich: „Wenn Sie in wenigen Minuten feierlich Ihren Eid [sic!] leisten, so ist dies ein Treueversprechen auf Gegenseitigkeit. Sie schwören, [sic!] unserem Land treu zu dienen. Und sie dürfen umgekehrt erwarten und sich darauf verlassen...“<sup>2</sup>

Aber als hoher Dienstgrad weiß der Generalmajor sicherlich, dass die Rekruten beim öffentlichen Gelöbnis gerade keinen Eid schwören. Denn bei der Gründung der Bundeswehr hatte sich der Bundestag – insbesondere mit Blick auf den personalisierten Führereid des Dritten Reiches – für die Einführung einer abgeschwächten und systemgebundenen Variante des militärischen Treueeides entschieden.<sup>3</sup> Die Bundeswehr begeht offiziell eben keine feierliche Vereidigung sondern ausdrücklich ein feierliches Gelöbnis. Wenn der General das hier dennoch so prominent behauptet, dann tut er das um des Effektes willen bei Leuten, die das weniger gut wissen als er. Er tut dies risikolos, denn die Formulierung muss ja qua Form der Veranstaltung unwidersprochen stehen bleiben und kann so ihre volle Wirkung entfalten.

## Anleitung zum militärischen Gehorsam

Das Gelöbnis schließt eine mehrwöchige militärische Grundausbildung ab, vereint die dort angewandten Disziplinierungsmechanismen in sich und trägt dazu bei, die Bedingungen für die Ersetzung ziviler durch militärische Normen zu schaffen. Die körperliche Unterwerfung und der Drill der vergangenen Wochen waren kein Selbstzweck. Ziel der militärischen Sozialisation ist die Gehorsamsproduktion. Die Zertrümmung individuellen Eigensinnes durch physische und psychische Gewalt ermöglicht die Institutionalisierung von Disziplin und Gehorsam in der militärischen Ordnung.<sup>4</sup>

„Das öffentliche Gelöbnis ist eine würdevolle Veranstaltung und nur mit einem schlichten militärischen Zeremoniell verbunden. Die Symbolkraft hoheitlicher Elemente (z.B. Eides- u. Gelöbnisformel, Feststellung des Kommandeurs, Truppenfahne, Nationalhymne) soll die Soldaten auch emotional an ihre soldatischen Pflichten binden.“<sup>5</sup> Ziel ist die Bindung der einzelnen Soldaten und ihre Eingliederung in den Truppenkörper. Dort sollen sie verfügbar sein: „Diese Rituale werden gezielt eingesetzt, um die innere Bindung der Rekruten an den Staat zu fördern und die Soldaten dienstwillig und verfügbar zu machen, und das ist für alle Machthaber der entscheidende Punkt: die Verfügbarkeit über Menschen, die fraglos parieren.“<sup>6</sup>

Loyalität wird mit der Verwendung religiöser Kulturelemente („Schwur“) aus dem metaphysischen Sicherheitsbedürfnis und Verantwortungs- bzw. Pflichtgefühl der Einzelnen abgeleitet. Sie ist „auf dem Alltagsglauben an die Heiligkeit von jeher geltender Traditionen und die Legitimität der durch sie zur Autorität Berufenen gegründet.“<sup>7</sup>

Der Loyalitätsproduktion innerhalb des Militärs dient die Legitimitätsproduktion nach außen hin. Zentral ist hier die „Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft“. Bis vor einigen Jahren – als die Bundeswehr sich noch offener, massenhafter Kritik ausgesetzt sah („GelöbniX“) – stand die „Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft“ mit deren zivilisierender, kontrollierender Wirkung auf das Militär im Vordergrund. Der demokratische Anspruch<sup>8</sup> der Bundeswehr wurde hervorgehoben. Die militarisierende Wirkung in der umgekehrten Richtung wurde fast durchweg übersehen oder unterschlagen. Der schon vor einem Vierteljahrhundert offensichtlich gewordene Widerspruch zwischen dem Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ und dem faktischen Trend vom „Diplomaten in Uniform“ zum „Soldaten im Feuer“, dem wiederbelebten Soldatenbild des Kriegers<sup>9</sup>, mündete in eine gesamtgesellschaftliche Komplizenschaft, die die „Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft“ heute aus einem gemeinsamen

Interesse heraus begründet: Der einstige Widerspruch löst sich auf in der hinreichend abstrakten Imagination der „Verteidigung der Freiheit“ mit militärischen Mitteln: Die Bundeswehr ist im weltweiten Einsatz für die Interessen von Staat und Kapital.

Der Staat verlangt der Bevölkerung die Mittel ab zur Alimentierung von Krieg und Rüstungswirtschaft. Diese macht mehrheitlich mehr (Presse, Grüne Partei) oder weniger (nennenswerte Teile der „gesellschaftlichen Linken“) begeistert mit. Das Kapital bekommt Gelegenheit, seinem Zweck (Mehrwertvermehrung) risikolos gerecht zu werden: Neue Kalte Kriege (gegen Russland und am Horizont auch gegen China) werden ausgerufen. Damit einher drehen sich die profitablen Rüstungsspiralen. In den Worten des Generalmajors – er zitiert die Premierministerin des anti-russischen Frontstaates Estland: „Die Freiheit muss besser bewaffnet sein als die Tyrannei.“

## Das Gewissen muss zurückstehen

Die doppelte rhetorische Grenzverletzung des Generalmajors – vom Gelöbnis zum Eid, vom Geloben zum Schwören – fällt live wohl kaum jemandem auf, zielt aber auf eine Wirkung. Indem sich die militärische Führungsperson hier an entscheidender Stelle der religiös konnotierten Autorität von Eid und Schwur bedient, verstärkt sie den disziplinierenden Zugriff auf die Gewissen der Rekruten (und ihres familiären Umfeldes). Gemäß der offiziellen Lesart „bindet“ das Gelöbnis das individuelle Gewissen des Gelöbnisgebers (Rekrut) an äußere, nämlich militärische Normen und Verhaltensweisen, die ihm der Gelöbnisnehmer (Staat/Militär) abverlangt bzw. auferlegt. „Im Gewissen ist eine sittliche Erfahrung ausgedrückt, in der ein Akt des Wissens von einer Norm verbunden ist mit einem Gefühl der Unlust oder des Schmerzes in Folge einer Abweichung von den Regeln einer Gemeinschaft.“<sup>10</sup>

Als ‚Gewissen‘ kann man eine bis in die emotionale Ebene der Persönlichkeitsstruktur eingelassene Internalisierung gesellschaftlicher Normen bezeichnen. Das militärische Tötungs- und Sterbegebot konfliktiert grundlegend mit der Norm des zivilen Gewaltverbotes, woraus ein schwerwiegendes Problem bei der Konstitution soldatischen Gewissens resultiert. Der Soldat gibt sein Gewissen „in dem Moment ab, wo er den Eid des Gehorsams ablegt. Danach kann er nicht mehr unter allen Umständen und jedesmal fragen: Kann ich es mit meinem Gewissen vereinbaren? Er darf das, aber er ist eigentlich gezwungen, das zurückzunehmen. Es wird ihm nahegelegt, nicht dauernd jeden Befehl zu überprüfen, außer in Extremfällen. Aber zunächst einmal erwartet der Staat oder die Befehlshaber, daß im Zweifel der Befehlshaber recht hat.“<sup>11</sup>

Damit Soldaten „auf Befehl hin Handlungen vor(nehmen), die allen übrigen Gesellschaftsmitgliedern schwerste Bestrafung einbringen würden“,<sup>12</sup> bedarf es mehr als einer Gewissensbindung. Der Soldat muss Anteil erhalten an der Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols (Max Weber). Der völlig unbestimmte Freiheitsbegriff liefert diese Legitimität. Nur so kann der Widerspruch zwischen militärischem Gewaltauftrag und zivilem Gewaltverbot subjektiv ausbalanciert werden. Der militärische Grundauftrag – die Ausübung (tödlicher) physischer Gewalt – ist mit dem zivilen Gewissen nicht nur partiell, sondern prinzipiell unvereinbar. Soll das individuelle und kollektive soldatische Gewaltpotential nicht nur entfesselt, sondern unter einem planvollen Kommando gezielt und kontinuierlich eingesetzt werden, bedarf es der Ablösung der zivilen durch eine militärische Gewissensstruktur. Militär kann deswegen nur dann funktionieren, wenn das zivile Gewissen im Hinblick auf den militärischen Zweck suspendiert wird.

Hat der Soldat seinen Dienst getan, seinen mörderischen Befehl ausgeführt, bricht vielfach das zivile Gewissen nachträglich oder nach der Heimkehr, nach dem Ende des Einsatzes wieder durch. Oft ist dann der Konflikt zwischen unter Gewissenssuspendierung Erlebtem und Getanem nicht mehr mit dem wieder zur Geltung gekommenen zivilen Gewissen vereinbar. Der Einzelfall wird pathologisiert und sozial aussortiert. Die militärpsychologische Diagnose heißt Post Traumatic Stress Disorder (PTSD). Fernsehserien thematisieren den Mechanismus und kriegseinsatzbedingte Täter erscheinen uns als Opfer – richtig daran: Opfer von Gewissenstechnologien, die auch im Gelöbnis zum Einsatz kommen.

An der Gewissenssuspendierung hat das Gelöbnis einen wesentlichen Anteil. Es vermittelt die Auflösung der zivilen Identitäten der Individuen über die Erfahrung der kollektiven Truppenidentität. Symbolisch wird die neue staatlich-militärische Identität dargestellt und dabei für den Rekruten körperlich erfahrbar: Im Gelöbnis wird der Rekrut gegenüber der Öffentlichkeit als Teil der Staatsgewalt präsentiert. Er tritt uniformiert und entindividualisiert auf. Am Gelöbnisort wird der Rekrut räumlich so platziert, dass er der anwesenden zivilen Öffentlichkeit gegenüber steht. Während des Rituals wird der Rekrut nicht mit seinem zivilen Namen, sondern als Soldat oder Kamerad angerufen; er folgt dabei besonderen Codizes und Regeln, die nur für ihn, nicht aber für die anwesende Öffentlichkeit gelten. Indem die Abordnungen der Rekruten, stellvertretend für alle anwesenden Rekruten, beim Sprechen der Gelöbnisformel ihre Hand über die Nationalfahne strecken, erhalten sie quasi-körperlichen Anteil an dem wichtigsten nationalen Symbol.<sup>13</sup>

## Anmerkungen

- 1 Das ganze Gelöbnis ist in einer Amateuraufnahme bei Youtube zu verfolgen, hier: Teil 4/7 Gelöbnisrede Generalmajor Wolfgang Ohl- Gelöbnis 23.03.23 Kandel, [https://www.youtube.com/watch?v=7BxB10\\_cfB0](https://www.youtube.com/watch?v=7BxB10_cfB0).
- 2 Ebd. ab 2:23min, youtube.com.
- 3 Markus Euskirchen: Das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr in der Diskussion, 1998, Berlin: Diplomarbeit Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin, S. 36ff, sowie Klaus von Schubert: Wiederbewaffnung und Westintegration: Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952, Stuttgart 1972 degruyter.com, Martin Wengeler: „Remilitarisierung“ oder „Verteidigungsbeitrag“? Sprachthematization in den Diskussionen um die westdeutsche Wiederbewaffnung, in: Sprache und Literatur (64/1989), S. 39-57.
- 4 Ulrich Bröckling: Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion, München 1997.
- 5 Thomas Flink: Notwendiger Rückhalt. Eid und feierliches Gelöbnis, in: Information für die Truppe (3/1998), S. 17f.
- 6 Heinrich Missalla: Militär und Katholizismus, in: GelöbNIX-Leporello, Berlin 1996, S. 5.
- 7 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen [zuerst 1921] 1972, S. 159.
- 8 Das formale Recht, einen Befehl verweigern zu können und zu müssen, sobald dieser gesetzes- oder völkerrechtswidrig ist, stellt tatsächlich einen formal-demokratischen Fortschritt im historischen Vergleich mit anderen deutschen Armeen und im internationalen Vergleich mit anderen Militärapparaten dar. In der Praxis kommt dieses Recht allerdings kaum zum Tragen, da der Untergebene schon von seiner Informationssituation her nicht in die Lage versetzt wird, seine Rechte wahrzunehmen und dem militärischen Führer und dessen Befehlen daher ‚vertraut‘.
- 9 Vgl. Björn M. Tolksdorf: Editorial; in: ami, 28 (9/1998), S. 3f.
- 10 Heinz D. Kittsteiner: Die Entstehung des modernen Gewissens, Frankfurt/M. 1991.
- 11 Ekkehart Krippendorff: Interview mit dem Projekt Militärrituale am 18.2.2001; in: Markus Euskirchen: Materialband zur Dissertation „Militärrituale – Die Ästhetik der Staatsgewalt. Kritik und Analyse eines Herrschaftsinstruments in seinem historisch-systematischen Kontext“: Reden, Bilder, Interviews, Dienstvorschriften, Berlin 2003, S. 151. <https://www.euse.de/wp/militarrituale/>.
- 12 Ulrich Bröckling, a.a.O., S. 9.
- 13 Siehe Teil 6/7 Der Höhepunkt, die Vereidigung. Gelöbnis 23.03.23 Kandel, <https://www.youtube.com/watch?v=p6pSDSrL2A0>.



# Banaler Militarismus

## Von süßen Leos und supergeilen Geparden

von Alexander Kleiß

Es ist der 25. Januar 2023. Erster Tagesordnungspunkt im Bundestag: Befragung des Bundeskanzlers Olaf Scholz. Dieser überzieht seine für eine kurze Berichterstattung vorgesehene Redezeit deutlich und nutzt diese Zeit, um eine umstrittene Entscheidung zu verkünden: Die Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern an die Ukraine.

Während viele in der Gesellschaft die Entscheidung aus gutem Grund kritisch sehen, gibt es auch diejenigen, denen es nicht schnell genug gehen konnte mit der Lieferung des todbringenden Militärgeräts. Eine von ihnen: Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Sara Nanni. Anlässlich der Lieferung der Kampfpanzer hat sie sich für die Sitzung des Bundestags extra ein Sweatshirt mit Leoparden-Muster angezogen.<sup>1</sup> Bereits am Tag zuvor hatte sie sich in einem Nike-Sweatshirt mit Leo-Muster in sozialen Medien präsentiert mit der eindeutigen Botschaft: „Free the Leopards. Just do it.“<sup>2</sup> Irgendwie süß und hip (Leo-Muster ist ja zurzeit bis tief in linke Kreise total im Trend) und doch auch ekelhaft – immerhin geht es hier um teure Maschinen aus Metall, die im Grunde nur eines können: Zerstörung und Tod bringen.

Angeknüpft hatte Nanni damit an den Hashtag #FreeTheLeopards, der zuvor auf Twitter bekannt wurde. Militärpropaganda kann offenbar sehr erfolgreich sein, ohne dabei Themen wie Krieg, Tod, Zerstörung, Militär usw. überhaupt direkt aufzugreifen. Kennzeichnend ist, dass Krieg und Militarismus sowie deren Folgeerscheinungen verharmlost werden. Denn: Wer würde den armen Leoparden (oder besser noch: den Leos) ihre Freiheit verwehren? Tierlieb sind wir doch alle irgendwie.

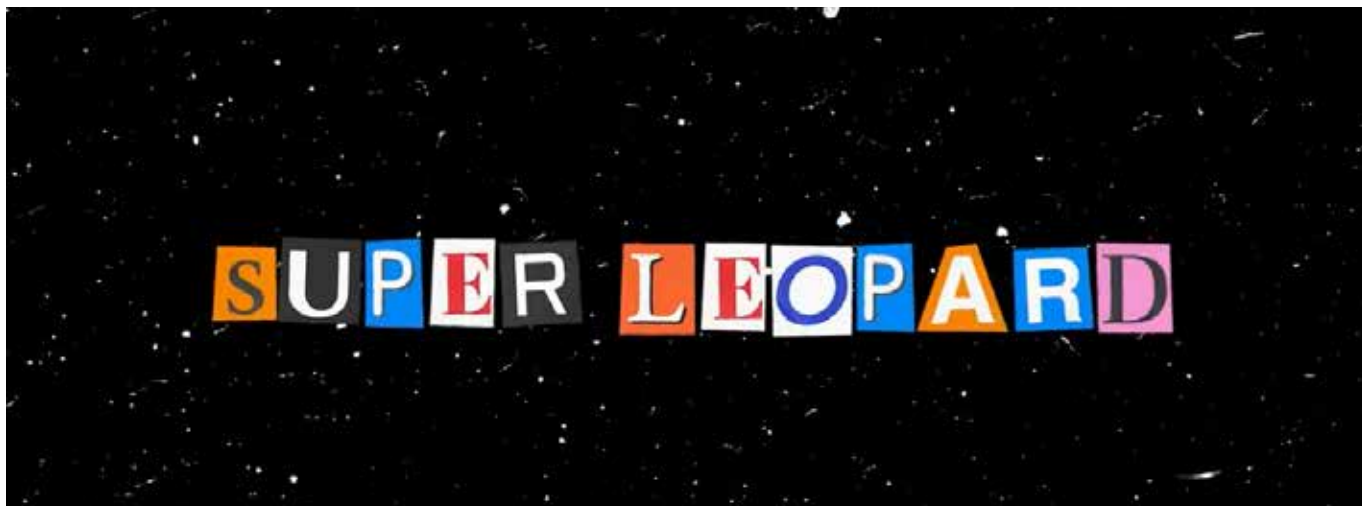
### Panzer – Supergeil?

Bereits nach der Lieferung der Gepard-Panzer wenige Monate zuvor hatte sich das ukrainische Verteidigungsministerium bei Deutschland für die Flugabwehrpanzer mit einem Video bedankt: Untermalt mit dem 2014 viral

gegangenen Hit „Supergeil“ des Musikers Friedrich Liechtenstein wird Militärgerät im Einsatz gezeigt, das Deutschland zuvor an die Ukraine geliefert hatte, wie das Luftabwehrsystem Iris-T oder der Gepard-Panzer. Dazu wird immer wieder Text eingeblendet: „Super Iris / Super Leopard / Super Defense / Supergeil!“ In einem YouTube-Video<sup>3</sup> der WELT wird der Clip besprochen. Die Korrespondentin Tatjana Ohm merkt an, der Clip möge „zwar nicht jedem gefallen“, zeigt sich aber insgesamt beeindruckt. Der Humor könne im Krieg auch „eine Waffe“ sein. Der belustigt bis verschmitzte Kommentar aus dem Studio in Deutschland dazu: „...und eine charmante noch dazu.“

### Banaler Militarismus

All dies sind Beispiele für eine Trivialisierung des Militärs in postmodernen Bildergesellschaften. Fabian Virchow und Tanja Thomas prägten zur Erfassung dieses Phänomens das Konzept des „Banal Militarism“ (Banaler Militarismus). 2006 gaben sie den Sammelband „Banal Militarism. Zur Veralltäglichen des Militärischen im Zivilen“ heraus. Banal Militarism definieren sie darin als die zahlreichen Prozesse, „mittels derer das Militär bzw. Militärisches im weitesten Sinne in den Alltag eingelassen ist und zu seinem (weitgehend) selbstverständlichen Bestandteil gemacht wird/werden soll.“<sup>4</sup> Oder anders ausgedrückt: „die vielfältigen Prozeduren der Gewöhnung an und/oder Einübung von Denkmustern, Einstellungen und Verhaltensweisen [...], die – mehr oder weniger – mit einem militärischen Habitus verbunden sind“.<sup>5</sup> Diese Prozeduren der Gewöhnung an Militarismus erfolgen oft über eine banalisierende oder gar unterhaltsame Darstellung von Krieg und Militär. Der Kulturindustrie schreiben sie dabei eine immer bedeutendere Rolle zu. In den oben genannten Beispielen betrifft dies z.B. soziale Medien, über die Videoclips rasant und mit großer Reichweite verbreitet werden können. Banal Militarism betrifft jedoch auch zahlreiche andere Bereiche des alltäglichen



Screenshot vom Video des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Quelle: youtube.

Lebens: vom Kleidungsstil (Stichwort: Leo-Muster, aber auch Camouflage-Kleidung) über die Banalisierung staatlicher Gewalt durch Militärrituale bis hin zu PC-Kriegsspielen, die den spielenden Nutzer\*innen „Unterhaltung und dem Militär ein modernes Rekrutierungs- und Sozialisationsinstrument“<sup>6</sup> bieten. Manchmal passiert die Banalisierung von Militär und Militarismus eher zufällig und nebenbei, zum Teil wird sie vom Militär aktiv vorangetrieben. Michael Schulze von Glaßer beleuchtet diese Prozesse im Fall von Videospiele sehr aufschlussreich in der IMI-Studie „Die Verbindungen zwischen der Videospielebranche, dem Militär und der Rüstungsindustrie“.<sup>7</sup> Dabei führt er mehrere Beispiele für direkte Kooperationen zwischen Videospielehersteller\*innen auf der einen Seite und Militär oder Rüstungsindustrie auf der anderen Seite an. Timothy Lenoir, auf dessen Vorarbeit sich Virchow und Thomas bei der Entwicklung des Konzepts des Banal Militarism stützen, spricht an dieser Stelle sogar von einem „Military-Entertainment Complex“.<sup>8</sup>

Tanja Thomas und Fabian Virchow lehnen ihr Konzept an das etwas ältere Konzept des banalen Nationalismus an. Dieses wurde in den 1990er Jahren von Michael Billig, einem britischen Sozialwissenschaftler, entworfen. In Abgrenzung beispielsweise zum völkischen Nationalismus sieht er daneben einen Komplex von Einstellungen, Vorannahmen, Gewohnheiten und Praktiken, durch die sich Nationen in sehr banaler Weise diskursiv immer wieder als Nationen reproduzieren. (Michael Billig: Banal Nationalism. 1995) Er bezeichnet diese „unspektakulären sozialen und diskursiven Prozesse, die zu der Markierung von bzw. Erinnerung an Nationalität, ‚nationale(r) Gemeinschaft‘ und ‚nationale(r) Zugehörigkeit‘ in westlichen Nationalstaaten beitragen, als ‚banal nationalism‘“ (Thomas/Virchow 2006).

Letztlich betrifft der banale Militarismus jedoch so viele Bereiche unseres Alltags, dass es kaum möglich ist, diese hier alle aufzuzählen. Die Veralltäglichen des Militärischen und Kriegerischen findet in einer Vielzahl unspektakulärer Prozesse und Aneignungen statt – oft auch unbewusst. Im oben angesprochenen Sammelband wird banaler Militarismus u.a. am Beispiel von Kinder- und Jugendromanen, Diskursen, Theaterstücken, Militärdenkmalen, Sport, Filmen, Kino, Journalismus, Universitäten oder Popmusik untersucht.<sup>9</sup>

Das Konzept des banalen Militarismus kann dabei helfen, den Blick für diese vermeintlich unwichtigen Formen der Militarisierung zu weiten. Weil das Militärische aktuell immer weiter ins Zivile eindringt – sei es als Helfer\*innen an Corona-Teststationen, durch Plakatwerbung oder auf YouTube, ist es wichtig, sich mit genau diesen Formen der Militarisierung verstärkt auseinanderzusetzen.

#### Anmerkungen

- 1 Taz: Kampfpanzerlieferungen in die Ukraine: Das Wendemanöver des Kanzlers. 25.1.2023.
- 2 Mastodon: Post von Sara Nanni. 24.1.2023.
- 3 WELT Nachrichtensender: Krieg in der Ukraine: „Super Please“ – Ukraine bittet Deutschland mit Video um Leopard-Panzer. 3.11.2022.
- 4 Tanja Thomas und Fabian Virchow: Banal Militarism. Zur Veralltäglichen des Militärischen im Zivilen. 2006, S. 34.
- 5 Ebd., S. 26.
- 6 Ebd., S. 39.
- 7 Michael Schulze von Glaßer: Die Verbindungen zwischen der Videospielebranche, dem Militär und der Rüstungsindustrie, IMI-Studie 2015/09, imi-online.de, 15.10.2015.
- 8 Timothy Lenoir: „All but War is Simulation: The Military-Entertainment Complex“ in: Configurations 2000 (8), S. 289-335.
- 9 Thomas und Virchow: 2006.

# Militärische Landnahme

Ein raumgreifender Prozess

von Christopher Schwitanski

Im östlichen Sachsen-Anhalt an der Grenze zu Brandenburg liegt das kleine Örtchen Magdeburgerforth, umgeben von weitläufigen Waldgebieten. Wenn man südlich des Ortes den Wald durchquert, stößt man unweigerlich auf einen stacheldrahtbewehrten Zaun, der in regelmäßigen Abständen von Schildern gesäumt ist, die mit folgender Aufschrift die Grenze des öffentlich zugänglichen Teils des Waldes deklarieren: „Militärischer Sicherheitsbereich. Grenze des Truppenübungsplatzes. Schieß- und Übungsbetrieb. Blindgänger Lebensgefahr! Unbefugtes Betreten des Platzes ist verboten und wird strafrechtlich verfolgt. Die Kommandantin/Der Kommandant.“

## Militärische Landnahme

An diesem Schild beginnt, für jeden ersichtlich, militärisches Sperrgebiet. Während es sich in der Gegend südlich von Magdeburgerforth um den ca. 90km<sup>2</sup> großen Truppenübungsplatz Altengrabow handelt, finden sich im ganzen Bundesgebiet in ähnlicher Weise abgesperrte und mit Warnhinweisen versehene Gebiete der Bundeswehr. Nach eigenen Angaben verfügt sie über knapp 11.500 Liegenschaften im In- und Ausland, welche allein in Deutschland eine Fläche von ungefähr 2.630 km<sup>2</sup> umfassen. Zieht man die Flächennutzung ausländischer Streitkräfte in den alten Bundesländern – allen voran die der US-amerikanischen – von ca. 620 km<sup>2</sup> hinzu, so machen militärisch kontrollierte Flächen knapp ein Prozent des Gebiets der Bundesrepublik aus. Nach aktuellen Trends dürfte die Ausdehnung dieser Fläche in den kommenden Jahren nicht weniger werden, wahrscheinlich sogar mehr. Denn bereits 2019 verkündete das Verteidigungsministerium die acht Jahre zuvor beschlossene Schließung mehrerer Bundeswehrstandorte rückgängig zu machen. 2011 war zunächst beschlossen worden, im Zuge einer Reduzierung der Streitkräfte diverse Liegenschaften zu schließen. Einige „Trendwenden“ in den Folgejahren führten dazu, dass mehrere Standortschließungen rückgängig gemacht wurden oder erneuten Überprüfungen unterzogen werden.

Diese Prozesse erweitern das militärisch kontrollierte Gebiet in Deutschland, welches in unterschiedlicher Form über seine stacheldrahtbewehrten Grenzen hinaus in sein Umland hineinwirkt. Mitunter kommt es zu ökonomischen Verflechtungen und Abhängigkeiten in räumlicher Nähe zu Militärstandorten. Diese können zugleich die Legitimität selbiger fördern, indem die Bundeswehr primär als Arbeitgeberin, Kundin, Konsumentin oder Teil der Nachbarschaft erlebt wird. So erfährt das Militär eine Normalisierung, in der Krieg und Gewalt nicht länger als sein essentieller Bestandteil stattfinden. Die tatsächliche ökonomische Bedeutung von Militärstandorten ist allerdings umstritten und dürfte je nach Lage und Art der Liegenschaft erheblich variieren.<sup>1</sup> Das gilt auch für das Ausmaß der Akzeptanz selbiger bei der benachbarten Bevölkerung, wobei Unstimmigkeiten und Protest gerne in der Militär-PR ausgeblendet werden. So schmückt sich mitunter die lokale Politik mit einem militaristischen Selbstverständnis, welches etwaige Widersprüche einebnet. Dies spiegelt sich in fröhlichen Pressemeldungen wie der folgenden wider, die sich auf zwei Munitions- und Materiallager im baden-württembergischen Neckar-Odenwald-Kreis bezieht. Beide wurden 2022 von der Bundeswehr wieder in Betrieb genommen: „Vize-landrat Björn-Christian Kleih sagte, die Wiederbelebung der Lager sei eine frohe Nachricht für den Landkreis, dessen Bevölkerung hinter der Truppe stehe.“<sup>2</sup> Eine solche Gegenkonversion<sup>3</sup> erweitert das unmittelbar militärisch kontrollierte Gebiet. Dabei bilden die Liegenschaften der Bundeswehr in Deutschland nur das augenfälligste Momentum der militärischen Kontrolle über und der Einflussnahme auf (vormals) zivile Räume. Denn die militärische Nutzung beschränkt sich nicht auf jene Gebiete, die der Armee exklusiv zugewiesen und den Bürger\*innen als solche ausgewiesen sind. Auch die vordergründig zivile Infrastruktur abseits militärischer Sperrgebiete und ihres unmittelbaren Umlands bildet einen wesentlichen Bestandteil der militärischen Erschließung des öffentlichen Raums.

## Vereinnahmung der Infrastruktur

Ein wesentliches Element militärischer Landnahme bildet neben der Versorgung die Transportinfrastruktur, welche essentiell ist für die Verlegung von Truppen und Material an mögliche Fronten. Welche Fronten man da in militärischen und politischen Planungsstäben zuletzt im Blick hatte, wird zusammengefasst unter dem Schlagwort „Militärische Mobilität“ deutlich: Seit 2014 treiben NATO und EU Bemühungen voran, die Mobilitätsinfrastruktur in Form von Straßen, Bahnschienen, Brücken und Tunneln auf ihre Kompatibilität mit militärischem Großgerät zu überprüfen und entsprechend auszubauen, um eine schnelle Verlegung von Material Richtung Osten zu ermöglichen.<sup>4</sup>

Dem Schienenverkehr kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu, da die Bahn dem Seeweg und der Straße an Geschwindigkeit überlegen ist und zugleich das Transportvolumen eines Flugzeugs bei weitem übersteigt. Diese Relevanz zeigt sich beispielsweise bei Infrastruktur-Großprojekten wie einer Hochgeschwindigkeitsbahntrasse, die aktuell zwischen Polen und den baltischen Staaten gebaut wird (mit potentieller Anbindung an Berlin), explizit auch zur schnellen Verlegung von militärischem Material.<sup>5</sup> Auch die Bundeswehr sicherte sich Anfang 2019 über einen Rahmenvertrag mit der Bahn Vorrang vor dem zivilen Schienenverkehr, um eine schnelle Materialverlegung auf der Schiene zu ermöglichen. Hintergrund ist das Kommando der Bundeswehr über eine schnelle NATO-Eingreiftruppe, die im Kriegsfall in kürzester Zeit an die (Ost-)Front verlegt werden soll.<sup>6</sup>

Nun soll nicht der Eindruck entstehen, es handele sich bei Infrastrukturplanung und -bau um einen einseitig determinierten Prozess zugunsten des Militärischen (in dem Fall gäbe es aktuell vermutlich keinen Nachbesserungsbedarf zu beanstanden). Vielmehr sind diese Entwicklungen als ein wechselseitiger Prozess zu verstehen. Wie dieser aussieht, wenn sich Militär nach den gegebenen infrastrukturellen Bedingungen richtet, kann man aktuell beim Rüstungsunternehmen Rheinmetall nachvollziehen. Dieses bewirbt auf seiner Webseite den neuen Kampfpanzer Panther KF51 mit dem Verweis, dass dessen Maße auf die üblichen Tunnelprofile angepasst sind und er folglich ohne vorherigen Umbau mittels bestehender Infrastruktur verlegt werden kann.<sup>7</sup>

## Von der Infrastruktur bis zur Architektur

Die titelgebende militärische Landnahme ist also ein Prozess, der sich nicht auf die Vereinnahmung und Kontrolle von exklusiven militärischen Flächen beschränkt. Vielmehr ist sie über die militärische Kontrolle hinaus

ein raumgreifendes Projekt, welches tief in die vordergründig zivile Infrastruktur eingeschrieben ist und somit die Möglichkeiten militärischer Expansion und Kriegsführung weit über die Grenzen militärischer Sperrgebiete und die eigenen Landesgrenzen hinaus ausdehnt. Während hier das Beispiel der Transportinfrastruktur umrissen wurde, ließen sich ebenso Bebauung und Architektur miteinbeziehen: Etwa, wenn beim Bau ziviler Einrichtungen und Wohngebäude angeregt wird, die Bausubstanz zukünftig zu „härten“, um sie widerstandsfähiger zu machen, „insbesondere gegen extreme hochdynamische Belastungen wie sie z. B. durch Explosionen und Waffeneinwirkungen entstehen können“.<sup>8</sup>

Untersuchungen von Militarisierungsprozessen müssen sich folglich nicht auf die Betrachtung soziologischer Aspekte beschränken, sondern können darüber hinaus fruchtbar infrastrukturelle, geographische und architektonische Gegebenheiten miteinbeziehen und nachvollziehen, wie sich hier in einem wechselseitigen Einflussverhältnis militärische Planung und Kriegsvorbereitung einschreiben.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Woodward, Rachel: *Military Geographies*, Blackwell Publishing, 2004, S. 44-47.
- 2 Augsburger Allgemeine: Bundeswehr reaktiviert Logistik-Einheiten im Südwesten, 9.5.2022
- 3 Kleiß, Alexander: Konversion rückwärts: Wiederaufrüstung in Baden-Württemberg, IMI-Studie 2018/03.
- 4 Kropp, Victoria: *Kriegslogistik und Militärische Mobilität. Wie NATO und EU die Infrastruktur kriegstauglich machen wollen*, IMI-Analyse 2020/07.
- 5 Wagner, Jürgen: *Rail Baltica. Die militärisch-geopolitische Dimension eines EU-Eisenbahnprojektes*, IMI-Analyse 2020/37.
- 6 Haydt, Claudia: *Bahn frei für die Bundeswehr. Der Rahmenfrachtvertrag für internationalen Schienentransport zwischen Bundeswehr und Bahn*, IMI-Analyse 2019/01.
- 7 Rheinmetall: *Kampfpanzer KF51 „Future tanknology“ – Die Zukunft des Kampfpanzers*, rheinmetall.com, 2023.
- 8 So der Wortlaut in der „Konzeption Zivile Verteidigung“ des Innenministeriums, in der die Vorbereitung eines Angriffs- oder Katastrophenfalls durchgespielt wird.

# Die militärische Seite der Digitalisierung

von Hans-Jörg Kreowski

Mit Digitalisierung wird üblicherweise ein schon Jahrzehnte anhaltender globaler Prozess bezeichnet, bei dem es sich um den immer noch wachsenden Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik, digitaler Vernetzung, Algorithmisierung, Mediatisierung, Roboterisierung und in letzter Zeit zusätzlich um die Anwendung Künstlicher Intelligenz in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen handelt. Die Digitalisierung hat ihren Ausgangspunkt in der Entwicklung der ersten Computer im Zuge des 2. Weltkriegs und den Jahren danach in Deutschland, Großbritannien und vor allem in den USA, die in enger Verbindung zum militärischen Komplex stattfand. Die ersten Jahrzehnte waren stark vom Geld und von den Anforderungen der Militärs geprägt. Aber auch seitdem der zivile Bereich beginnend in den 1970er und 1980er Jahren insbesondere durch die allmähliche, aber unaufhaltsame Verbreitung von PCs, Notebooks, Laptops, Tablets und schließlich von mobilen Geräten und durch die immer umfassenderen Anwendungen in Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Wissenschaft die Digitalisierung klar dominiert, ist die Verflechtung mit dem Militärwesen nicht verschwunden, sondern ein weiterhin bestimmender Faktor.

## Am Anfang war der Krieg

Konrad Zuse hat 1941 mit der Z3 den ersten funktionsfähigen Digitalrechner vorgestellt. Seine Arbeit wurde von der Rüstungsindustrie und staatlichen Stellen gefördert. Als Gegenleistung hat er einen Spezialrechner für die Optimierung der Flügeinstellungen von Gleitbomben gebaut. Die Computerentwicklung in Großbritannien ist eng mit dem Namen Alan Turing verbunden, der in Bletchley Park an der Entschlüsselung des deutschen Nachrichtenverkehrs mitgewirkt hat. Dafür wurde u.a. der ab 1943 eingesetzte Röhrencomputer Colossus entwickelt.

Entscheidend aber waren mehrere Entwicklungen in den USA. So wurde beispielsweise ab 1942 im Auf-

trag der US-Armee der Röhrencomputer ENIAC für die Berechnung ballistischer Tabellen gebaut. Solche Tabellen wurden zu Hunderten benötigt, und für jede einzelne musste eine Schar von vor allem Rechnerinnen tagelang arbeiten, was mit ENIAC tausendmal schneller ging. Eine Parallelentwicklung im Auftrag der US-Marine ab 1945 war Whirlwind. Ursprünglich für Flugsimulation gedacht, wurde es später im SAGE-System eingesetzt, das erste computergestützte Luftverteidigungssystem. Weitere Durchbrüche gelangen durch die Erfindung der Transistoren, die die ausfallanfälligen Röhren ersetzten, und der integrierten Schaltungen, die eine lange Phase der Miniaturisierung und Verkürzung der Rechenzeiten einläuteten. Das kulminierte von 1980 bis 1990 im milliardenschweren Very High Speed Integrated Circuits program (VHSIC) des US-Verteidigungsministeriums. Ziel war, die Grenzen zu verschieben, die die Hardware den militärischen Systemen setzte.<sup>1</sup>

## Softwarekrise

Bei der Entwicklung großer Softwaresysteme, wie sie insbesondere für militärische Anwendungen in den 1950er und 1960er Jahren gefordert waren, stellte sich bald heraus, dass sie häufig viel teurer wurden als geplant, dass das Projektmanagement nicht klappte und dass die Zuverlässigkeit erheblich zu wünschen übrig ließ. Während die Hardware kontinuierlich verbessert wurde, wurden die Softwareprobleme immer größer. Es gab ab den späten 1960er und vor allem in den 1970er und 1980er Jahren zwei große Anstrengungen, diese sogenannte Softwarekrise zu beheben, bei denen die im Entstehen begriffene wissenschaftliche Disziplin der Informatik um Mithilfe gebeten wurde. Zum einen setzte das US-amerikanische Verteidigungsministerium die Entwicklung der Programmiersprache ADA in Gang, die mehrere hundert bis dahin benutzte Programmiersprachen ersetzen sollte.<sup>2</sup> Zum anderen lud die NATO zu mehreren internationalen Konferenzen ein, auf denen das inzwischen ganz zentrale

Fachgebiet der Softwaretechnik aus der Taufe gehoben wurde mit dem Ziel methodisch fundierter Systementwicklung. Die Einführung von ADA im Laufe der 1980er Jahre hat zwar zu einer erheblichen Reduktion des (Programmier-)Sprachwirrwarrs geführt, und ADA wird bis heute in sicherheitskritischen, vor allem auch militärischen Bereichen verwendet, der erhoffte durchschlagende Erfolg ist aber ausgeblieben. Im Laufe der 1980er Jahre wurde vom US-amerikanischen Verteidigungsministerium auch noch ein weiteres Großprojekt aufgelegt, das in den ersten vier Jahren ein Budget von über 140 Mio. US-Dollar hatte: Software Technology for Adaptable Reliable Systems program (STARS).<sup>3</sup> In der Softwaretechnik hat es erhebliche Fortschritte gegeben, wobei der immense Bedarf an Softwareentwicklung im zivilen Bereich mitausschlaggebend war. Die Softwareprobleme sind allerdings nicht verschwunden, denn die Anforderungen an Software sind sowohl militärisch als auch zivil eher noch stärker gewachsen als der methodische Fortschritt.

### **Aufrüstung zum Informations- und Cyberkrieg**

Krieg zu führen geht weit über Töten und Zerstören durch Waffeneinsatz hinaus. Krieg ist ein komplexes Organisationsmonster, zu dem Aufklärung und Geheimhaltung, Propaganda, Spionage und Sabotage, Kommando, Kontrolle und Kommunikation gehören. Durch die Digitalisierung sind die Mittel und Möglichkeiten in all diesen Bereichen erheblich gewachsen. Fast alle Länder der Welt haben Cyberkriegseinheiten gebildet, die Konzepte und Programmsysteme entwickeln, wie man Falschmeldungen streut, um breit angelegte Desinformationskampagnen zu starten, wie man Gegner (und oft auch Verbündete) ausspioniert und wie man kritische Infrastrukturen ausschaltet bis hin zur Zerstörung technischer Einrichtungen. Die jüngsten Enthüllungen eines Recherche-Netztes des ZDFs, der Süddeutschen Zeitung, des Spiegels u.a. zeigen, wie das IT-Unternehmen NTC Vulkan zusammen mit russischen Geheimdiensten im großen Maßstab Cyberkrieg plant. Explizit genannt sind das Lahmlegen von Kontrollsystemen von Eisenbahn-, Luft- und Schiffstransport und die Störung von Energieunternehmen. Wenn auch diese Vulkan Files ziemlich erschrecken, muss man bedenken, dass nicht nur Russland in diesem Bereich aufrüstet. So hält die NATO schon seit vielen Jahren jährliche Manöver ab, bei denen offensiv und defensiv ähnliche Cyberkriegsszenarien geübt werden. Dass es sich dabei nicht nur um Planungen handelt, zeigt eine lange Liste von Cyberangriffen mit gravierenden Auswirkungen. Dass zivile Infrastrukturen durch Cyberattacken besonders gefährdet sind und sie als bevorzugte Ziele gelten, ist kriegsvölkerrechtlich im

höchsten Maße bedenklich. Die NATO ist sich dessen auch voll bewusst. Sie hat eine Studie zur Anwendung des Kriegsvölkerrechts auf Cyber-Konflikte und Cyberkrieg in Auftrag gegeben, an der seit 2009 rund 20 Fachleuten am NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence in Tallinn gearbeitet haben.<sup>4</sup>

### **Künstliche Intelligenz im Kriegsdienst<sup>5</sup>**

1956 trafen sich zwölf junge Wissenschaftler für mehrere Wochen und hoben das Gebiet der Künstlichen Intelligenz (KI) aus der Taufe. Erklärtes Ziel war es, kognitive Fähigkeiten wie Sehen und Erkennen, Hören und Verstehen, Planen und Entscheiden sowie Problemlösen mit Hilfe von Computerprogrammen zu simulieren. Das fand seine Grenzen aber insbesondere in der damals noch sehr begrenzten Speicherkapazität und Rechengeschwindigkeit. Dennoch hat das US-Verteidigungsministerium prinzipiell das militärische Potenzial der KI erkannt und 1983 die Strategic Computing Initiative (SCI) gestartet,<sup>6</sup> wobei drei Aufgaben im Zentrum standen: ein Sprachassistent für die Piloten der Luftwaffe, ein Schlachtenmanagementsystem für die Marine und autonome Landfahrzeuge für das Heer. SCI war auf zehn Jahre angelegt und hatte einen für damalige Verhältnisse gigantischen Finanzrahmen von fast einer halben Milliarde US-Dollar. Da sich keine schnellen Erfolge abzeichneten, wurde das Programm noch vor dem Ende gekürzt. Dennoch muss SCI wohl als Ausgangspunkt einer beispiellosen Entwicklung der KI gesehen werden. Inzwischen hat die Verarbeitung von Sprache und Text ein unglaubliches Niveau erreicht, genauso wie die Verarbeitung von Bildern, wie sie insbesondere für das eigenständige Navigieren von Fahrzeugen benötigt wird. Und Managementsysteme sind inzwischen weit verbreitet. Dabei ist festzuhalten, dass sich die Ziele und auch die Methoden seit den Anfängen der KI gar nicht allzu sehr verändert haben, aber der heute verfügbare Speicherplatz und die Rechengeschwindigkeit erlauben solche Anwendungen. Während sich unbemenschte Land- und Wasserfahrzeuge auch nach Jahrzehnten intensiver Entwicklung immer noch in einer Art Pilotphase befinden, sind die entsprechenden fliegenden Systeme bereits seit 20 Jahren im Einsatz. Angefangen hat es mit Aufklärungsdrohnen, die feindliches Gebiet überfliegen und ausspionieren können. Es hat dann nicht lange gedauert, bis solche Drohnen mit Raketen ausgestattet wurden. Vorreiter waren Israel und die USA. Inzwischen sind Killerdrohnen weit verbreitet, und es gibt sie in einer breiten Palette von klein bis groß und von billig bis teuer. Zu den Herstellerstaaten gehören u.a. China, Iran, Russland und die Türkei. Mehrere Dutzend Staaten haben diese Waffen angeschafft und setzen sie teilweise auch



bereits ein. Nachdem es Tausende Einsätze in Afghanistan, Pakistan, Jemen und andernorts in eher asymmetrischen Kriegen mit vielen Ziviltoten gegeben hat, zeigt der Krieg in der Ukraine, dass bewaffnete Drohnen auch eine Rolle spielen, wenn zwei Armeen gegeneinander kämpfen. Aufklärungs- und Killerdrohnen sind Waffensysteme, die es ohne Digitalisierung nicht gäbe, weil sie programmgesteuert fliegen und vor allem, weil sie ihre Ziele mithilfe digitaler Bildverarbeitung finden. Der nächste Entwicklungsschritt, an dem intensiv gearbeitet wird, ist die vollständige Autonomie, bei der dann die Bordsysteme auch über den Waffeneinsatz entscheiden. In Politik und Militär sind autonome Waffen aus ethischer und kriegsvölkerrechtlicher Sicht nicht unumstritten, ein Verbot ist dennoch nicht absehbar.<sup>7</sup>

### Die Cyberpeace-Kampagne

Die Gründung des Forums InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FifF) 1984 auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung war eng verbunden mit dem NATO-Doppelbeschluss zur Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen in Europa und hing zusammen mit der Kampagne verschiedener insbesondere universitärer Friedensinitiativen Informatiker warnen vor einem Atomkrieg aus Versehen. Die unheilvolle Verquickung von Rüstung und Informatik war fortan bestimmendes Thema im FifF, anfangs getragen von einem äußerst aktiven Arbeitskreis. Einen besonderen Schub hat die Thematik 2013 bekommen, als das FifF die Cyberpeace-Kampagne startete. Edward Snowden hatte gerade durch seine Enthüllungen einer breiten Öffentlichkeit offenbart, dass die NSA (und ähnlich andere Geheimdienste) weltweit die digitale Kommunikation ausspionieren. Das FifF wollte darauf aufmerksam machen, dass die Problematik nicht nur

Grund- und Menschenrechte unterminiert, sondern dass mit ganz ähnlich gelagerten Methoden auch massiv zum Cyberkrieg gerüstet wird. Cyberpeace war gedacht als Gegenkonzept. Die Kampagne umfasste vor Corona eine Vielzahl von Publikationen, Veranstaltungen und Aktionen. Eine besondere Errungenschaft wurde durch Fördermittel der bridge-Stiftung möglich: In Zusammenarbeit mit dem Motionensemble entstand 2017 das Video Cyberpeace statt Cyberwar, das bei vimeo oder youtube angesehen werden kann. Ein Kern der Kampagne war die Entwicklung von 14 Forderungen an die Politik, zu denen eine rein defensive Sicherheitsstrategie durch Verbot von Offensivwaffen für den Cyberkrieg und eine digitale Genfer Konvention mit dem Verbot von Cyberangriffen auf lebenswichtige Infrastrukturen wie Strom-, Wasser-, Gesundheitsversorgung etc. gehört. Es geht um die ausschließlich zivile Nutzung des Internets und aller digitalen Medien.<sup>8</sup> Da die Thematik nichts an Aktualität und Brisanz eingebüßt hat, hat das FifF begonnen, der Cyberpeace-Kampagne neuen Schwung zu verleihen. Wer mitwirken möchte, ist herzlich willkommen.

### Anmerkungen

- 1 Näheres dazu siehe „The History of the Integrated Circuit“. Nobelprize.org. Nobel Media AB 2014. Web. 29 Jun 2018.
- 2 Näheres dazu siehe [de.wikipedia.org/wiki/Ada\\_\(Programmiersprache\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Ada_(Programmiersprache)).
- 3 Näheres dazu siehe Larry F. Druffel, Samuel T. Redwine Jr. and William F. Riddle: The DoD Stars Program. Computer, vol. 16, no. 11, pp. 9-11, 1983. doi: 10.1109/MC.1983.1654232.
- 4 Das Tallinn Manual erschien 2013 und Tallinn 2.0 2017, beide bei Cambridge University Press. Während es in Teil 2 um Einzeloperationen geht, behandelt Teil 1 massivste Cyber-Operationen in bewaffneten Konflikten oder bei verbotenen Gewalteinsetz in internationalen Beziehungen.
- 5 Für eine ausführliche Darstellung des Themenkomplexes siehe Hans-Jörg Kreowski und Aaron Lye (Hrsg.): Künstliche Intelligenz zieht in den Krieg, Schwerpunkt. FifF-Kommunikation 4/2021, S. 28-30 und Dossier 93, Beilage zu Wissenschaft und Frieden 4/2012.
- 6 Näheres dazu siehe Alex Roland and Philip Shiman: Strategic Computing - DARPA and the Quest for Machine Intelligence, 1983-1993. The MIT Press 2002.
- 7 Zu militärischen, völkerrechtlichen und wissenschaftlichen Aspekten autonomer Waffensysteme siehe Andrew P. Williams and Paul D. Scharre (Eds.): Autonomous Systems – Issues for Defence Policymakers. NATO Headquarters Supreme Allied Commander, Transformation, Norfolk, Virginia, United States.
- 8 Detaillierte Informationen zur Cyberpeace-Kampagne findet man auf der Webseite [cyberpeace.fiff.de](http://cyberpeace.fiff.de).



# Wissenschaft und Krieg

## Aufbruch in einen militärisch-universitären Komplex?

von Chris Hüppmeier und Robin Lenz

Das militaristische Zeitenwenden-Programm der Bundesregierung setzt nicht nur materiell ungeahnte Kräfte frei und beschert den deutschen Rüstungsriesen auf lange Sicht Rekordprofite,<sup>1</sup> es wurde darüber hinaus auch als gesamtgesellschaftliche ‚mentale‘ oder ‚geistige‘ Zeitenwende proklamiert. Wie aktuelle Umfragen zeigen, will sich diese mentale Wende in den Köpfen allerdings noch nicht so recht einstellen. Im Gegensatz dazu scheinen die Eliten in den deutschen Universitäten und in der Wissenschaft ihre Rolle in dieser Zeitenwende bereits angenommen zu haben: Sie formieren sich für eine wissenschaftspolitische Zeitenwende, die sich sämtlicher Schranken zwischen ziviler und militärischer Forschung entledigen will. Damit ordnen sie sich dem neuen Führungsanspruch Deutschlands in der Welt unter, der seit einigen Jahren in den Kreisen der Sicherheitspolitik vorbereitet und immer selbstbewusster erhoben wird. Dieser Führungsanspruch soll nunmehr wissenschaftlich unterfüttert werden. Die damit verbundene Verschränkung wissenschaftlicher Expertise mit nationalen Machtbestrebungen ist keineswegs neu, sondern eine Kontinuität in der Geschichte deutscher Wissenschaft und Universitäten. Sie stellt die jüngste Konjunktur in einer Gesellschaftsform dar, die in ihrer expansiven Tendenz auf wissenschaftliche Innovationen angewiesen ist. Die Entwicklung zu einem militärisch-universitären Komplex ist ihr deshalb immer inhärent; die konkrete Ausgestaltung aber Resultat von gesellschaftlichen Kämpfen.<sup>2</sup>

### **Der Elfenbeinturm und der wissenschaftlich-technische Fortschritt**

Der moderne nationale Staat mit seinen militärischen Gewaltmitteln war für die Herausbildung des Kapitalismus von zentraler Bedeutung: Sowohl für das Etablieren innerer, vor allem aber auch zur Eroberung äußerer Märkte war ein zentralisierter Gewaltapparat notwendig, da diese nicht allein mit privaten oder handelspolitischen Mitteln ‚erschlossen‘ werden

konnten.<sup>3</sup> Die ko-konstitutive Entwicklung moderner (Militär-)Staaten und kapitalistischer Machtstrukturen ist jedoch mit einer weiteren Komponente verflochten: Für die imperialistischen Bestrebungen europäischer Staaten waren Technologien erforderlich, die einen Vorteil oder zumindest ein Agieren auf Augenhöhe in der internationalen Konkurrenz um Märkte und Ressourcen ermöglichten. Auch wenn es in Deutschland erst Ende des 19. Jahrhunderts zu einer systematischen Durchdringung von Militär und Wissenschaft kam,<sup>4</sup> kann gezeigt werden, dass die Herausbildung moderner Naturwissenschaften erheblich mit der kapitalistischen Expansion und den damit verbundenen militärisch-technologischen Erfordernissen verknüpft war.

Der ‚Elfenbeinturm Wissenschaft‘ stand also noch nie außerhalb der Gesellschaft, sondern ist deren integraler Bestandteil. Max Horkheimer bringt diesen Sachverhalt folgendermaßen auf den Punkt:

„Der Gelehrte und seine Wissenschaft sind in den gesellschaftlichen Apparat eingespannt, ihre Leistung ist ein Moment bei der Selbsterhaltung, bei der fortwährenden Reproduktion des Bestehenden, gleichviel was sie sich selbst für einen Reim darauf machen.“ Damit ist nicht gesagt, dass Wissensproduktion und -vermittlung völlig in herrschaftsförmigem Wissen aufgeht oder darauf zu reduzieren wäre. Jedoch führt gerade die Ökonomisierung der Hochschulen und die damit verbundene Angewiesenheit auf Drittmittel vor Augen, wie unmittelbar wissenschaftliche Inhalte von politischen, ökonomischen oder militärischen Zielsetzungen beeinflusst werden können.<sup>5</sup>

Wissenschaft spielt somit eine tragende Rolle für den laufenden Betrieb des kapitalistischen Alltags: Innovationen und technologische Durchbrüche sind notwendig, um in der globalen Konkurrenz bestehen zu können. Darüber hinaus vermitteln Hochschulen in ihrer zunehmenden Ausrichtung auf Berufsausbildung ein Sachwissen, „das diejenigen benötigen, die in Wirtschaft, Politik, Verwaltung Aufgaben des Kommandos, der Führung, der Hierarchie und des Gewinns

wahrnehmen“.<sup>6</sup> Die Rüstungsindustrie bildet hiervon keine Ausnahme – auch hier werden wissenschaftliche Erkenntnisse und gut ausgebildete Arbeitskräfte benötigt. Im Unterschied zu anderen Produktionszweigen stellen Staaten als zentralisierte Gewaltapparate in diesem Bereich allerdings die größten ‚Abnehmer‘ dar, sodass die Nachfrage „nach neuen Produkten nach militärischen und politischen Zielsetzungen, die von den beteiligten Rüstungskonzernen selbst mit definiert werden“, bestimmt wird. Die Verwobenheit der Wissenschaft mit den herrschenden Verhältnissen impliziert somit eine Beteiligung von Forschung an immer elaborierteren Gewalt- und Vernichtungspotenzialen. Die Darstellung von Wissenschaft als ‚autonom‘ und ‚neutral‘ versucht allerdings über den Sachverhalt hinwegzutäuschen, dass Wissenschaft erheblich zur Reproduktion des Bestehenden und der damit verbundenen Herrschafts- und Gewaltverhältnisse beiträgt. Diesen Sachverhalt haben kritische Wissenschaftler\*innen als „Syndrom der unpolitischen Wissenschaft“ (Wolfgang Abendroth) herausgearbeitet.<sup>7</sup>

### **Zivilisierung und Demokratisierung**

Mit dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland wurde „das Ende des deutschen Militarismus“ zwar vorläufig erzwungen<sup>8</sup> und, zumindest programmatisch, im Potsdamer Abkommen 1945 die vollständige Demilitarisierung festgehalten; dieser Zustand konnte aber unter der baldigen Zuspitzung in der Blockkonfrontation nicht vollständig aufrechterhalten bleiben. Die sogenannte „Wiederbewaffnung“ unter der Regierung Adenauer führte bereits wenige Jahre nach Kriegende zu einer Remilitarisierung der Bundesrepublik – gegen den Protest einer breiten, militarismuskritisch gesinnten gesellschaftlichen Bewegung.<sup>9</sup> Insbesondere in den Universitäten formierten sich Kräfte, die gegen die Remilitarisierung Deutschlands und die weiterhin geführten Kriege weltweit mobilisierten. Mit den Protesten der sogenannten Studentenbewegung gegen den Vietnamkrieg Ende der 1960er Jahre wurde auch die Erneuerung einer Universität und Wissenschaft gefordert, die immer noch „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ trugen. Diese Erneuerung sollte sich aber „nicht darauf beschränken, Wissen bereitzustellen, das die ständige Verbesserung der Produktion gewährleisten soll“. Vielmehr ging es den Protestierenden um die grundlegende Demokratisierung der Universitäten, der Wissenschaft und ganz prinzipiell der Bildung. Auf professoraler Seite wurden diese studentischen Forderungen mit dem von Theodor W. Adorno populär gewordenen Aufruf zu einer „Erziehung zur Mündigkeit“<sup>10</sup> unterstrichen und auch das Manifest der achtzehn Göttinger Atomphysi-

ker gegen die Remilitarisierung und Stationierung von Atomraketen – um nur einige Schlaglichter zu nennen – waren Ausdruck eines sich entwickelnden demokratischen Bewusstseins und der Zivilisierung, die auch von den Universitäten ausgingen und bis weit in die neuen sozialen Bewegungen der 1980er Jahre hineinwirkten. Der technokratische Umbau der Universitäten, die vordergründig den ökonomischen Ansprüchen der kapitalistischen Modernisierung in der noch jungen Bundesrepublik entsprechen sollten, wurde durch umfassende demokratische Prozesse begleitet. Dieser Umbau blieb zwar „auf halbem Wege stecken“,<sup>11</sup> prägte jedoch ein Klima für gesellschaftskritische und friedenspolitische Wissenschaften in und außerhalb der Universitäten. Friedensforschung wurde zunehmend institutionalisiert und Zivilklauseln wurden an zahlreichen deutschen Universitäten seit den 1980er Jahren bis in die 2010er Jahre hinein etabliert.<sup>12</sup> Diese sollen als moralisch-ethische Schranken Forschung und Lehre vor Eingriffen der Rüstungsindustrie und des Militärs schützen und sind somit Ausdruck einer breiten gesellschaftspolitischen Ablehnung des Militarismus.

### **Die Wiedervereinigung und der neue Weltmachtsanspruch Deutschlands**

Mit dem Ende des Kalten Krieges, der Wiedervereinigung Deutschlands, der Globalisierung und der europäischen Integration änderte sich die außenpolitische Linie der gesamtdeutschen Bundesrepublik. Eine neue Normalisierung des Militärischen wurde von führenden Militärs vorangetrieben, die im Begriff waren und sind, die Ansprüche des wiedervereinigten Deutschlands auf der Weltbühne militärstrategisch umzusetzen, „weg von der defensiven Behutsamkeit und hin zu machstaatlicher Betätigung weltweit“.<sup>13</sup> Zeitgleich wurde der Umbau der universitären Landschaft unter dem Leitbild der unternehmerischen Hochschule vorbereitet. Unter den Paradigmen der Elitenbildung, der Verschärfung von Konkurrenz und Leistungsdruck und der zunehmenden Abhängigkeit von Drittmittelinwerbungen sollte hier die Wettbewerbsfähigkeit des Hochschul- und Forschungsstandorts Deutschlands forciert werden.<sup>14</sup> Die Kehrseite ist eine wissenschaftliche Halbbildung,<sup>15</sup> die zwar Urkunden und Diplome ausstellt, aber zur Konformität erzieht statt zu einem kritischen und demokratischen Bewusstsein anleitet. Diese Parallelität einer neuen außenpolitischen Linie stetiger Militarisierung und dem zeitgleichen Umbau der Universität zur unternehmerischen Hochschule bildet den Nährboden für den Einzug der militaristischen Zeitenwende auf dem Campus, in die Labore und Hörsäle von Universitäten.



Protest zum Erhalt der Zivilklausel in Düsseldorf im Jahr 2019. Quelle: Flickr/ Netzwerk Friedenskooperative.

### Die wissenschaftspolitische Zeitenwende: Aufbruch in einen militärisch-universitären Komplex?

Wissenschaft und Universität waren stets ein wesentlicher Motor der Reproduktionsbedingungen einer krisenhaften kapitalistischen Vergesellschaftung. Dabei ist Krieg als Mittel der Durchsetzung ökonomischer und machtpolitischer Interessen immer inbegriffen und der stete Versuch eines staatlichen wie militärischen Zugriffs auf Wissenschaft und Universität vorprogrammiert. Er kämpfte antimilitaristische und gesellschaftskritische Errungenschaften sind fragil und werden fortwährend infrage gestellt.

Der Militarismus der proklamierten Zeitenwende der Bundesregierung als vermeintliche Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine ist weit älter. Der Krieg ist ein beinahe willkommener Moment derjenigen, welche die Pläne zur weiteren Militarisierung forcieren – so auch in der Wissenschaft und Universität: „Es ist an der Zeit, neue Maßstäbe zur Beurteilung von Fortschritten und Herausforderungen in Forschung und Bildung zu setzen und auf die Stellung des heutigen Deutschlands in Europa und in der Welt anzuwenden.“<sup>16</sup> So formuliert es die Expert\*innenkommission für Forschung und Innovation (EFI), ein von der Bundesregierung 2006 eingesetztes Gremium mit sechs Professor\*innen, vorwiegend aus volks- und betriebs-

wirtschaftlichen Fachgebieten. Die Kommission, die „wissenschaftliche Politikberatung“ betreibt, intendiert vordergründig strategische Souveränität, um Abhängigkeiten beispielsweise von China zu verringern. Dazu sei notwendig, dass „die in Deutschland bestehende strikte Trennung von militärischer und ziviler Forschung überwunden [wird], um Synergien zu schaffen.“<sup>17</sup> Damit folgt die EFI den Forderungen des technikwissenschaftlichen Think Tanks ACATECH, der bereits wenige Monate nach dem russischen Angriffskrieg und der ausgerufenen Zeitenwende ein Positionspapier veröffentlichte, in dem mehr als einmal die Abschaffung der Zivilklausel gefordert wird.<sup>18</sup>

Der Militarismus in Deutschland ist auf dem Vormarsch – gerade an Universitäten. Im Zuge dessen sollen friedenspolitische und gesellschaftskritische Errungenschaften im Handumdrehen ausgeräumt werden. Dem Weg zu einem militärisch-universitären Komplex scheinen damit Tür und Tor geöffnet. Der derzeitige Zustand der Universitäten scheint für solche Entwicklungen günstig. Deshalb gilt es für uns als antimilitaristische Aktivist\*innen und Studierende einerseits, die Entwicklungen zu einem militärisch-universitären Komplex analytisch zu dekonstruieren, zu kritisieren und darüber zu informieren. Darüber hinaus muss die grundsätzlichere Frage einer umfassenden Demokratisierung von Wissenschaft und Lehre aufgeworfen werden.

## Anmerkungen

- 1 vgl. Sackmann, Christoph (2022): 93 Prozent Kursplus! Wie Rüstungskonzerne vom Ukraine-Krieg profitieren. focus.de. 2.4.2022.
- 2 vgl. Körber Stiftung (2022): The Berlin Pulse. Rethinking Security for Germany and Europe, [https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/25420/theberlinpulse2022\\_2023.pdf](https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/25420/theberlinpulse2022_2023.pdf).
- 3 vgl. Wörner, Johann-Dietrich/Schmidt, Christoph. M. (Hrsg.) (2022): Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit. acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, <https://www.acatech.de/publikation/sicherheit-resilienz-und-nachhaltigkeit/>.
- 4 Der Begriff „militärisch-universitärer Komplex“ geht zurück auf einen gleichnamigen Artikel von: Wallaschek, S. (2012): Der militärisch-universitäre Komplex. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5, 31–33.
- 5 vgl. Gerstenberger, Heide (1973). Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 3(8/9), S. 211; vgl. auch: Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat: Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin: Edition ID-Archiv, S. 14; zum Verhältnis von Kolonialismus, kapitalistischem Expansionsdrang und Nationalstaat siehe auch Bieling, Hans-Jürgen (2011): Internationale Politische Ökonomie: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 55 ff.
- 6 vgl. Hachtmann, Rüdiger (2009): „Rauher Krieg und „friedliche Forschung“? Zur Militarisierung der Wissenschaften und zur Verwissenschaftlichung des Krieges im 19. Und 20. Jahrhundert. In: Berg, M. u.a. (Hrsg.): Mit Feder und Schwert. Militär und Wissenschaft – Wissenschaftler und Krieg, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, S. 29.
- 7 vgl. Horkheimer, Max (1937): Traditionelle und kritische Theorie. In: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. VI, Heft 2, S. 252.
- 8 vgl. AG Hochschulpolitik (2018): Freiheit der Wissenschaft? Ökonomisierung der Hochschule und Debatten um Wissenschaft. In: Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik, 37 (71), S. 112.
- 9 vgl. Demirović, Alex (2004): Wissenschaft oder Dummheit: Die Zerstörung der wissenschaftlichen Rationalität durch Hochschulreform. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 34 (137), S. 497.
- 10 vgl. Hirsch, Joachim (1974): Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals. Frankfurt (am Main): Suhrkamp, S. 194.
- 11 vgl. Abendroth, Wolfgang (1966): Das ‚Unpolitische‘ als Wesensmerkmal der deutschen Universität. In: Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Berlin: De Gruyter. (S. 189-208).
- 12 vgl. Wette, Wolfram (2008): Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt: Fischer Verlag, S. 11.
- 13 vgl. Schmidt, Dorothea (2011): Deutscher Militarismus – eine unendliche Geschichte? In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 41 (162), S. 8.
- 14 vgl. Vietnam-Resolution des Studentenkonvents der Freien Universität Berlin zit. nach: Mager, Friedrich/ Spinnarke (1967): Was wollen die Studenten?. Frankfurt: Fischer Verlag, S. 69.
- 15 vgl. Adorno, Theodor W. (1970): Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969. Frankfurt: Suhrkamp. S. 133-147.
- 16 vgl. Schmidt, Dorothea (2011): Deutscher Militarismus – eine unendliche Geschichte? In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 41 (162), S. 30.
- 17 vgl. Sablowski, Thomas (2010): Die unternehmerische Hochschule und der Bildungsstreik. Zwischen Anpassungsdruck und Keimen freier Assoziation. In: Sozialismus heute [https://www.linksnet.de/sites/default/files/pdf/Heft1\\_2010\\_Sablowskir.pdf](https://www.linksnet.de/sites/default/files/pdf/Heft1_2010_Sablowskir.pdf) (zuletzt geprüft 7.5.2023). S.8.
- 18 ebd. 9.
- 19 siehe hier z.B. Bertram, Elena (2021): Zivilklausel. Hochschulen zwischen Vision und Realpolitik. IMI-Studie 3/2021.
- 20 vgl. Wette, Wolfram (2008): Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt: Fischer Verlag, S. 231., ausführlich und ergiebig auch Wagner, Jürgen (2022): Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung. Köln: PapyRossa, S. 8ff.
- 21 vgl. Sablowski, Thomas (2010): Die unternehmerische Hochschule und der Bildungsstreik. Zwischen Anpassungsdruck und Keimen freier Assoziation. In: Sozialismus heute: [https://www.linksnet.de/sites/default/files/pdf/Heft1\\_2010\\_Sablowskir.pdf](https://www.linksnet.de/sites/default/files/pdf/Heft1_2010_Sablowskir.pdf), S.9f.
- 22 vgl. Demirović, Alex (2004): Wissenschaft oder Dummheit: Die Zerstörung der wissenschaftlichen Rationalität durch Hochschulreform. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 34 (137), S. 501f.
- 23 vgl. Expertenkommission Forschung & Innovation der Bundesregierung (2023): EFI Aufgaben und Selbstverständnis. e-fi.de (<https://www.e-fi.de/expertenkommission/expertenkommission/aufgaben-und-selbstverstaendnis>).
- 24 vgl. Expertenkommission Forschung & Innovation der Bundesregierung (2023): Gutachten 2023. S. 13. [https://www.e-fi.de/fileadmin/Assets/Gutachten/2023/EFI\\_Gutachten\\_2023.pdf](https://www.e-fi.de/fileadmin/Assets/Gutachten/2023/EFI_Gutachten_2023.pdf).
- 25 Ausführliche Analyse des ACATECH-Impuls und Kritik siehe: Marischka, Christoph (2022): ACATECH im Rüstungstaumel. In: IMI-Standpunkt 2022/032. (<https://www.imi-online.de/2022/08/12/acatech-im-ruestungstaumel/>).



# Militarisierung messen?

Eine Vorstellung des Globalen Militarisierungsindex

von Markus Bayer und Paul Rohleder

Mit zwei Weltkriegen und dem Kalten Krieg mit seinem umfassenden Wettrüsten, das immer größere Ressourcen der Gesellschaften östlich und westlich des Eisernen Vorhangs verschlang und Waffen mit immer zerstörerischen Kapazitäten hervorbrachte, kann das letzte Jahrhundert ohne Zweifel als „Zeitalter der Militarisierung“<sup>1</sup> bezeichnet werden. Allerdings sind solche allgemeinen Aussagen über historische Trends mit Vorsicht zu genießen, da sie immer vom zu Grunde liegenden Konzept der Militarisierung und dessen Operationalisierung abhängen. Dies machen auch die widersprüchlich anmutenden Aussagen von Jacques van Doorn deutlich. Dieser verwies 1975 – also zu Hochzeiten des Kalten Krieges – auf den Niedergang der Massenarmeen im Westen, welcher in Kontrast zu den steigenden Militärausgaben dieser Zeit stand. Der Bedarf nach spezialisierten Truppen, so van Doorn damals<sup>2</sup>, bedeute das Ende des aus Zeiten der französischen Revolution stammenden Konzepts des Volks unter Waffen und der damit verbundenen Wehrpflicht. Dies würde bedeuten, dass weniger Menschen mit der Institution des Militärs und seinen Werten und Rationalitäten in Kontakt kämen. Zugleich könne dieser Prozess aber ohne Probleme – ob der gesteigerten Effektivität und Zerstörungskraft des Militärs – als Remilitarisierung begriffen werden.<sup>3</sup> Van Doorn bietet hier viele unterschiedliche Indikatoren zur Messung von Militarisierung an: Truppenzahl, Militärausgaben, Normen. Letztlich macht er Militarisierung aber maßgeblich an Effektivität bzw. Zerstörungspotenzial fest. Dieser Gegensatz offenbart erste Probleme bei der Quantifizierung der Militarisierungsforschung. Dennoch eröffnen solche Ansätze trotz ihrer Schwächen auch das Potenzial zum systematischen Vergleich und zur Analyse von langfristigen Dynamiken. In diesem Artikel möchten wir den Globalen Militarisierungsindex (GMI) als ein solches Instrument vorstellen und kritisch diskutieren.

## Der Globale Militarisierungsindex

Der GMI wurde vom Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) als Beratungswerkzeug für das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) konzipiert, um Militarisierung global mess- und vergleichbar zu machen. Hintergrund ist der Gedanke, dass die dem Militär durch den Staat zugewiesenen Ressourcen tendenziell in anderen staatlichen Aufgabenbereichen – etwa dem Gesundheits- oder Bildungssektor – fehlen und daher zu begrenzen sind.

Dieser Grundsatz ist auch bei Rüstungsexporten zu berücksichtigen und wurde über das Kriterium 8 des gemeinsamen Standpunktes der EU kodifiziert. In Deutschland entscheidet final der Bundessicherheitsrat über die Genehmigung von Rüstungsexporten. Das BMZ ist über die Ministerin an diesen Entscheidungen beteiligt; der GMI dient ihr hierbei als Bewertungsgrundlage.

Vor diesem Hintergrund basiert der GMI auf einem recht engen Verständnis von Militarisierung, welches zum einen staats-, zum anderen ressourcenzentriert ist. Betrachtet wird lediglich die staatliche Ressourcenzuweisung zugunsten des Militärs und offizieller paramilitärischer Einheiten.

Hierbei werden drei Kategorien der Ressourcenzuweisung gemessen:

- a) Ausgaben
- b) Personal
- c) Schwere Waffen.

Diese werden in drei ‚Subindexen‘ abgebildet, die eine genauere Aussage über die Form der Militarisierung zulassen. Dabei folgt der GMI einem relationalen Ansatz. Das heißt, er misst keine absoluten Werte, sondern setzt die dem Militär zur Verfügung gestellten Ressourcen in Bezug zu den allgemein verfügbaren und in entwicklungstechnisch relevanten Bereichen eingesetzten Ressourcen eines Staates. So wird z.B. die Anzahl der Soldat:innen in ein Verhältnis zur Anzahl



**Tabelle 1**  
**Indikatoren und Gewichtungsfaktoren**

Kategorie	Indikator	Faktor
Ausgaben	Militärausgaben als Prozentsatz des BIP	5
	Militärausgaben im Verhältnis zu Ausgaben für den Gesundheitsbereich	3
Personal	Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Bevölkerungszahl	4
	Reservistinnen und Reservisten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl	2
	Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Zahl der Ärztinnen und Ärzte	2
Waffen	Schwere Waffen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl	4

praktizierender Ärzt:innen sowie zur Bevölkerungszahl gesetzt; den Verteidigungsausgaben werden die jeweiligen Gesundheitsausgaben gegenübergestellt, und auch die Anzahl schwerer Waffen wird relativ zur Bevölkerung betrachtet. Diese Indikatoren gehen dann gewichtet in die Berechnung ein (siehe Tabelle 1.). Der GMI geht damit über die Erhebung reiner Militärausgaben wie der des Stockholm International Peace Research Institut (SIPRI) hinaus.

Im Kontrast zu van Doorns Ansatz oder dem Global Firepower Index versteht der GMI Militarisation also nicht im Sinne militärischer Schlagkraft, sondern als „das relative Gewicht und die Bedeutung des staatlichen Militärapparats in Bezug auf die Gesellschaft als Ganzes“. So kann der GMI als quantifizierender Ansatz dazu genutzt werden, langjährige Militarisationstrends in einzelnen Ländern zu eruieren, regionale oder globale Aufrüstungsdynamiken zu untersuchen, oder – durch Korrelationen mit weiteren Indexen – die Beziehung zwischen Militarisation und anderen Phänomenen wie bspw. Hunger, fragiler Staatlichkeit oder Geschlechterungleichheit besser zu verstehen.

Diese Erkenntnisse können auch politikberatend eingesetzt werden: So können über die Korrelation des GMI mit dem Human Development Index kritische Rüstungsempfängerländer identifiziert werden. Ist ein Land bspw. sehr niedrig entwickelt, aber hoch militarisiert – wie der Tschad, Angola oder Mauretanien<sup>4</sup> – sollten Rüstungslieferungen zumindest nach Kriterium 8 der EU unterlassen werden.

#### **Schwächen des Ansatzes**

Auch wenn der GMI die dem Militär zur Verfügung gestellten Ressourcen ins Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen setzt, so bleibt er damit doch

eindimensional. So betonen Wissenschaftler wie Bowman<sup>5</sup>, dass Militarisation als ein Prozess zu verstehen sei, der nicht nur das Militär und seine Ressourcen, sondern auch dessen politischen und gesellschaftlichen Einfluss betrifft. Inwieweit also das Militär z.B. politischen Einfluss oder gar eine Veto-Macht besitzt, ob es das politische Regime mittels Repressionen gegen das eigene Volk absichert, oder ob es als ökonomischer Akteur in Erscheinung tritt, bildet der GMI nicht ab. Dies ist insofern problematisch, als dass das enge Militarisationkonzept des GMI nur schwer an ein Konzept von Militarismus anknüpfungsfähig ist, welches eine Extremform oder einen Endpunkt eines Militarisationprozesses bilden könnte.

Durch die enge Fokussierung auf (Para)Militärs werden zudem Militarisationprozesse vernachlässigt, die sich auf andere Staatsorgane wie polizeiliche Einheiten oder nichtstaatliche Gewaltakteure (z.B. private Militärunternehmen) beziehen bzw. von diesen ausgehen. Insbesondere die Militarisation der Polizei ist in einigen westlichen Demokratien – allen voran den USA – aktuell ein viel diskutiertes Phänomen.<sup>6</sup>

Zu guter Letzt erlaubt das dem GMI zu Grunde liegende Konzept von Militarisation keine Aussagen über die Rolle des Militärs als eine an die staatliche Autorität gebundene Institution, welche das Monopol auf die Verfügung über Kriegswaffen hat (Kümmel 2005) und Zwangsgewalt zu verschiedenen Zwecken ausüben kann: zur Abwehr äußerer Bedrohungen oder aber zur Herrschaftssicherung nach innen.<sup>7</sup> Die Frage, inwieweit Militarisation sich also positiv oder negativ auf die Sicherheit der Bevölkerung auswirkt, bleibt damit unbeantwortet.

GMI Map

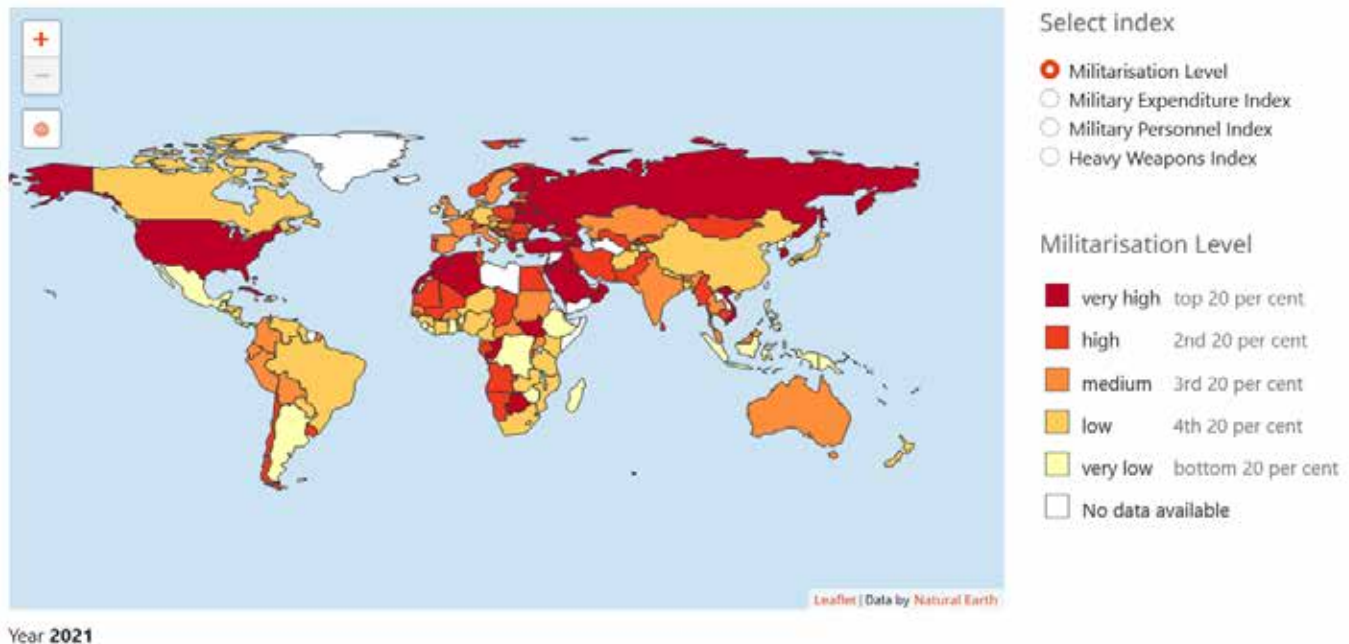
GMI Ranking Table

GMI Publications

Project Coordinator

With its Global Militarisation Index (GMI), BICC is able to objectively depict worldwide militarization for the first time. The GMI compares, for example, a country's **military expenditure** with its Gross Domestic Product (GDP) and its **health expenditure**.

It contrasts the total number of **military and paramilitary forces** in a country with the number of physicians. Finally, it studies the number of **heavy weapons** available to a country's armed forces. These and other indicators are used to determine a country's ranking, which in turn makes it possible to measure the respective level of militarization in comparison to other countries.



Screenshot des Global Militarisation Index auf der Homepage des BICC (Bonn International Centre for Conflict Studies). Quelle: bicc.de.

## Ausblick

Einige dieser Schwachstellen sollen im Zuge eines von der Deutschen Stiftung Friedensforschung finanzierten Projektes adressiert werden. In einer Kooperation zwischen dem Institut für Politische Wissenschaft (IPW) der Universität Heidelberg, der Fakultät für Politikwissenschaft der Universität von Rhode Island und dem BICC wird derzeit ein mehrdimensionales Konzept von Militarisierung entwickelt und ein entsprechender Datensatz aufgebaut, um insbesondere die Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Dimensionen von Militarisierung (sozial, politisch, materiell) erforschen zu können. Damit soll es in Zukunft etwa möglich sein, zu untersuchen, ob bzw. unter welchen Umständen sich ein wachsender politischer Einfluss des Militärs etwa auf die ihm zur Verfügung gestellten Ressourcen auswirkt oder ob ein größerer gesellschaftlicher Einfluss – etwa wenn das Militär auch als ökonomischer Akteur in Erscheinung tritt – die Regimestabilität und die Demokratie beeinflusst.

## Anmerkungen

- 1 Wallensteen, P.; Galtung, J. und C. Portales (Hrsg.). Global Militarization. Routledge: New York 2019, S. XI.
- 2 van Doorn, J.. The Decline of the Mass Army in the West: General Reflections. *Armed Forces & Society*, 1 (2) 1975, S. 147-157, S. 149.
- 3 Ebenda, S. 155.
- 4 von Boemcken, M.; Mutschler, M.; Bayer, M.; Alberth, R.; Bales, M.; Schlüsing, C.; Rohleder, P.; Brandsch, J. und S. Hauk (2022). *Globaler Militarisierungsindex – Codebook, Version 2.0, 2022*.
- 5 Grebe, J. und M. Mutschler (2015). *Globaler Militarisierungsindex 2015*, BICC: Bonn 2015, S.11.
- 6 Bowman, K. S.. *Militarization, Democracy, and Development: The Perils of Praetorianism in Latin America*, Pennsylvania State University Press 2002.
- 7 z.B. Bieler, S.. Police militarization in the USA: the state of the field, *Policing: An International Journal*, 39 (4), 2016, S. 586-600.
- 8 vgl. Hacker, B. C.. *Military Institutions and Social Order: Transformations of Western Thought since the Enlightenment*. *War & Society*, 11(2) 1993, S. 1–23, S.1.

# Air Defender 2023

## Luftwaffenmanöver der Superlative im Juni über Deutschland

von Martin Kirsch

Mitte Juni 2023 wird es laut über Deutschland. Die Bundeswehr, die US-Luftstreitkräfte und 23 weitere Verbündete planen die größte Luftwaffenverlebung seit Bestehen der NATO.<sup>1</sup> Zentrum des folgenden Luftwaffenmanövers werden drei Lufträume über Deutschland sein. An den „drei Hauptdrehkreuzen“ im niedersächsischen Wunstorf, in Jagel und Hohn in Schleswig-Holstein und auf dem Lechfeld in Bayern haben die praktischen Vorbereitungen längst begonnen.<sup>2</sup> Neben knapp 100 Kampf-, Tank- und Transportflugzeugen der Luftwaffenreserve (Air National Guard)<sup>3</sup> aus den USA werden über 100 weitere Militärflugzeuge aus 23 europäischen Staaten sowie ein Flugzeug aus Japan beteiligt sein.<sup>4</sup>

### Massive Belastung im deutschen Luftraum

Die zentralen Übungslufträume befinden sich über der Nord- und Ostsee sowie über dem Norden, Nordosten und Südwesten Deutschlands.<sup>5</sup> Dort sollen vom 12. bis 23. Juni täglich jeweils rund 40 bis 80 Militärmaschinen zu übungsweisen Luftkriegsoperationen aufsteigen.<sup>6</sup> Insgesamt sind rund 250 sogenannte „Sorties“, also militärische Flugbewegungen, pro Tag geplant. Um dieses massive Aufkommen von Militärflügen überhaupt umsetzen zu können, werden die drei Übungslufträume für den zivilen Luftverkehr täglich mindestens vier Stunden vollständig gesperrt. Die zivile Luftfahrt rechnet auch an großen Flughäfen wie Hamburg, Berlin, München und Stuttgart mit deutlichen Einschränkungen und manöverbedingten Flugverspätungen.<sup>7</sup> Die Anwohner\*innen der betroffenen Luftwaffenbasen und Übungsräume müssen darüber hinaus mit massivem Fluglärm der Kampffjets rechnen. Über Mecklenburg-Vorpommern sowie an den Luft-Boden-Schießplätzen der Bundeswehr in Bergen in Niedersachsen und Grafenwöhr in Bayern kommen durch das verstärkte Aufkommen von Tiefflügen besondere Belastungen hinzu.<sup>8</sup> Daher schwört die Luftwaffe die Anwohner\*innen bereits darauf ein, dass sie den

massiven Fluglärm der übenden Kampffjets doch bitte als Beitrag zur militärischen Sicherheit Deutschlands ertragen sollten.

### Übung für Artikel-5-Szenario

Sicherheit für Deutschland bedeutet in dieser Logik ein Übungsszenario, in dem Luftkriegsoperationen nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages, also für einen Krieg der NATO mit Russland in Europa, trainiert werden. Die Luftstreitkräfte der NATO gelten in solch einem Kriegsfall als „Kräfte der ersten Stunde“, weil sie innerhalb von wenigen Minuten bis einigen Stunden und damit deutlich schneller als Land- und Seestreitkräfte, in die Kämpfe eingreifen könnten. Dementsprechend soll die Verlegung von rund 100 US Militärflugzeugen über den Atlantik nach Deutschland und in angrenzende Staaten innerhalb von wenigen Stunden vollzogen werden. Deutschland wird während Air Defender 23 in der Luft übungsweise zu dem, was es auch in einem Kriegsfall wäre – Logistikknoten und Zwischenstation für NATO-Kampftruppen, die von Westen nach Osten ziehen. Während ein Großteil der Luftkriegsübungen über Deutschland und der Nordsee stattfinden werden und die Flugzeuge der Verbündeten in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Polen und Tschechien stationiert sein werden, sind im Rahmen des Manövers auch tägliche Hin- und Rückflüge nach Estland und Rumänien vorgesehen. Die übenden NATO-Jets fliegen also bis an die unmittelbare Ostgrenze des Bündnisgebietes.<sup>9</sup>

### Manöver in angespannten Zeiten - seit 2018 in Planung

Der Inspekteur der Luftwaffe, Ingo Gerhartz, brüstet sich damit, dass er bereits seit seiner Amtseinführung 2018 an einem entsprechenden Großmanöver plane. In 2019 startete die Luftwaffe eine kleinere Übungsserie für einen von der Bundeswehr geführten multinationalen



Quelle: IMI/Arno Neuber.

len Luftwaffengroßverband (Multinational Air Group / MAG). Nach Abstimmungen mit den USA wurde 2021 die Integration einer Verlegetübung der US-Luftwaffenreserve und die Namensgebung Air Defender 2023 beschlossen.<sup>10</sup> Neben der Zusammenziehung von über 200 Militärflugzeugen soll das deutsche Zentrum Luftoperationen im nordrhein-westfälischen Kalkar während Air Defender 2023 unter Beweis stellen, dass es in der Lage ist, Luftwaffenverbände dieser Größenordnung zu führen. Ziel ist die Zertifizierung als Joint Air Force Component Command der NATO – also als bündnisgemeinsames Kommando für Großverbände der Luftstreitkräfte.

Auf diese deutsche Führungsrolle ist Gerhartz deutlich stolz. So betonte er in einem Interview: „Es ist eine Übung, wo die NATO unterstützt. Aber es ist eine deutsch geführte Übung.“<sup>11</sup>

Die Pläne für Air Defender 2023 stammen noch aus der Zeit vor der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022. Der aktuelle Krieg in der Ukraine ist somit nicht ursächlich für die bevorstehenden massiven Luftkriegsspiele. Neben dem gestiegenen Umfang – die Zahl der Teilnehmerstaaten wurde im letzten Jahr von 18 auf 24 aufgestockt – lässt sich auch die Wirkung des Manövers allerdings nicht ohne die Betrachtung der prekären Sicherheitslage in Europa bemessen. So werden die übungsweise Mobilisierung von fast 100 Militärflugzeugen und mehreren tausend Soldat\*innen der US-Luftwaffenreserve nach Europa und die dortigen Luftkriegsübungen mit Flügen bis an die Grenzen zu Russland, Belarus und der Ukraine in Moskau wohl kaum als Zeichen der Deeskalation vonseiten der NATO gewertet werden.

### Russland als Adressat

Wenig auf Entspannung bedacht zeigen sich auch die beiden für das Luftwaffenmanöver maßgeblich verantwortlichen Generäle. Auch wenn Russland in den offiziellen Dokumenten zu Air Defender 2023 nicht genannt wird und das Manöver laut der Bundesregierung auf einem „rein generischen Szenario“ basiert,<sup>12</sup> machten der deutsche Luftwaffeninspekteur Ingo Gerhartz und der Chef der US Air National Guard Michael A. Loh bereits an anderen Stellen deutlich, gegen wen sich das Manöver richtet. Schon 2021 legte Loh seine Motivation für die Teilnahme dar: „Ich möchte, dass [meine Leute] anfangen, mehr über uns drohende Gefahren – China und Russland – nachzudenken und versuchen, sie auf diese Standards zu bringen. [...] Was bedeutet es, unter der Kommandostruktur der NATO zu stehen und wie operieren wir eigentlich innerhalb der NATO?“<sup>13</sup> Luftwaffeninspekteur Gerhartz drückte es so aus: „Mit der Übung Air Defender zeigen wir, dass die Luftwaffe das erste militärische Mittel in einer Krise ist. [...] Wir können sehr schnell, in Stunden, Kräfte aus den USA nach Deutschland verlegen und so für eine glaubhafte Abschreckung sorgen.“<sup>14</sup> Damit wiederholt sich das bereits seit Jahren vollzogene Muster von gegenseitigen militärischen Muskelspielen und Drohgebärden in einem höchst unsicheren Umfeld auf immer konfrontativere Weise. Währenddessen kommt es bereits im Regelbetrieb immer wieder zu gefährlichen Situationen in den Lufträumen entlang der NATO-Grenzen, wenn sich dort russische und NATO-Kampffjets gefährlich nahekommen. Allein im vergangenen Jahr kam es laut NATO zu 570 solchen Vorfällen und damit zu doppelt

so vielen wie im Vorjahr.<sup>15</sup> Jeder dieser Vorfälle birgt die Gefahr in sich, bei einem tatsächlichen Zusammenstoß zu einer ungewollten Eskalation zu führen.

### **Konfrontation statt Rückversicherung**

Trotz alledem werden bisher gängige Formen der gegenseitigen Rückversicherung zwischen NATO und Russland bei Großmanövern im Rahmen von Air Defender 2023 einfach missachtet. Eine formale Benachrichtigung Russlands halten der deutsche Luftwaffeninspekteur und der Chef der US Air National Guard nicht für nötig. Bei einem Pressetermin Anfang April 2023 auf der Joint Base Andrews bei Washington sprach Gerhartz sichtlich stolz darüber, dass er einem Reporter am Vortag auf die Frage nach der Informationspolitik gegenüber Russland geantwortet habe: „Wir werden ihnen [Russland] keinen Brief schreiben. Sie werden die Nachricht schon erhalten/verstehen, wenn unsere Flugzeuge ausschwärmen.“<sup>16</sup> Auf diese bewusste Doppeldeutigkeit im englischen Original reagiert der US General Loh vor laufenden Kameras mit einem breiten Grinsen. Bei dieser Provokation handelt es sich allerdings nicht bloß um einen unnötig provokativen Stil. Bisher war es gängige Praxis, dass NATO-Staaten ihre Manöver auf formalem, diplomatischem Wege ankündigten und Einladungen an Militärbeobachter, auch aus Russland und Belarus, aussprachen. Diese Praxis diene der gegenseitigen Versicherung, dass die Militärübungen zwar dem gegenseitigen Muskelspiel und der Abschreckung, nicht aber der Vorbereitung eines Angriffs dienten. In der aktuellen Phase der militärischen Konfrontation in der Ukraine auf diese Kommunikationsformen zu verzichten, ist hochgradig gefährlich.

### **Proteste sind bereits angekündigt**

Um die Kritik am Großmanöver Air Defender 2023 auch am Ort des Geschehens sichtbar zu machen, mobilisiert die Friedensinitiative Neustadt/Wunstorf am 10. Juni 2023 um 11:55 (fünf vor Zwölf) zu einer Demonstration am Fliegerhost Wunstorf bei Hannover.<sup>17</sup> Zudem soll dort während des Manövers vom 12. bis 23. Juni täglich eine Mahnwache stattfinden. Vermutlich werden sich auch an anderen Standorten noch Proteste formieren.

### **Anmerkungen**

- 1 Bundeswehr: Übung – Air Defender 2023, o.D., bundeswehr.de.
- 2 Beispielhaft für Jagel und Hohn in Schleswig-Holstein: Luftwaffen-Großübung Air Defender in SH - Die Vorbereitungen laufen, 4.4.2023, ndr.de.
- 3 Die rund 100 Militärflugzeuge aus den USA werden nicht von der US Air Force, sondern von der Air National

Guard gestellt. Dabei handelt es sich um Luftwaffenreservetruppen, die unter der Flagge der US-Bundesstaaten fliegen und von deren Gouverneuren z.B. nach Naturkatastrophen eingesetzt werden können. Darüber hinaus kann der US Präsident die Air National Guard im Kriegsfall unter sein Kommando rufen und weltweit in den Einsatz schicken. So waren Soldat\*innen der Air National Guard beispielsweise an den Kriegen im Irak und in Afghanistan zu Tausenden beteiligt. Mit rund 100.000 Angehörigen und 1.300 Flugzeugen ist die Air National Guard um ein Vielfaches größer als die gesamte Luftwaffe der Bundeswehr. Die Angehörigen der Air National Guard sind zu großen Teilen keine Vollzeitsoldat\*innen, sondern sogenannte Militärsoldat\*innen. Neben einem zivilen Job absolvieren sie ein gewisses Kontingent an Wochenendübungen und eine Großübung im Jahr, um sich an den jeweiligen Waffensystemen fit zu halten. Für 46 Einheiten aus 36 US-Bundesstaaten wird Air Defender eben diese Großübung für das Jahr 2023 sein.

- 4 Übung – Air Defender 2023, o.D., bundeswehr.de.
- 5 Detaillierte Informationen zu den Übungslufträumen finden sich unter: Bundeswehr: Übung – Air Defender 2023, o.D., bundeswehr.de.; Luftwaffe, Zentrum Luftoperationen: Vorübergehende Einrichtung von Gebieten mit Flugbeschränkungen anlässlich der Militärübung „Air Defender 2023“, 9.2.23, abrufbar unter: daec.de und Deutscher Bundestag: Drucksache 20/6293, Kleine Anfrage: Air Defender 2023 – Die Luftkriegsübung über Deutschland, 31.3.23, bundestag.de.
- 6 Fact Sheet Air Defender 2023, o.D., bundeswehr.de.
- 7 Mega-Militärmanöver – Wo Urlauber bald starke Nerven brauchen, 8.5.23, morgenpost.de.
- 8 Deutscher Bundestag: Drucksache 20/6293, 31.3.23, bundestag.de.
- 9 Übung – Air Defender 2023, o.D., bundeswehr.de.
- 10 Air Defender 2023 – Jahre der Vorbereitung, um 200 Flugzeuge in die Luft zu bekommen, 28.3.23, bundeswehr.de.
- 11 Deutsche Welle: Die NATO übt Reaktionsfähigkeit ihrer Luftstreitkräfte bei einer Krisensituation, 8.4.23, abrufbar via youtube.com.
- 12 Drucksache 20/6293, 31.3.23, bundestag.de.
- 13 Germany, US plan major aerial drill to defend Europe, 5.11.21, defensenews.com. (Übersetzung des Autors)
- 14 Hamburger Morgenpost: Mega-Militärmanöver – Wo Urlauber bald starke Nerven brauchen, 8.5.23, morgenpost.de.
- 1 Nato fängt in 570 Fällen russische Jets ab – doppelt so viele wie im Vorjahr, 14.2.23, rnd.de.
- 16 Defense Now: National Guardsmen Reveal Their Big Secret on Air Defender, 23 Media Day!, Minute 4, 5.4.23, Abrufbar via: youtube.com. (Übersetzung des Autors)
- 17 Demo gegen Nato-Manöver Air Defender 23, o.D., friedenskooperative.de.



# Umkämpfter Schwarzmeerraum

Interessen und Konflikte im Spannungsfeld zwischen NATO und Russland

von Yasmina Dahm

Dem Schwarzen Meer und der Schwarzmeerregion wird in den Auseinandersetzungen zwischen Russland und der NATO eine große strategische Bedeutung beigemessen. Dies belegt eine Vielzahl von Strategiepapieren und eine immer größere militärische Präsenz an der NATO-Südostflanke, die im Folgenden thematisiert werden soll. Aufgrund seiner Bedeutung wird an dieser Stelle auch auf das Meerengenabkommen von Montreux eingegangen, das die Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen regelt und damit den Wasserweg zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer reguliert. Auch der NATO-Präsenz im Schwarzmeerraum ist ein Kapitel gewidmet, das sich mit der historischen Entwicklung der immer angespannteren Lage dort beschäftigt und auf die wachsende Gefahr einer militärischen Konfrontation eingeht.

## **Strategische Interessen der NATO in der Schwarzmeerregion**

Aufschlussreiche Informationen zu den Interessen der NATO in der Schwarzmeerregion finden sich in einem Strategiepapier mit dem Titel „The Black Sea... or a Black Hole“, das von Ben Hodges, dem ehemaligen Kommandeur der US Landstreitkräfte in Europa, im Januar 2021 veröffentlicht wurde. In diesem bezeichnet er die Schwarzmeerregion als „die buchstäbliche und philosophische Grenze zwischen liberaler Demokratie und Autokratie“.<sup>1</sup> Er postuliert, dass eine langfristige militärische Strategie der NATO in der Schwarzmeerregion „wesentlich für die westliche Sicherheit und Stabilität“ sei und dass dort aktuell der Ort wäre, wo sich die NATO und der Westen im Wettbewerb mit anti-demokratischen Kräften behaupten und die Initiative ergreifen müssten, um ihren Einfluss und ihre strategischen Interessen durchzusetzen. Der Schwarzmeerregion sei in den letzten 20 Jahren im Gegensatz zum Baltikum von westlichen Sicherheitsplanern zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden, so Hodges und da sie Russlands „strategischer maritimer Schlüsselbereich“ sei, in der

die russische Marine bis dato nahezu straffrei agieren könne, sei es an der Zeit die Sicherheitslücke zu schließen. Dafür lieferte Hodges sehr konkrete Vorschläge, die er zunächst unter den Stichpunkten „Diplomatie, Information, Militär und wirtschaftlicher Rahmen“ und anschließend in einem 12-Punkte-Plan beschreibt. Der stellvertretende NATO-Sprecher Piers Cazalet fasste das Interesse der NATO im Schwarzmeerraum schon im Sommer 2021 mit folgenden Worten zusammen: „Das Schwarze Meer ist für die NATO von strategischer Bedeutung. Die Allianz bleibt der Sicherheit im Schwarzen Meer stark verpflichtet.“<sup>2</sup> Der russischen Angriff auf die Ukraine habe die Bedeutung des Schwarzen Meeres deutlich aufgezeigt und das Interesse der NATO am Beenden der russischen Dominanz im Schwarzen Meer verstärkt, so auch der US-amerikanische Direktor des Douglas and Sarah Allison Center for Foreign Policy Studies und Gastprofessor der National Defense University James Jay Carafano im August 2022.<sup>3</sup>

## **Strategische Interessen Russlands in der Schwarzmeerregion**

Es gibt viele Interpretationen der russischen Interessen im Schwarzmeerraum aus nicht-russischer Feder und sie erklingen häufig im Kanon mit der Forderung nach einer verstärkten dortigen NATO-Militärpräsenz. So postulierten im Mai 2020 beispielsweise Ben Hodges, der polnische Oberst im Ruhestand Ray Wojcik und der Senior Program Officer im Transatlantischen Verteidigungs- und Sicherheitsprogramm Carsten Schmiedl in einer Studie mit dem Titel „Eine Flanke, eine Bedrohung, eine Präsenz“, dass Moskau die erweiterte Schwarzmeerregion als „strategisch bedeutender als die Ostsee-region“ erachte. Die NATO benötige ein „dauerhaftes und schlüssiges Konzept für ihre maritime Präsenz in der Schwarzmeerregion“ und solle „darüber nachdenken, die periodischen Patrouillen im Schwarzen Meer zu einer permanenten Schwarzmeerüberwachungspräsenz aufzuwerten.“<sup>4</sup>

Eine detaillierte Analyse der russischen Interessen im Schwarzmeerraum mit dem Titel „Russlands maritime Strategie im Schwarzen Meer. Umsetzung und Folgen für die NATO“ lieferte Marion Kipiani im gleichen Tenor schon 2018 im Marineforum.<sup>5</sup> Kipiani konstatierte, dass die russische Schwarzmeerflotte „das strategische Rückgrat der Machtprojektion Russlands über den Bosphorus hinaus ins östliche Mittelmeer und den Nahen Osten“ darstelle und dass Russland zunehmend in der Lage sei „(...)seine Interessen in als strategisch wichtig definierten Gewässern durchzusetzen.“ Das Schwarze Meer sei durch ein Erstarken des russischen Führungsanspruchs in der Region seit 2000 vermehrt in den Fokus der russischen Außen- und Verteidigungspolitik geraten. Es werde von Russland, so Kipiani, „primär durch das Prisma der gefühlten Bedrohung durch die NATO“ wahrgenommen, was beispielsweise aus der 2015 von Wladimir Putin unterzeichneten Nationalen Sicherheitsstrategie hervorgehe. In dieser sei der „Aufbau einer polyzentrischen Weltordnung mit Russland als einer der Führungsmächte“ als „grundlegendes nationales Interesse“ definiert worden, welches durch die NATO-Osterweiterung und die Aufrüstung der NATO-Südostflanke bedroht werde.

Die Zurückdrängung des Einflusses der NATO und der USA und Maßnahmen zum Schutz des russischen Staatsgebiets seien in den folgenden Strategiepapieren dominant gewesen, so Kipiani. „Für Russland ist das Schwarze Meer der Hinterhof, eine Pufferzone. Es sieht ungern, dass Anrainer wie Bulgarien und Rumänien der NATO beigetreten sind. Andererseits hat es nach der Krim-Annexion seine Präsenz deutlich verstärkt und das Gebiet zu einer Festung ausgebaut“, so auch Göran Swistek, Marineoffizier und derzeit Gastwissenschaftler an der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, Ende April 2021 in der Süddeutschen Zeitung.<sup>6</sup> „Ungern“ oder „gefühlte Bedrohung“ sind dabei in Anbetracht der Vielzahl russischer Stellungnahmen und Warnungen zur Verletzung russischer Interessen durch die NATO-Osterweiterung und die Häufung von Großmanövern an seinen Grenzen sehr euphemistische Ausdrücke.

So ging beispielsweise aus einem Vertragsentwurf des russischen Außenministeriums vom 17. Dezember 2021 zur Deeskalation der zunehmenden Spannungen mit dem Westen deutlich hervor, dass Russland dies auch und gerade für die Schwarzmeerregion als notwendig erachtete: „Die Vertragsparteien setzen auf Dialog und Interaktion zur Verbesserung von Mechanismen zur Verhinderung von Zwischenfällen auf und über der Hohen See- vor allem im Baltikum und in der Schwarzmeerregion.“<sup>7</sup> In einem Artikel von August 2022 thematisierte auch James Jay Carafano von der neokonservativen Heritage Foundation die Bedeutung

des Schwarzen Meeres für die Durchsetzung russischer Interessen. Er äußerte die Vermutung, dass Russland „weiterhin eine Ausweitung der militärischen Vorherrschaft im Schwarzen Meer anstreben [wird].“ Die Blockade ukrainischer Häfen habe aufgezeigt, dass Russland durch seine militärische Präsenz im Schwarzen Meer in der Lage sei, die Lebensmittelversorgung weltweit erheblich zu beeinträchtigen, was die internationale Aufmerksamkeit auf die Sicherheit im Schwarzen Meer erhöht habe. Russland fürchte daher „den wachsenden westlichen und insbesondere den türkischen Einfluss in der Schwarzmeerregion, der das Schwarze Meer zu einem ‚NATO-See‘ machen könnte.“<sup>8</sup>

### **Das Meerengenabkommen von Montreux**

Ein wichtiger Faktor zum Verständnis der geopolitischen Interessen in der Schwarzmeerregion ist die Auseinandersetzung mit dem Meerengenabkommen von Montreux. Das Abkommen gibt es seit dem Jahr 1936, in dem es von Australien, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Japan, Rumänien, Jugoslawien, Großbritannien, der UdSSR und der Türkei unterzeichnet wurde. Es gibt der Türkei die Kontrolle über den Wasserweg zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer und beschränkt die Durchfahrt militärischer und nicht-militärischer Schiffe durch den Bosphorus, das Marmarameer und die Dardanellen. Das Abkommen legt fest, dass die türkische Regierung in Friedenszeiten in der Regel acht Tage bevor ein Kriegsschiff den Weg zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer passieren will, auf diplomatischem Weg informiert werden muss und dass die Schiffe von Nicht-Schwarzmeer-Anrainerstaaten sich nicht länger als 21 Tage im Schwarzen Meer aufhalten dürfen. Ebenso ist in dem Vertrag festgelegt, dass die Türkei in Kriegszeiten nach eigenem Ermessen entscheiden darf, welche Schiffe den Wasserweg passieren dürfen, außer wenn sie auf dem Weg in ihre Heimathäfen sind. U-Boote dürfen laut dem Abkommen die türkischen Meerengen nur zu Wartungszwecken passieren. Die Privilegien, die der Türkei durch das Meerengenabkommen von Montreux übertragen wurden, machen sie zu einem mächtigen Verbündeten im Wettstreit um die Vormachtstellung in der Schwarzmeerregion. Somit ist es nicht verwunderlich, dass beispielsweise der ehemalige Oberkommandierende der US-Landstreitkräfte in Europa, Ben Hodges, im Strategiepapier „The Black Sea... or a Black Hole“ die Stabilisierung und Stärkung der Zusammenarbeit mit der Türkei als das wichtigste langfristige diplomatische Ziel in der Schwarzmeerregion benannte. Sollte dies misslingen, so Hodges, riskiere dies „weitere Risse im Zusammenhalt der NATO in einem der geographisch-strategisch wichtigsten Teile des Bündnisses“.<sup>9</sup>



## NATO-Präsenz und Konflikte im Schwarzmeerraum

Analog zu den zunehmenden Konflikten vergrößerte sich auch ihre Präsenz in Osteuropa. Als Meilensteine werden hier neben den mittlerweile fünf NATO-Osterweiterungen in den Jahren 1999, 2004, 2009, 2017 und 2020 meist vor allem die Schaffung schneller Eingreiftruppen im Rahmen des sogenannten „Readiness Action Plans“ (RAP) nach dem NATO-Gipfeltreffen in Wales 2014 und die nach dem NATO-Gipfel in Warschau 2016 erfolgte permanente Stationierung von 4 Bataillonen mit je 1000 bis 1500 Soldat\*innen in Estland, Lettland, Litauen und Polen benannt. Schon im April 2014 wurden im Rahmen der Ukraine-Krise die „Kampfjets zur Luftüberwachung des Baltikums vervierfacht, die maritime Präsenz im Schwarzen Meer vergrößert und jede Kooperation mit Russland auf Eis gelegt“<sup>10</sup> und

Obwohl die Schwarzmeerregion weit von der Bundesrepublik entfernt ist, spielt die Bundesrepublik für die Aufrüstung der NATO-Ostflanke eine keineswegs unbedeutende Rolle. Durch die zentrale Lage Deutschlands inmitten der NATO-Staaten zwischen der Ostküste der USA und dem Schwarzmeerraum ist das Land vor allem als Durchgangs- und Stationierungsraum für das Bündnis von Bedeutung.

Dies brachte zuletzt der General Alexander Sollfrank, der Befehlshaber des Joint Support and Enabling Commands in Ulm, auf den Punkt. Sollfrank äußerte sich dahingehend, dass es aktuell die große Herausforderung der NATO sei, von der Ostküste der USA bis an die Ostflanke der NATO militärische Kräfte zur richtigen Zeit an den richtigen Ort zu koordinieren.<sup>1</sup>

Das sogenannte Joint Support and Enabling Command (JSEC) in Ulm, welches für die Koordinierung von „Truppenbewegungen, Aufmarschrouten und die Absicherung militärisch relevanter Infrastruktur im rückwärtigen Raum der NATO in Europa“ verantwortlich ist und somit „in Zukunft an allen Manövern der NATO beteiligt sein [wird], bei denen sich größere Truppenkontingente über den europäischen Kontinent bewegen“ gilt als wichtigste NATO-Logistikzentrale für die Verlegung und Versorgung militärischer Kräfte.<sup>2</sup> Um dafür zu sorgen, dass „innerhalb der EU militärische Truppen, Fahrzeuge und Geräte ungehindert Landesgrenzen passieren können“, gibt es von Seiten der NATO Ambitionen zum Ausbau der sogenannten militärischen Mobilität. Diese soll von der EU zwischen 2021 und 2027 mit 1,7 Mrd. Euro gefördert werden, wovon Mitte April 2022 bereits 60% in Mitgliedstaaten an der NATO-Ostflanke investiert wurden. „Die damit verbundenen Fragen reichten von der Geeignetheit von Straßen und Eisenbahnnetz über die Verstärkung von Brücken bis hin zum Vorhanden-

sein von Flug- und Seehäfen“, so General Sollfrank im Januar 2023. Bei der Militärischen Mobilität gehe es jedoch nicht nur darum, „im Falle des Falles schnell Truppen und Ausrüstung transportieren zu können, sondern auch um aktive Provokation und Abschreckung“, so Victoria Kropp in „Wege an die Front“.<sup>3</sup> Auch außerhalb der logistischen Rolle ist die Bundesrepublik an der NATO-Ostflanke aktiv. So führt Deutschland schon seit 2017 die NATO-Battlegroup in Litauen an und wurde nach dem Beschluss des slowakischen Parlaments am 14. März 2022 „für die Einrichtung eines rund 2.100 Soldat\*innen umfassenden NATO-Kontingents in der Slowakei“ mit 700 Soldat\*innen zum größten Truppensteller.<sup>4</sup> Zusätzlich war Deutschland am Aufbau der sogenannten Ultraschnellen Eingreiftruppen maßgeblich beteiligt und nahm nach eigenen Angaben dabei eine „führende Rolle“ ein.<sup>5</sup> Auch am Aufbau des Multinationalen Korps Nord-Ost in Stettin und des NATO-Hauptquartiers Multinational Corps South-East im rumänischen Sibiu war die Bundeswehr maßgeblich beteiligt.<sup>6</sup>

sein von Flug- und Seehäfen“, so General Sollfrank im Januar 2023. Bei der Militärischen Mobilität gehe es jedoch nicht nur darum, „im Falle des Falles schnell Truppen und Ausrüstung transportieren zu können, sondern auch um aktive Provokation und Abschreckung“, so Victoria Kropp in „Wege an die Front“.<sup>3</sup> Auch außerhalb der logistischen Rolle ist die Bundesrepublik an der NATO-Ostflanke aktiv. So führt Deutschland schon seit 2017 die NATO-Battlegroup in Litauen an und wurde nach dem Beschluss des slowakischen Parlaments am 14. März 2022 „für die Einrichtung eines rund 2.100 Soldat\*innen umfassenden NATO-Kontingents in der Slowakei“ mit 700 Soldat\*innen zum größten Truppensteller.<sup>4</sup> Zusätzlich war Deutschland am Aufbau der sogenannten Ultraschnellen Eingreiftruppen maßgeblich beteiligt und nahm nach eigenen Angaben dabei eine „führende Rolle“ ein.<sup>5</sup> Auch am Aufbau des Multinationalen Korps Nord-Ost in Stettin und des NATO-Hauptquartiers Multinational Corps South-East im rumänischen Sibiu war die Bundeswehr maßgeblich beteiligt.<sup>6</sup>

### Anmerkungen

- 1 Aalener Nachrichten: Ulmer General spricht über multinationale Kommandos, 18.1.23
- 2 Martin Kirsch: Organisierter Aufmarsch, imi-online.de, 24.2.22.
- 3 Victoria Kropp: Wege an die Front, imi-online.de, 22.3.22.
- 4 Martin Kirsch: Aufrüstung der Slowakei, imi-online.de, 18.3.22.
- 5 Bundesministerium der Verteidigung: VJTF – Speerspitze der NATO, bmvg.de, 18.2.16.
- 6 German Foreign Policy: Im Einsatz am schwarzen Meer, german-foreign-policy.com, 28.6.21.

nannten „Enhanced Forward Presence“, den bereits erwähnten vier dauerhaft an den russischen Grenzen stationierten NATO-Bataillonen ausgebaut. Dem hinzuzufügen ist mittlerweile die Fähigkeit zum raschen Ausbau dieser Bataillone auf Brigadestärke (ca. 5.000 Soldat\*innen) sowie die Einrichtung von vier weiteren NATO-Battlegroups in der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien nach dem NATO-Treffen in Brüssel vom 24. März 2022. Im Ergebnis sind derzeit acht einsatzbereite, multinationale Battlegroups vom Baltischen Raum bis zum Schwarzen Meer stationiert. „Sie demonstrieren die Stärke des transatlantischen Bandes, und ihre Anwesenheit macht deutlich, dass ein Angriff auf einen Verbündeten als Angriff auf das gesamte Bündnis gewertet wird“, so ein Online-Kommentar der NATO zur Einsatzbereitschaft der neuen Battlegroups Ende Dezember 2022.<sup>13</sup>

### Spannungen im Schwarzmeerraum

Bereits 2015 wurde die Anzahl der NATO Manöver gegenüber dem Vorjahr auf 162 verdoppelt, im Folgejahr waren es dann bereits 240 Übungen, seither verbleibt die Zahl an Manövern auf konstant hohem Niveau.<sup>14</sup> Abschließend müssen an dieser Stelle auch die stetig wachsenden Großmanöver der NATO im Schwarzmeerraum wie die sogenannten „Defender-Europe“ Übungen, oder „Sea Breeze“ Erwähnung finden, die die Spannungen in der Region in den letzten Jahren immer weiter verschärften. Die Defender-Übungen ab 2020 dienten dabei nicht nur dazu, die Transport- und Lagerlogistik einzuüben und die Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Militärverbände zu üben, sondern gingen teilweise auch mit „langfristigen Verle-

gung von Panzern, Militärtransportern, Munition und sonstigem Gerät als Teil einer praktischen Mobilmachung gegen Russland“ einher.<sup>15</sup> Nachdem der Fokus des Großmanövers Defender 2020 auf dem Baltikum lag, stand bei Defender 2021 das Schwarze Meer im Mittelpunkt.

„Mit der Zunahme der Manöver steigt auch die Gefahr, dass dabei feindliche Truppen gewollt oder ungewollt aneinandergeraten. In der allgemein aufgeheizten Stimmung besteht dabei die Gefahr, dass solch ein Zusammenstoß der Anstoß für eine weitergehende Eskalation mit kaum absehbaren Folgen sein könnte“, so Tobias Pflüger in „Manöver als gefährliche Machtdemonstrationen“ Ende März 2022.<sup>16</sup> Laut einer von Pflüger angeführten Untersuchung des „European Leadership Network“ kam es so allein in den zwölf Monaten zwischen März 2014 und März 2015 zu 66 Beinahe-Zusammenstößen zwischen westlichen und russischen Truppen. Dadurch, dass bei der Untersuchung nur Hochrisiko-Ereignisse gezählt wurden, sei trotz der enormen Anzahl an Vorfällen eine vergleichsweise niedrigere Zahl angeführt worden, so Pflüger. Ein populäres Beispiel für einen Beinahe-Zusammenstoß, der im Sommer 2021 Schlagzeilen machte, ist der Fall des britischen Zerstörers HMS-Defender, der am 23. Juni 2021, in die 12-Meilen Zone vor der Krim eindrang. Die Hoheitsgewässer, in die der Zerstörer eindrang, wurden dabei von russischer Seite als eigene Hoheitsgewässer definiert, während sie von britischer Seite aus als ukrainische Hoheitsgewässer verstanden wurden. Ob Warnschüsse auf den britischen Zerstörer HMS-Defender abgegeben wurden, um ihn aus den Schwarzmeergewässern vor der Küste der Krim zu vertreiben, ist umstritten. Wenige Wochen nach dem Vor-

fall tauchten an einer Bushaltestelle in Kent durchnäste Dokumente des britischen Geheimdienstes auf, die nahelegten, dass der Vorfall in provokanter Absicht erfolgte. Der Vorfall und die steigende Zahl der Beinahe-Zusammenstöße verdeutlichen, dass es, schon lange vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, im Schwarzen Meer, in dem die NATO ihre Präsenz seit der Annexion der Krim 2014 immer weiter ausbaute,





Militärisches Sperrgebiet bei der Naval Base Burgas, Quelle: Yasmına Dahm.

zu ernstzunehmenden Spannungen und einer schleichenden Aufrüstung kam. Seit dem 24. Februar 2022 ist die Situation im Schwarzen Meer konsequenterweise noch angespannter als zuvor. Für Spannungen enormen Ausmaßes sorgte seit Kriegsbeginn vor allem die Blockade ukrainischer Getreidelieferungen, die insbesondere für Länder mit einer großen Abhängigkeit von Getreideimporten fatale Folgen hatte. Zuletzt wurde am 15. März 2023 von einer US-Drohne berichtet, die nach einer Kollision mit russischen Jets ins Schwarze Meer stürzte, worin der Nachrichtenticker Reuters „die erste bekannte direkte Konfrontation zwischen den Supermächten seit Russlands Einmarsch in die Ukraine“ sah.<sup>17</sup>

Augenscheinlich bleibt also auch die Schwarzmeerregion vom aktuellen Wettüsten nicht verschont und wie anderswo auch geht damit ein großes Eskalationsrisiko einher, das von der NATO angesichts der Abwesenheit jeglicher Deeskalationsbemühungen billigend in Kauf genommen zu werden scheint.

#### Anmerkungen

- 1 Ben Hodges: The Black Sea...Or a Black Hole?, cep.org, 19.1.22.
- 2 Alexandra Brzozowski: „Assoziiertes Trio“ will mehr Sicherheitskooperation gegen Russland im Schwarzen Meer, Euractiv.com, 22.7.21.
- 3 James Jay Carafano: The contest over the Black Sea in the new Cold War, gisreportsonline.com, 16.8.22.
- 4 Ben Hodges, Ray Wojcik. Carsten Schmiedl: One Flank, One Threat, One Presence, cepa.org, 26.5.20.
- 5 Marion Kipiani: Russlands maritime Strategie im

Schwarzen Meer, dmkn.de, November 2018.

- 6 Thomas Avenarius, Frank Nienhuysen: Meer des Misstrauens, sueddeutsche.de, 27.4.21.
- 7 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation: Abkommen über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der russischen Föderation und Mitgliedsstaaten der NATO, augengeradeaus.net, 17.12.21.
- 8 James Jay Carafano: The contest over the Black Sea in the new Cold War, gisreportsonline.com, 16.8.22.
- 9 Ben Hodges: The Black Sea...Or a Black Hole?, cepa.org, 19.1.22.
- 10 Jürgen Wagner: NATO-Gipfeltreffen in Warschau, imi-online.de, 11.7.16.
- 11 Ebd.
- 12 Claudia Haydt: Säbelrasseln gegen Russland, imi-online.de, 15.2.22.
- 13 NATO's multinational battlegroup in Bulgaria reaches full capability, nato.int, 14.12.22.
- 14 NATO-Factsheet: Key NATO & Allied Exercises, nato.int, Juli 2016.
- 15 Claudia Haydt: Säbelrasseln gegen Russland, imi-online.de, 15.2.22.
- 16 Tobias Pflüger: Manöver als gefährliche Machtdemonstration, imi-online.de, 22.3.22.
- 17 Mike Collett-White, Phil Stewart: Video shows Russia jet intercept US drone, reuters.com, 16.3.23.





# Munition für den Ukraine-Krieg

## Die EU ASAP in Richtung Kriegswirtschaft?

von Jürgen Wagner

Am 20. März 2023 [kündigte](#) der EU-Rat einen dreistufigen Plan zur Lieferung, Beschaffung und Produktion von Munition an. Er besteht aus der Ko-Finanzierung von Munitionslieferungen der Mitgliedsstaaten an die Ukraine (Stufe 1), der Bezuschussung länderübergreifender Munitionseinkäufe (Stufe 2) sowie aus einem Maßnahmenpaket zur Ankurbelung der europäischen Munitionsproduktion (Stufe 3). Über verschiedene Instrumente und Töpfe werden dabei kurzfristige Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine mit langfristigen Ambitionen zum Aufbau einer europäischen Kriegswirtschaft verknüpft. Zuletzt legte die Kommission am 3. Mai 2023 einen Verordnungsvorschlag zum Ausbau der europäischen Produktionskapazitäten vor, der noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll. Das dreistufige Paket sei in seiner Tragweite „beispiellos“, jubelte aus diesem Anlass Industriekommissar Thierry Breton: „Um die Ukraine kurzfristig zu unterstützen, müssen wir weiterhin aus unseren Beständen liefern. Aber wir müssen auch die derzeitige Produktion neu priorisieren und sie vorrangig in die Ukraine leiten. [...] Aber wenn es um die Verteidigung geht, muss unsere Industrie jetzt in den Kriegswirtschaftsmodus wechseln.“ ([Thierry Breton](#), euractiv, 3.5.2023)

### Stufe 1: EFF-Finanzspritze für den Ukraine-Krieg

Im März 2021 wurde unter der völlig irreführenden Bezeichnung „Europäische Friedensfazilität“ (EFF) ein neuer Finanztopf ins Leben gerufen, mit dem fortan EU-Militäreinsätze und Waffenlieferungen an befreundete Akteure finanziert werden sollen. Weil Artikel 41, Absatz 2 des EU-Vertrages es eigentlich klar untersagt, Maßnahmen mit verteidigungspolitischen Bezügen aus dem EU-Haushalt zu finanzieren,<sup>1</sup> wurde die EFF als „haushaltsexternes Budget“ angelegt. Das bedeutet, dass sie mit Geldern der Einzelstaaten befüllt wird, damit nicht offizieller Teil des EU-Haushaltes ist und so nicht unter das Verbot aus Artikel 41(2) fällt. Hierdurch wird nicht nur EU-Recht umschifft, sondern der

Fonds gleichzeitig auch noch der Kontrolle des Europäischen Parlamentes entzogen. Ursprünglich wurde für den Zeitraum von 2021 bis 2027 ein Betrag von 5,7 Mrd. Euro vorgesehen, allerdings war bald klar, dass dieses Geld vorne und hinten nicht reichen würde, nachdem sich das Instrument schnell zu einer der wichtigsten Finanzierungsquellen für Waffenlieferungen an die Ukraine entwickelt hatte.

Weil allein für die Bewaffnung der Ukraine bis dahin 3,6 Mrd. Euro bereitgestellt wurden und weil über diesen Topf auch noch andere Maßnahmen finanziert werden, [beschloss](#) der EU-Rat bereits im Dezember 2022 eine Anhebung der EFF-Obergrenze. Sie wurde zunächst einmal um 2,287 Mrd. Euro erhöht, bei Bedarf können weitere 4 Mrd. Euro mobilisiert werden. Nur dies ermöglichte es, im Mitte April 2023 Stufe 1 des EU-Munitionsplans zu zünden, indem angekündigt wurde, eine weitere Milliarde aus der Friedensfazilität bereitzustellen. Das Geld soll den Mitgliedsstaaten zugutekommen, die der Ukraine rückwirkend vom 9. Februar bis zum 31. Mai 2023 Munition (vor allem 155mm Kaliber) aus eigenen Beständen liefern. Geradezu euphorisch äußerte sich der EU-Außenbeauftragte Josep Borell anlässlich der Entscheidung folgendermaßen: „Mit dem heutigen Beschluss setzen wir den ersten Teil der historischen Einigung um, die die EU-Führungsspitzen erzielt haben, um die sofortige Lieferung von Artilleriegeschossen im Wert von 1 Mrd. € an die ukrainischen Streitkräfte zu unterstützen.“ ([Josep Borrell](#), Pressemitteilung, 13.4.2023<sup>2</sup>)

### Stufe 2: EDIRPA-Finanzierung von EU-Munitionskäufen

Am 5. Mai 2023 genehmigte der Rat für Stufe 2 des Munitionsplans eine weitere Milliarde aus der Europäischen Friedensfazilität zur Finanzierung von Artilleriegeschossen des Kalibers 155 mm und von Flugkörpern für die ukrainischen Streitkräfte. Die Ausschüttung der Gelder ist an die Bedingung geknüpft, dass der Kauf



Quelle: IMI/Arno Neuber.

vor dem 30. September 2023 erfolgen und die Munition von EU-Mitgliedsstaaten bei der europäischen Verteidigungsindustrie gemeinsam beschafft werden muss. In der entsprechenden Pressemitteilung des Rates heißt es dazu: „Mit dem heutigen Beschluss wird der zweite Strang der Vereinbarung des Rates vom 20. März 2023 über einen dreigleisigen Ansatz umgesetzt, mit dem die Lieferung und gemeinsame Beschaffung von Artilleriemunition beschleunigt werden soll, um der Ukraine innerhalb von zwölf Monaten nach der Vereinbarung des Rates eine Million Artilleriegeschosse zur Verfügung zu stellen.“ ([Rat der EU, Pressemitteilung](#), 5.5.2023)

Einen weiteren Vorschlag zur Finanzierung von Stufe 2 des EU-Munitionsplans legte die Kommission mit dem „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung“ (EDIRPA) bereits im Juli 2022 vor (siehe dazu auch den Artikel in der letzten AUSDRUCK-Ausgabe). Die Kommission sah darin für länderübergreifende Munitionskäufe zunächst einen Betrag von 500 Mio. Euro vor, die Ausschüttung der Gelder wurde aber an diverse Bedingungen geknüpft, die vor allem eine Stärkung der rüstungsindustriellen Basis im Blick haben – im Kommissionsvorschlag heißt es dazu: „Die durch das Instrument bereitgestellte finanzielle Unterstützung durch die EU müsste Verfahren zur kooperativen Beschaffung im Verteidigungsbereich durch die Mitgliedstaaten fördern und der EDTIB [rüstungsindustriellen Basis] zugutekommen, zugleich aber die Handlungsfähigkeit der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten, die Versorgungssicherheit und eine größere Interoperabilität sicherstellen.“ ([Verordnungsvorschlag](#)

zur Einrichtung des Instruments zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung, COM(2022) 349 final)

Als Starttermin wurde ursprünglich noch 2022 anvisiert, was sich allerdings aufgrund von Kompetenzstreitigkeiten diverser parlamentarischer Ausschüsse und anderer Probleme schnell als illusorisch erwies. In den Verhandlungen zwischen Kommission und Parlament wurde der Betrag schließlich auf eine Milliarde noch einmal deutlich aufgestockt, was dazu führte, dass die zuständigen EP-Ausschüsse ITRE (Industrie) und AFET (Auswärtige Angelegenheiten) am 25. April 2023 grünes Licht gaben. Die nun anstehenden Trilog-Verhandlungen (Rat, Kommission und Parlament) sollen noch vor der Sommerpause abgeschlossen und damit Stufe 2 des Munitionsplans in trockenen Tüchern sein.

Die parlamentarische Beteiligung kommt dadurch zustande, dass EDIRPA im Gegensatz zur EFF kein „haushaltsexternes Budget“ ist, sondern mit EU-Geldern gespeist wird. Weil aber auch hier die Gefahr besteht, dass das Instrument mit dem im EU-Vertrag Artikel 41(2) enthaltenen Finanzierungsverbot militärischer Maßnahmen kollidieren könnte, wurde der folgende rechtliche Klimmzug unternommen: „Da die EU aufgrund des Artikels 41 Absatz 1 [sic!] des Vertrages über die Europäische Union nicht direkt Rüstungsgüter finanzieren darf, gilt EDIRPA [...] als industriepolitische Maßnahme. [...] Auf diese Weise wäre die EU in der Lage indirekt die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern zu fördern, ohne gegen Artikel 41 Absatz 1 [sic!] zu verstoßen.“ ([Europäischen Sicherheit & Technik](#), 7.2.2023)

Indem EDIRPA also kurzerhand auf die Kompetenzgrundlage von Artikel 173 AEUV gestellt und dadurch in den Bereich der Industriepolitik verfrachtet wurde, soll das Ganze nun nach Auffassung von Kommission, Rat und Parlamentsmehrheit rechtlich sauber sein. Allerdings handelt es sich hier klar ersichtlich primär um eine militärische und nicht um eine industriepolitische Frage und die Kommission kann Maßnahmen eigentlich nicht zwischen unterschiedlichen Politikbereichen hin- und herschieben, wie sie gerade Lust hat. Dieses Verfahren hat sich jedoch schon bei einem anderen EU-Rüstungstopf, dem seit 2021 existierenden Europäischen Verteidigungsfonds, „bewährt“, obwohl in einem [ausführlichen Rechtsgutachten](#) herausgearbeitet wurde, dass dieses Agieren illegal ist. Doch wo kein Richter, da kein Urteil, die von der Linksfraktion [eingereichte Klage](#) liegt bis heute irgendwo unbearbeitet herum. Und weil die Kommission augenscheinlich mit diesen rechtlichen Trickereien zumindest bislang durchkommt, wurden sie nun bei Stufe 3 des Munitionsplans gleich wieder angewandt.

### Stufe 3: Per ASAP zum Produktionsausbau

Munition liefern ist die eine, Munition finanzieren, die andere, sie im großen Stil nicht im Ausland zu kaufen, sondern in Europa zu produzieren, ist die dritte Säule des EU-Munitionsplans. Bereits am 20. März 2023 wurde der Kommission vom Rat der [Auftrag erteilt](#), auszuarbeiten, wie dies gewährleistet werden kann. Dem kam die Kommission umgehend nach und legte am 3. Mai 2023 einen Vorschlag für eine entsprechende Verordnung vor. Auftragsgemäß handelt es sich dabei um ein Maßnahmenpaket zur Ankurbelung der europäischen Munitionsproduktion: „Das Instrument soll finanzielle Unterstützung für Handlungen leisten, um identifizierten Flaschenhälsen bei den Produktionskapazitäten und Lieferketten zu begegnen, wobei die Sicherheit und Beschleunigung der Produktion im Zentrum steht, um eine effektive Versorgung und zeitnahe Verfügbarkeit der relevanten Verteidigungsmaterialien zu gewährleisten.“ ([Proposal for a Regulation on establishing the Act in Support of Ammunition Production](#), COM(2023) 237 final)

Wie bereits erwähnt, soll die Verordnung noch vor der Sommerpause 2023 verabschiedet werden, augenscheinlich hat es die Kommission eilig, daher ist der Name der Verordnung auch Programm: „Das Gesetz zur Munitionsbeschaffung trägt den sperrigen Namen »EU Act to Support Ammunition Production«, für dessen Wahl allerdings die Abkürzung »ASAP« mitentscheidend gewesen sein dürfte – im Englischen steht er für »schnellstmöglich« (»as soon as possible«).“ ([Spiegel Online](#), 2.5.2023)

Maßnahmen zur Erhöhung der europäischen Produktionskapazitäten sollen über ASAP mit mindestens 40 und bis zu 60 Prozent ko-finanziert werden. Die Liste, was dabei förderbar ist, ist erstaunlich umfangreich: „Finanzielle Unterstützung wird in Form von Zuschüssen für verschiedene Arten von Maßnahmen gewährt, die zu den Bemühungen der europäischen Verteidigungsindustrie beitragen, ihre Produktionskapazitäten zu erhöhen und festgestellte Engpässe zu beseitigen. Finanzielle Unterstützung wird für Maßnahmen gewährt, die zu Folgendem beitragen:

- Optimierung, Erweiterung, Modernisierung, Verbesserung oder Wiederverwendung bestehender Produktionskapazitäten;
- Schaffung neuer Produktionskapazitäten;
- Aufbau grenzüberschreitender Industriepartnerschaften, auch im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften, um beispielsweise den Zugang zu strategischen Komponenten oder Rohstoffen zu sichern oder zu reservieren;
- Aufbau und Bereitstellung von reservierten Kapazitäten für die Herstellung von Spitzenleistungen;
- Erprobung oder Wiederaufbereitung (zur Beseitigung der Veralterung) von Prozessen, um vorhandene Munition und Flugkörper nutzbar zu machen;
- Umschulung und Höherqualifizierung der entsprechenden Arbeitskräfte.“ ([Europäische Kommission](#), Presseartikel, 3.5.2023)

Insgesamt wird hierfür nun eine weitere Milliarde mobilisiert, je zur Hälfte aus dem EU-Haushalt und von den Mitgliedsstaaten, wobei sich die Kommission auch nicht scheut, Hand an völlig sachfremde zivile Töpfe anzulegen: „Binnen zwölf Monaten sollen europäische Rüstungsfirmen mindestens eine Million Schuss Artilleriemunition pro Jahr produzieren. Dafür stellt die Kommission 500 Millionen Euro aus ihrem Haushalt bereit. Die gleiche Summe soll von den Mitgliedsstaaten kommen, sodass insgesamt eine Milliarde Euro an Subventionen zur Verfügung steht. [...] Dafür dürfen sie [die Mitgliedsstaaten] auch Gelder umwidmen, die sie aus den Kohäsionsfonds zur Angleichung der Lebensumstände in der EU und dem Corona-Wiederaufbaufonds erhalten. Letzterer ist eigentlich für die grüne und digitale Transformation gedacht. Doch sagte Breton, ein Ziel des Coronafonds sei es gewesen, die Resilienz der Länder zu stärken. Dazu gehöre auch die Verteidigung.“ ([Handelsblatt](#), 3.5.2023) Selbst dirigistische Maßnahmen, die tief in die marktwirtschaftlichen Gepflogenheiten eingreifen, sollen per ASAP möglich sein: „Die EU-Kommission will Rüstungsunternehmen in der EU künftig per Gesetz verpflichten können, Munition an Mitgliedsländer statt an Staaten außerhalb der EU zu liefern. [...] Dem Vorschlag zufolge soll der Mechanismus greifen, wenn es zu ‚Engpässen bei kri-



tischen Verteidigungsgütern, die die Sicherheit der EU beeinträchtigen können‘ kommt. Die Kommission soll Unternehmen dann dazu verpflichten können, Bestellungen aus EU-Ländern vorrangig zu bedienen – und Lieferungen an Nicht-EU-Länder zu verschieben oder zu streichen.“ ([Spiegel Online](#), 2.5.2023)<sup>2</sup> Dennoch dürfte die Industrie im Großen und Ganzen über den Kommissionsvorstoß überaus erfreut sein – Rheinmetall etwa steht augenscheinlich bereits in den Startlöchern: „Der Rüstungskonzern Rheinmetall will der Ukraine in erheblichem Umfang Artillerie-Munition zur Verfügung stellen. ‚Wir können bis zu 600.000 Schuss pro Jahr liefern‘, sagte Vorstandschef Armin Papperger nach einem Besuch von EU-Industriekommissar Thierry Breton dem Handelsblatt. [...] Rheinmetall ist bereits heute mit einer Jahresleistung von 450.000 Granaten der größte westliche Munitionshersteller. ‚Wir können unsere Produktion auf jährlich 600.000 bis 700.000 Artilleriegranaten ausweiten‘, präzisierte Papperger. [...] Die Kosten für die Aufstockung der Produktion taxiert Papperger auf 200 bis 250 Millionen Euro. Bei einer Einigung mit der EU-Kommission kann er auf eine finanzielle Förderung aus den Sondermitteln hoffen.“ ([Handelsblatt](#), 5.5.2023)

### Auf dem Weg in die Kriegswirtschaft?

Schon länger fordern namhafte Politiker wie der ehemalige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, [Wolfgang Ischinger](#), oder der Chef der konservativen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, [Manfred Weber](#), die Umstellung auf eine Kriegswirtschaft. Sicher ist die Europäische Union davon noch ein gutes Stück entfernt, gerade mit dem ASAP-Plan werden aber wichtige erste Versatzstücke – etwa die Neuausrichtung von Teilen der Produktion auf die Herstellung von Rüstungsgütern, die Umwidmung ziviler Fonds oder die Möglichkeit für Eingriffe in die Marktwirtschaft – vorgeschlagen, die deutlich in diese Richtung weisen. Und sind hier erst einmal die ersten Schritte getan, ist davon auszugehen, dass weitere folgen werden. Auch im ASAP-Plan missbraucht die Kommission

im Übrigen erneut rechtswidrig Artikel 173 AEUV als Kompetenzgrundlage für das neue Gesetz – das bedeutet, dass das Instrument ebenfalls in die Zuständigkeit der Industriepolitik gerückt wird. Dass er hier aber völlig falsch verortet ist, machen allein die Ausführungen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Vorstellung des ASAP-Gesetzesvorschlages mehr als deutlich: „Wir werden die rüstungsindustrielle Produktion von Munition in Europa hochfahren und beschleunigen. Dies wird dazu beitragen, mehr Munition für die Ukraine zu liefern, damit sie ihre Bürger verteidigen kann, und es wird auch unsere europäischen Verteidigungsfähigkeiten stärken. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten werden wir weitere 1 Milliarde Euro mobilisieren, um die Kapazitäten in ganz Europa zu erhöhen. Dies ist ein entscheidender Teil der strategischen Fähigkeit Europas, seine Interessen und Werte zu verteidigen und zur Erhaltung des Friedens auf unserem Kontinent beizutragen.“ ([Ursula von der Leyen](#), [Presseartikel](#), 3.5.2023)

Eindeutig stehen hier nicht industrielle, sondern militärische und strategische Erwägungen im Vordergrund. Wie nun schon mehrfach erwähnt, dürfen aber Maßnahmen, die vorrangig militärischen Zwecken dienen, eigentlich nicht aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Doch wer sich ohnehin zielstrebig in Richtung Kriegswirtschaft bewegt, dem dürften derlei rechtliche Feinheiten dann ohnehin auch vollends egal sein.

### Anmerkungen

- 1 Artikel 41, Absatz 2 EUV im Wortlaut: „Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Kapitels gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen und von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt.“
- 2 Das ging dann einem gestandenen rüstungsindustriellen Politiker wie Michael Gahler von der konservativen Europäischen Volkspartei doch zu weit: „Der Vorstoß der Kommission ist ein wichtiges Signal, dass wir die ‚Zeitenwende‘ nur gemeinsam bewältigen können. Deshalb müssen wir einerseits Maßnahmen auf der europäischen

Ebene bündeln, andererseits aber auch unser Regelwerk an die Krise anpassen. Da aber die europäische Bündelung von Aufträgen zu lange auf sich hat warten lassen, erscheinen Zwangsmaßnahmen der Kommission gegenüber der Industrie als überzogen.“ ([Henckel](#), [Ole: EU-Kommission plant Finanzspritze für Munitionshersteller](#), [Europäische Sicherheit und Technik](#), 5.5.2023)





# Militärhaushalt 2024

## Ausgaben auf dem Höhenflug – Bundeswehr auf Shopping-Tour

von Jürgen Wagner

Im alljährlichen Fingerhakeln um den kommenden Bundeshaushalt ist es in der Regel üblich, dass es im März zur Verabschiedung der Mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten vier Jahre kommt. Diesmal verschob Finanzminister Christian Lindner (FDP) allerdings die Veröffentlichung, nachdem sich die Regierung trotz langer und harter Verhandlungen nicht einigen konnte, wie eine Deckungslücke von 20 Mrd. € geschlossen werden sollte. Als Reaktion ging der Finanzminister noch einmal ans Reißbrett, über das vorläufige Ergebnis berichtete nun [Spiegel Online](#) am 16. Mai: „Alle Ministerien sollen ihren Beitrag leisten“, um die Etatlücke zu schließen. Lediglich ein Ressort werde „verschont“. Gemeint ist das Verteidigungsministerium (BMVg), dessen Haushalt – zusätzlich zum Sondervermögen – sogar noch weiter erhöht wird. Die Bundeswehr wiederum nutzt die Gelegenheit und geht seit einiger Zeit auf umfangreiche Einkaufstour, wodurch die Gelder des Sondervermögens rasch aufgebraucht sein dürften. Gleichzeitig explodieren die Kosten für Waffenlieferungen an die Ukraine, die nicht einmal als militärische Ausgaben verbucht werden. Der Anteil offizieller – besonders aber auch inoffizieller – Militärausgaben am Gesamthaushalt ist damit inzwischen immens – und das dafür aufgewendete Geld fehlt natürlich an anderen Stellen, wo es dringend benötigt wird.

### Kaputtgesparte Truppe?

Man hört es immer wieder und kann es eigentlich nicht mehr hören, die Aussage, die Bundeswehr sei in den letzten Jahrzehnten regelrecht kaputtgespart worden. Dem kann nicht oft und deutlich genug widersprochen werden. Tatsächlich stieg der offizielle Verteidigungshaushalt zwischen 2014 (32,44 Mrd. €) bis 2022 auf stolze 50,33 Mrd. € selbst inflationsbereinigt deutlich an. In diesem Jahr beläuft sich das offizielle Militärbudget zwar „nur“ auf 50,1 Mrd. €, es kommen aber nun erstmals relevante Gelder im Umfang von 8,5 Mrd. € aus dem Sondervermögen hinzu.



Trotz dieser Entwicklung diene die Legende von der chronisch unterfinanzierten Bundeswehr nicht nur zur Rechtfertigung des Sondervermögens von 100 Mrd. €, sondern sie wird von interessierten Kreisen auch aktuell gerne weiter bemüht, um noch höhere Ausgaben zu fordern. Die Wehrbeauftragte Eva Högl etwa geht schon seit einiger Zeit mit ihrer Forderung [hausieren](#), das Sondervermögen müsse auf 300 Mrd. € aufgestockt werden. Fast bescheiden wirkt dagegen die von der Union vor wenigen Tagen erneut [geforderte](#) Erhöhung des offiziellen Haushaltes um 10 Mrd. €, eine Summe, die auch von Verteidigungsminister Boris Pistorius immer wieder [ins Spiel gebracht](#) wurde.

Jetzt sollen es also „nur“ 3 Mrd. € mehr werden – das aber, während alle anderen Ressorts im Schnitt 2 bis 3 Prozent ihrer Ausgaben kürzen müssen. Und hinzu kommen dann noch die Gelder aus dem Sondervermögen von geschätzt mindestens 20 Mrd. €, sodass sich die Militärausgaben 2024 auf etwa 73 Mrd. € Euro belaufen werden. Eigentlich müssten hierzu übrigens dann auch noch die in den NATO-Kriterien versteckten militärrelevanten Beträge hinzugerechnet werden, die nicht Teil des offiziellen Haushalts oder des Sondervermögens sind (siehe unten).

Auch wenn die Jammerei über die zu geringen finanziellen Ressourcen mit Sicherheit auch jetzt noch weitergehen wird, hat sie also mit der Realität wenig zu tun. Wenn schon keine Bereitschaft existiert, sich grundsätzlich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob Militär und Aufrüstung nicht zu einem guten Teil zu der heutigen katastrophalen Lage mit beigetragen haben, so wäre es doch das Mindeste darüber nachzudenken, ob weitere Milliarden in das reichlich dysfunktionale Beschaffungswesen gesteckt werden sollen. Doch weit davon entfernt geht die Bundeswehr in jüngster Zeit verstärkt auf Einkaufstour und setzt alles Mögliche auf den Wunschzettel, das dann von den Parlamentarier\*innen im Haushalts- und Verteidigungsausschuss munter abgenickt wird. Während in den Jahren 2015 bis 2022 im Schnitt jährlich rund 27 sogenannte 25-Mio-Vorla-

gen eingebracht wurden, also größere Rüstungsprojekte, die noch einmal separat vom Haushalts- und Verteidigungsausschuss genehmigt werden müssen, [sollen es in diesem Jahr](#) wohl bis zu 70 werden.

### Bundeswehr auf Einkaufstour

Noch stärker als der Gesamtetat entwickelt sich der Bereich der Rüstungsinvestitionen (Rü-Invest), also der Teil des BMVg-Haushaltes, der allein für die Neuanschaffung von Rüstungsgütern vorgesehen ist. Er [stieg](#) von 4,4 Mrd. € (2017) auf 9,9 Mrd. € (2022) schon vor der sogenannten Zeitenwende deutlich an, nur um jetzt regelrecht zu explodieren, da die Gelder des Sondervermögens ja ausschließlich für diesen Bereich vorgesehen sind. In diesem Jahr sollen 17,73 Mrd. € in Rüstungsinvestitionen fließen, 2024 sind mindestens 22 Mrd. € vorgesehen.

Nachdem im Dezember 2022 bereits die ersten großen Rüstungsprojekte aus dem Sondervermögen bewilligt wurden, nimmt die Shoppingtour nun so richtig Fahrt auf. Da wäre zum Beispiel die Nachrüstung der restlichen 143 Schützenpanzer Puma auf den neuesten Rüstungsstand „S1“. Die wurde zwar zunächst einmal auf Eis gelegt, nachdem von den bereits aufgebohrten Pumas bei einer Übung im Dezember 2022 spektakuläre 18 der 18 eingesetzten Panzer [ausfielen](#). Nach einigem Getöse wurden die Gelder für die Nachrüstung der restlichen 143 Puma, immerhin 770 Mio. €, Ende April aber dann dennoch [freigegeben](#). Mehr noch: Am 10. Mai billigte der Haushaltsausschuss darüber hinaus die Anschaffung weiterer 50 Pumas für 1,5 Mrd. €, obwohl Zweifel an deren Einsatztauglichkeit durchaus



Ein Militärhubschrauber des Typs CH-47 Chinook transportiert eine Haubitze. Quelle: Flickr/ Fort Drum & 10th Mountain Division (LI).

berechtigt sind. Der Vertrag sieht zudem eine bis 2024 zu ziehende Option zur Anschaffung von insgesamt 229 Panzern vor, wodurch das Gesamtvolumen noch einmal deutlich steigen würde. Ebenfalls erst kürzlich nahmen die Beschaffungspläne eines Schweren Transporthubschraubers Gestalt an, dessen Bereitstellung von deutscher Seite her der NATO zugesagt wurde. Hierfür wurde schon vor einiger Zeit eine Entscheidung für die Anschaffung von 60 Boeing CH47F Chinook getroffen, die die alternden CH-53G Sikorsky ersetzen sollen. Dafür wurde bei den USA eine Zustimmung zum Verkauf („Foreign Military Sale“) eingeholt, die am 11. Mai erteilt wurde. Der Preis beträgt allerdings nicht mehr wie ursprünglich [geschätzt](#) 5 bis 6 Mrd. €, sondern ist inzwischen auf 7,8 Mrd. € [geklettert](#). Bereits im Oktober 2022 hatte der Bundesrechnungshof angemahnt, das Sondervermögen sei [hoffnungslos überplant](#), es seien also weit mehr Projekte vorgesehen, als sich daraus finanzieren ließen. Schon damals wurden als Reaktion einige Posten (z.B. die Nachfolge des Transportpanzers Fuchs) zeitlich nach hinten und budgetär in den „normalen“ Verteidigungshaushalt verschoben. Dies dürfte auch noch weiteren bislang im Sondervermögen verorteten Projekten blühen, da steigende Zinsen und Inflation sowie die deutlich höheren Kosten bereits angeschobener Vorhaben wie dem Transporthubschrauber das Sondervermögen sprengen. Allerdings ist auch im „normalen“ Verteidigungsbudget kaum Spielraum für zusätzliche Vorhaben, was dann wiederum genutzt wird, um auf weitere Erhöhungen zu drängen.

### Gelder für den Ukraine-Krieg

Weil vorhin die NATO-Kriterien erwähnt wurden: Was hier hinzugezählt wird, halten NATO und Bundesregierung [unter Verschluss](#). Immerhin [weist die NATO](#) aber einen Gesamtbetrag aus, der im Jahr 2022 mit 55,635 € rund 5,5 Mrd. € über den offiziellen Angaben lag. Dieser Betrag dürfte in den kommenden Jahren deutlich ansteigen, da mit einiger Sicherheit die nicht im Verteidigungshaushalt, sondern im Allgemeinen Haushalt verorteten Kosten für die Waffenlieferungen an die Ukraine unter die NATO-Kriterien fallen.

Der Wert für 2022 ist außerdem eine vorläufige Schätzung der NATO und es kann davon ausgegangen werden, dass hier die vollen zwei Mrd. Euro, die im Allgemeinen Haushalt für Waffenlieferungen an die Ukraine verwendet wurden, noch nicht oder allenfalls ansatzweise eingepreist waren. Für dieses Jahr waren ursprünglich 2,2 Mrd. € vorgesehen, die allerdings bereits Ende März auf 5,4 Mrd. € erhöht wurden. Für die kommenden Jahre wurden weitere 8,8 Mrd. € an „Verpflichtungsermächtigungen“ ausgelobt – was das



Quelle: IMI/Arno Neuber.

bedeutet, erläuterte [Spiegel Online](#): „Das Verteidigungsministerium kann also Verträge in der entsprechenden Höhe abschließen. Bisher war dafür nur eine Milliarde Euro eingeplant.“

Bezahlt wird mit diesem Geld auch der deutsche Beitrag von 25 Prozent an der „Europäischen Friedensfazilität“ (EFF). Ursprünglich sollten hierüber im Zeitraum zwischen 2021 und 2027 EU-Militäreinsätze und Waffen für „befreundete“ Akteure im Umfang von 5,7 Mrd. € [finanziert werden](#). Allein bis März 2023 wurden der EFF allerdings bereits 3,6 Mrd. € entnommen, weshalb der EU-Rat am 14. März 2023 eine Anhebung der EFF-Obergrenze [beschloss](#). Zunächst einmal ging es dabei um eine Erhöhung von 2,287 Mrd. € mit der die Gesamtsumme auf rund 8 Mrd. € kletterte. Allerdings wurde gleich auch noch festgehalten, dass dieser Betrag bei Bedarf noch einmal um 3,5 Mrd. € aufgestockt werden könnte. Und genau diese Option dürfte wohl auch bald gezogen werden, nachdem im April und Mai weitere zwei Mrd. Euro für Waffenlieferungen und länderübergreifende Neubeschaffungen losgeesert wurden und in Kürze wohl eine weitere Marge von 500 Mio. € freigegeben werden soll (was aktuell allerdings noch von Ungarn [blockiert](#) wird).

### Klartext statt Nebelkerzen

Zusätzlich zum rapide steigenden offiziellen Haushalt und der absurd hohen Summe des Sondervermögens, kommen also allein schon über die Waffenlieferungen an die Ukraine noch einmal etliche Milliarden an militärrelevanten Ausgaben hinzu. Angesichts dieser Beträge ist es endlich nötig, Klartext zu sprechen: Es

gibt keine chronisch kaputtgesparte Bundeswehr, nur eine an Falschmeldungen grenzende Berichterstattung; es gibt auch kein Sondervermögen, sondern nur Sonderschulden, die spätestens ab 2031 mit Zinsen zurückbezahlt werden müssen; und auch stets von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als Zielmarke des Verteidigungshaushaltes zu sprechen, ist grob irreführend - ein Rechenbeispiel: Bleibt es bei den aktuellen [April-Prognosen](#) des IWF für das Jahr 2023, so wären 2-Prozent des BIP rund 81 Mrd. € was bei einem Gesamthaushalt von 476 Mrd. € rund 17 Prozent des gesamten Haushaltes ausmachen würde. Oder in Ministerien ausgedrückt: Das Verteidigungsministerium hätte in etwa so viel Geld zur Verfügung wie Gesundheit (24,48 Mrd. €), Bildung (21,46 Mrd. €), Klima (14,57 Mrd. €), Entwicklung (12,15 Mrd. €) und Auswärtiges (7,47 Mrd. €) zusammen. Nun werden die 2 Prozent in diesem Jahr trotz Sondervermögen und NATO-Kriterien trotz krasser Steigerungen bei weitem noch nicht erreicht – Aussagen zufolge soll dies aber im kommenden Jahr der Fall sein. Angesichts dessen wäre es das Mindeste, es würde der Bevölkerung endlich reinen Wein über die Dimensionen eingeschenkt, in denen derzeit Gelder ins Militär umgeleitet werden, anstatt hier eine begriffliche Nebelkerze nach der anderen zu zünden.

# Schöne Verpackung

Leitlinie „feministische Außenpolitik“ – oder die Quadratur des Kreises

von Jacqueline Andres und Yasmina Dahm

Als „feministisch“ versteht sich die Außenpolitik des Auswärtigen Amtes (AA) aufgrund dreier oberflächlicher „R“-Alliterationen: Rechte, Repräsentanz und Ressourcen. Zu den Rechten heißt es: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit geachtet und gefördert werden“. Dieser Absicht widersprechen beispielsweise die bewusst in Kauf genommenen offenkundigen tagtäglichen Frauenrechtsverletzungen in den EU-finanzierten Folterlagern in Libyen, also Haftanstalten für Flüchtlinge unter der Kontrolle der Küstenwache und anderer staatlicher Einrichtungen. Das zweite „R“ steht für Repräsentanz: Hierbei geht es um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen\* in allen Gesellschaftsbereichen, unter anderem durch die Stärkung der Repräsentanz von Frauen\* und marginalisierten Gruppen in der Außenpolitik. Doch mehr Botschafterinnen machen die zu übermittelnden Botschaften und Ziele des AA noch lange nicht feministisch. Das dritte „R“ steht für Ressourcen: Frauen\* und marginalisierte Gruppen sollen den gleichen Zugang zu finanziellen, personellen und natürlichen Ressourcen bis zu immateriellen Ressourcen haben, so der fast utopisch anmutende Anspruch.

## Perfide Ablenkungstaktik

Dazu soll das „gender budgeting“ auf alle Projektmittel des AA ausgeweitet werden – das heißt, Projektförderungen berücksichtigen die Bedürfnisse der Frauen\*. Es bleibt eine perfide Ablenkungstaktik, bedenken wir die Selbstbestimmungsrechte der Frauen\* in der von Marokko besetzten Westsahara, die Außenministerin Annalena Baerbock für Wasserstoff und Phosphat verriet. Oder bedenken wir die Frauen\* in den Dörfern Guineas, die durch die Ausweitung einer Bauxitmine – unterstützt durch Kreditgarantien der Bundesregierung – ihr Zuhause, die fruchtbaren Böden und ihre Gemeinschaft verlieren.

Es stellen sich die Fragen: Kann die Außenpolitik eines imperialen Nationalstaats, der sich für eine Durchset-

zung der „nationalen Interessen“ gegen die Interessen der im gleichen Atemzug konstruierten „Anderen“ einsetzt, überhaupt feministisch sein? Kann sich in der Praxis von Ländern wie Schweden, Mexiko und Kanada, die immerhin seit einigen Jahren offiziell eine »feministische Außenpolitik« betreiben, oder auch der BRD, ein Beispiel konkreter Außenpolitik finden, das sich tatsächlich als „feministisch“ bezeichnen lässt? Ein kurzer Blick auf die Praxis deutscher Außenpolitik macht deutlich, dass Euphemismen wie „wertebasiert“ oder „feministisch“ in diesem Kontext nur als zynisch verstanden werden können.

Deutsche Außenpolitik umfasst asymmetrische Freihandelsabkommen mit den sogenannten AKP-Staaten, Land Grabbing, Ocean Grabbing, eine menschenverachtende EU-Migrationspolitik und deutsche Waffenexporte in Krisengebiete – eine solche Politik zerstört lokale Märkte, vertreibt Menschen gewaltvoll aus ihrem Zuhause und führt zu Hunger und Tod. Die malische Schriftstellerin Aminata Traoré kritisiert dies: „Europa schickt uns seine Hühnerbeine, seine Gebrauchtwagen, seine abgelaufenen Medikamente und seine ausgelatschten Schuhe. Und weil eure Reste unsere Märkte überschwemmen, gehen unsere Bauern und Handwerker unter.“

## Gewaltsame Vertreibungen

Auch die sogenannte Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft investierte in der Vergangenheit immer wieder aktiv in Agrarkonzerne, die Menschen von gewohnheitsrechtlich oder gemeinschaftlich genutzten Flächen gewaltsam vertrieben. „Die vermeintlich wertegeleitete Außenpolitik ist nur die schöne Verpackung einer imperialen Strategie, die im Wettbewerb mit anderen Mächten steht und auf die Unterordnung, beziehungsweise Verwertung anderer Gesellschaften im Interesse des ‚Standortes Deutschland‘ zielt“, so die Linken-Politikerin Katja Kipping in ihrem im Jahr 2016 erschienenen Buch „Wer flüchtet schon freiwillig“.





Aktivist\*innen plakatierten im April 2023 Poster an das Abgeordnetenbüro der Grünen-Politikerin Petra Olschowski in Stuttgart, auf denen die Frage gestellt wird: „Ist das feministisch?“. In ihrer Erklärung kritisieren sie die Außenpolitik der Bundesregierung scharf: „Es gab und gibt keine Krieg der Herrschenden im Namen von Menschen- und Frauenrechten – weder in der Ukraine noch in Afghanistan. Waffenlieferungen, Sanktionen und die Erweiterung kapitalistischer Interessen, Ausbeutung und Konkurrenz haben nichts mit Feminismus zu tun!“ Quelle: de.indymedia.org.

Auch afghanische Feminist\*innen der Organisation RAWA sahen schon früh die katastrophalen Folgen der sich mit „feministischen“ Ambitionen schmückenden Kriegspolitik der NATO voraus. So warnen Aktivist\*innen zu Recht schon seit Oktober 2001 davor, dass die „Intervention demokratische Entwicklungen im Land verhindern, den Islamismus in der Region stärken und in einer humanitären Katastrophe enden“ würde. Besonders die enge Zusammenarbeit der deutschen Außenpolitik mit der autokratisch regierten Türkei, die im Mai 2021 aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen\* und Mädchen vor sexualisierter und häuslicher Gewalt austrat und die immer wieder die nach den Prinzipien der Basisdemokratie, Ökologie und Frauenbefreiung autonom verwalteten kurdischen Gebiete bombardiert, hebt die Leere des instrumentalisierten Feminismusbegriffes hervor. Die Außenpolitik der BRD basiert auf Ausbeutung der Natur und der Menschen und wird einer erheblichen Militarisierung unterzogen. Damit könnte sie kaum weiter davon entfernt sein, den Kapitalismus, Rassismus, Militarismus und Sexismus zu überwinden und davon wegzukommen, dass Gewalt zum Erreichen sozialer Kontrolle eingesetzt wird.

Im März 2023 veröffentlichte das Auswärtige Amt (AA) Leitlinien für eine „feministische Außenpolitik“. Feminismus bedeutete für die im Dezember 2021 verstorbene US-Literaturwissenschaftlerin bell hooks „eine Bewegung gegen Sexismus, sexistische Gewalt und Ausbeutung“. Für hooks wirken Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus zusammen, da wir in einem „imperialistischen, kapitalistischen Patriarchat weißer Vorherrschaft“ leben. Eine solch grundlegende Analyse findet sich in den Leitlinien nicht. Sogar Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet widersprechen dem „Feminismus“ des AA nicht – eine „feministische Außenpolitik“ sei nicht gleichbedeutend mit Pazifismus, denn Russlands Krieg in der Ukraine zeige, dass Menschenleben auch mit militärischen Mitteln „geschützt“ werden müssten.

Marginalie

# Sozialdemokratische Zeitenwende

SPD-Grundsatzpapier fordert eine „militärische Führungsrolle“ zum „Schutz“ der „regelbasierten Ordnung“

von Jürgen Wagner

Obwohl man aus der SPD durchaus auch kernige Sätze in Sachen Friedens- oder besser Militärpolitik gewohnt ist, kann sie derzeit zweifellos als die vernünftigste Regierungspartei betrachtet werden (auch wenn es dafür nicht sonderlich viel braucht). Doch auch hier scheinen die Militaristen, allen voran Parteichef Lars Klingbeil, immer weiter die Oberhand zu gewinnen. Als jüngster „Beweis“ hierfür dient das Ende Januar 2023 erschienene Papier „Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch“ (SAWU), in dem kaum ein machtpolitisch-militärischer Stein auf dem anderen bleibt.

Die Verteidigung der „regelbasierten Ordnung“ erfordere eine militärische Führungsrolle Deutschlands in der Welt, gestützt auf ein „geopolitisch selbstbewusstes Europa“, um in der „Systemrivalität“ mit China und insbesondere Russland bestehen zu können – und selbstredend müssten derlei Ambitionen dann auch mit den entsprechenden finanziellen Ressourcen unterfüttert werden. Das Papier greift damit nahezu inhaltsgleich eine Programmatik auf, die bereits vor über zehn Jahren im Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ entworfen wurde. Ihr Ziel ist es, deutsche Großmachtphantasien wahr werden zu lassen, was bislang aber – auch aufgrund von Widerstand in Teilen der SPD – nur in Ansätzen realisiert werden konnte.

Das unter Beteiligung der „Parteilinken“ erstellte Papier will somit nicht weniger als die Grundlage für eine „Neuausrichtung sozialdemokratischer internationaler Politik“ liefern. Viele SPD-Mitglieder dürften allerdings den dort formulierten militärischen Führungsansprüchen mit Skepsis begegnen – und es steht zu hoffen, dass sie die Zeit bis zur beabsichtigten Verabschiedung des Papiers nutzen, um diese Skepsis lautstark zu äußern: „In dem Entwurf der ‚Internationalen Kommission‘, der in den kommenden Monaten in den Landesverbänden und SPD-Bezirken auf vielen Veranstaltungen zur Debatte gestellt und auch mit sozialdemokratischen Schwesterparteien in Europa diskutiert werden soll, steckt die sozialdemokratische Zeitenwende.“<sup>1</sup>

## Vorläufer: Neue Macht – Neue Verantwortung

Wie erwähnt, dockt das SPD-Papier an ein Gedankengebäude an, mit dessen Errichtung bereits vor ziemlich genau zehn Jahren begonnen wurde: Empört durch die deutsche Nicht-Beteiligung am Libyen-Krieg 2011, wurde damals unter Leitung der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und des „German Marshall Fund“ eine Kommission mit rund 50 Mitgliedern des sicherheitspolitischen Establishments im Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ versammelt. Zwischen November 2012 und September 2013, dem Zeitpunkt, an dem das abschließende Papier veröffentlicht wurde, versuchten sie sich an nicht weniger als an einer „neuen Definition deutscher Staatsziele“.<sup>2</sup>

Im Kern wurde dabei das folgende Interessensbündel formuliert, das sich fortan als prägend für die gesamte sicherheitspolitische Debatte erweisen sollte: Erstens strebt Deutschland eine Weltmachtposition an, ist aber auch bereit, hierfür größere militärische Beiträge zum „Schutz“ von Kernstrukturen der Weltwirtschaftsordnung („regelbasierte Ordnung“) beizusteuern; hierfür ist es zweitens zwingend auf die Europäische Union als Kraftverstärker angewiesen, in der sie ebenfalls eine Führungsposition beansprucht; drittens wird dem Bündnis mit den USA weiter klar der Vorzug gegenüber anderen denkbaren Konstellationen gegeben, aber nur bei einer Aufwertung des eigenen Einflusses; und viertens können all diese Führungsansprüche und Ambitionen nur auf Grundlage einer hochgerüsteten Armee mitsamt einer starken heimischen (und teils europäisierten) Rüstungsindustrie erreicht werden (siehe Kasten).<sup>3</sup>

Vor diesem Hintergrund war es zumindest aus Sicht der Autor\*innen des Papiers naheliegend, die in Deutschland scheinbar bis dato dominierende Kultur der militärischen Zurückhaltung endlich ad acta zu legen, da es sich dabei um eine falsche Lehre aus der Geschichte gehandelt habe. Stattdessen müsse Deutschland entsprechend seiner Rolle als wirtschaftliche Großmacht

auch mehr außenpolitische „Verantwortung“ übernehmen. Es gelte demzufolge selbstbewusst eine – explizit auch militärische – Führungsrolle zu übernehmen, so die damalige Kernforderung: „Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen. [...] Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu. [...] Das verlangt mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung.“

Popularisiert wurden diese Passagen dann durch die Auftritte der damaligen Spitzenpolitiker\*innen Ursula von der Leyen (Verteidigungsministerin), Frank-Walter Steinmeier (Außenminister) und vor allem von Joachim Gauck (Bundespräsident) bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014. Nahezu wortgleich wiederholten sie dort die zuvor von einem Querschnitt der deutschen Eliten aufgestellten Forderungen und prägten damit maßgeblich die kommenden Debatten über Deutschlands Rolle in der Welt. Deutschland sei „zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“, äußerte sich Steinmeier.<sup>4</sup> Ähnlich argumentierte von der Leyen, Deutschland habe „eine Verantwortung“, sich zu „engagieren“ sofern es über die erforderlichen „Mittel und Fähigkeiten“ verfüge.<sup>5</sup> Und schließlich sang auch der damalige Bundespräsident Joachim Gauck, dessen Redenschreiber Thomas

Kleine-Brockhoff zuvor als Leiter des „German Marshall Fund“ am Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ teilgenommen hatte, vom selben Blatt: Die „Beschwörung des Altbekanntes“ werde künftig „nicht ausreichen“, so Gauck, der gleich die rhetorische Frage nachschob, ob Deutschland „seinem Gewicht entsprechend“ agiere.<sup>6</sup>

Die nahezu zeitgleiche erste Eskalation in der Ukraine lieferte dann den Anlass, um die neuen militärischen Führungsansprüche umgehend umzusetzen. Schnell übernahm Deutschland eine Führungsrolle bei der Aufstellung neuer NATO-Großverbände und legte mit der Agenda Rüstung auch den Grundstein für die lange vor der Zeitenwende schon sprunghaft steigenden Rüstungshaushalte. Allerdings, darin waren sich die meisten Befürworter militärischer Führungsansprüche einig, war in den Jahren 2014 bis 2022 zwar viel erreicht worden, von einer Umsetzung des „Münchener Konsenses“ war man aber dennoch noch ein gutes Stück entfernt – und zwar auch, weil es demgegenüber innerhalb der SPD noch relevanten Widerstand gab.<sup>7</sup>

#### **Vordenker: Lars Klingbeil**

Eine zentrale Rolle bei der Militarisierung der SPD spielt derzeit SPD-Co-Chef Lars Klingbeil, der vor 20 Jahren noch Artikel in der militärkritischen Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ schrieb<sup>8</sup> –heute attestiert ihm die Welt, er sei „Einer der wenigen Sozialdemokraten ohne Igit-Reflex bei der Bundeswehr“.<sup>9</sup> Schon länger hatte es sich Klingbeil auf die Fahnen geschrieben, die sozialdemokratische Außen- und Militärpolitik



SPD-Vordenker Lars Klingbeil mit neuem Parteilogo. Quelle: SPD Schleswig-Holstein.



zu „reformieren“, ein Ziel, dem der russische Angriff auf die Ukraine dann den erforderlichen Rückenwind verlieh: „Als der 44-jährige Sohn eines Bundeswehr-Soldaten im Dezember 2021 das ‚schönste Amt neben dem Papst‘ (Franz Müntefering) übernahm, hatte er bereits angekündigt, die Bereiche Internationales und Verteidigung neu sortieren und aufstellen zu wollen. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde der selbst verordnete Auftrag, mit der bisherigen Parteilinie kritisch ins Gericht zu gehen, unausweichlich.“<sup>10</sup>

Erstmals laut vernehmbar schaltete sich Klingbeil dann im Juni 2022 mit einer Grundsatzrede in die Debatte um die „Substanz“ einer künftigen „Zeitenwende-Politik“ der SPD ein: „Die Zeitenwende ist ein epochaler Umbruch. [...] Europa muss als geopolitischer Akteur mehr Gewicht bekommen. [...] Jetzt [ist] der richtige Moment, um endlich eine europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik voranzutreiben. [...] Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem. [...] Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben. [...] Man hatte fast den Eindruck, manche dachten, je weniger Bundeswehr es gibt, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Das Gegenteil ist der Fall. [...] Friedenspolitik bedeutet für mich, auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen. [...] Ich vermute, einige sind jetzt alarmiert.“<sup>11</sup>

Damit waren die Versatzstücke geliefert, die dann wenige Monate später in das SPD-Grundsatzpapier einfließen sollten.<sup>12</sup>

### **Vorlage: SPD-Kommissionspapier**

Vorgelegt wurde das von der Kommission Internationale Politik der SPD<sup>13</sup> angefertigte Papier „Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch“ am 23. Januar 2023 durch Lars Klingbeil. Bei diesem Anlass gab er gleich auch noch zu Protokoll, dass zwischen das Dokument und den Kanzler kaum ein Blatt Papier passe: „Wenn ich den Bundeskanzler gerade richtig im Präsidium verstanden habe, dann findet er das Papier ganz gut“, so Klingbeil. „Und das ist für einen Hanseaten ja schon mal ein großes Kompliment.“<sup>14</sup> Wie bereits angedeutet, durchzieht der bereits mit dem Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ ausgelegte Argumentesteppich auch das SPD-Kommissionspapier wie ein roter Faden. Zuhäuf finden sich weitestgehend sinn- und oft sogar exakt wortgleiche Formulierungen – beispielsweise schaffen es die Begriffe „Führung“ (15 Mal) und „Verantwortung“ (16 Mal) nahezu auf jeder der 21 Seiten des Papiers aufzutreten.

**US-Krise als Chance:** Die Erosion der US-Vorherrschaft ist auch aus Sicht der SPD nicht mehr aufzuhalten, die Welt sei „im Umbruch“, die „Zeiten uni- oder bipolarer Ordnung“ seien endgültig „vorbei“ (SAWU 2023: S. 2). Dennoch wären die Beziehungen zu den USA „zentral für die europäischen und deutschen Außenbeziehungen“, denn vor allem in der Ukraine „schreiten Europa und die USA im engen Schulterschluss voran.“ (SAWU 2023: S. 15) Perspektivisch allerdings würden sich „die USA strategisch und sicherheitspolitisch zunehmend dem indopazifischen Raum zu[wenden].“ (ebd.) Diese Konstellation wird jedoch durchaus auch als Chance begriffen, nämlich für den über Europa vermittelten Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht – pardon: Führungsmacht. Größere militärische Beiträge sollen dabei eine Neuverteilung der transatlantischen Machtverteilung zugunsten Deutschlands bewirken: „Um die transatlantischen Beziehungen zu einer echten Führungs- und Verantwortungspartnerschaft weiterzuentwickeln, wird Deutschland in Europa mehr Verantwortung übernehmen. Wir wollen, dass Europa verteidigungspolitisch stärker auf eigenen Füßen steht und einen größeren Anteil der Aufgaben übernimmt und eigene Fähigkeiten fortentwickelt.“ (ebd.)

**Europa als Kraftverstärker:** Allein auf sich gestellt, wäre das machtpolitische Potenzial zur Umsetzung der ambitionierten Agenda aber nicht ausreichend, hierfür braucht es die anderen EU-Länder als Kraftverstärker – unter deutscher Führung, versteht sich: „Deutschland profitiert von einem starken Europa. Nur aus einem starken Europa heraus können wir uns global für unsere Werte und Interessen einsetzen – alleine sind wir zu klein, um Einfluss auszuüben. Daher ist es in unserem ureigenen Interesse, eine Führungsrolle bei der Stärkung Europas als attraktives Zentrum einzunehmen.“ (SAWU: S. 7) Schließlich liege die „Attraktivität eines geopolitisch denkenden Europas“ für andere Staaten auf der Hand. Hierfür sei es aber erforderlich, dass die „Zeitenwende“ sich als „Katalysator einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ erweisen werde.

**Hauptgegner Russland:** Was die Gegner angeht, wird es wenig überraschen, dass Russland hier an erster Stelle genannt wird. Der „revisionistische und imperialistische“ Charakter der russischen Politik zwingt zu einer Neubewertung. Mag man mit dieser Einschätzung eventuell sogar noch mitgehen, trifft dies für die Schlussfolgerungen sicher nicht mehr zu. Wie in einem später von SPD-Chef Lars Klingbeil vorgelegten Papier zur neuen SPD-Ostpolitik,<sup>15</sup> wird auch schon hier jedem Versuch einer künftigen Annäherungspolitik auf unabsehbare Zeit eine klare Absage erteilt: „Das wird erst dann funktionieren, wenn auch Russland wieder ein Inter-



Quelle: IMI/Arno Neuber.

esse daran hat und Grundprinzipien der regelbasierten Ordnung anerkennt. Klar ist: Solange sich in Russland nichts fundamental ändert, wird die Sicherheit Europas vor Russland organisiert werden müssen.“ (SAWU: S. 17)<sup>16</sup> Im Kern verabschiedet sich die Partei damit endgültig von der Ostpolitik Brandtscher Prägung: „Klarer kann man sich von der eigenen Russland-Politik der Vergangenheit kaum distanzieren“, fasste die Stuttgarter Zeitung die diesbezüglichen Passagen zusammen.<sup>17</sup>

**China:** Systemrivale: Wenn auch mit einem etwas vorsichtigeren Zungenschlag, bekommt China in dem SPD-Papier ebenfalls sein Fett weg. Nötig sei es, zu einer „kritischeren Bewertung“ Chinas zu kommen, schließlich sei das Land „unter Xi Jinping eine Globalmacht“ geworden, deren Ziel es sei, „die Weltpolitik in ihrem Sinne zu formen.“ (SAWU 2023: S. 18) Hier dürfte der Hase im Pfeffer liegen: China ist inzwischen nicht nur willens, sondern machtpolitisch auch dazu in der Lage, die internationale Machtarchitektur zu seinen Gunsten zu verschieben. Es unterscheidet sich mit seinem staatskapitalistischen Ansatz deutlich von den hiesigen ordnungspolitischen Präferenzen (daher auch die Bevorzugung eines Bündnisses mit den USA), was den Kern der aktuell so viel beschworenen „Systemrivalität“ ausmacht: „Schließlich hat sich China unter Xi Jinping zu einem Systemrivalen gewandelt. Mit seinem Streben nach wirtschaftlicher und militärischer Dominanz im indopazifischen Raum, der Ausweitung seines politischen und wirtschaftlichen Einflusses im Globalen Süden und seiner Kritik an den Regeln und Grundsätzen der internationalen Ordnung arbeitet China an einem Umbau des internationalen Systems zu seinen Gunsten.“ (SAWU 2023: S. 16)

**Kampf um die regelbasierte Ordnung:** Wer also an den „Regeln und Grundsätzen der internationalen Ordnung“ rüttelt, der gerät ins Visier der Sozialdemokratie. Das SPD-Papier versucht dabei zwar, den Kern der aktuellen Auseinandersetzungen auf einen Konflikt zwischen Autokratien und Demokratien zu reduzieren, faktisch geht es aber vor allem darum, wer künftig welche wirtschafts-, sicherheits- und machtpolitischen Regeln aufstellen kann und wird. Interessant ist, dass nicht einmal klar ist, was eigentlich genau mit der viel beschworenen „regelbasierten Ordnung“ überhaupt gemeint ist.<sup>18</sup> Am ehesten lässt sich wohl sagen, dass es sich dabei um die Vorschriften handelt, die vom Westen zu einem bestimmten Zeitpunkt als bindend deklariert werden, um seine Vorherrschaft zu zementieren, an die er sich aber selbst nur bedingt gebunden fühlt, sollten sie seinen Interessen zuwiderlaufen. Für China und Russland ist es deshalb völlig klar, dass es sich hier um einen Kampfbegriff handelt. So dokumentierte die Weltwoche Ende März 2023 den übersetzten Bericht „Die Hegemonie der USA und ihre Gefahren“ der chinesischen Regierung, der laut Antext „auf dem Regierungsamtlichen Sender CGTN“ publiziert wurde: „Seitdem die Vereinigten Staaten nach den beiden Weltkriegen und dem Kalten Krieg zum mächtigsten Land der Welt geworden sind, haben sie sich immer dreister in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingemischt, ihre Hegemonie angestrebt, aufrechterhalten und missbraucht, Subversion und Infiltration vorangetrieben und vorsätzlich Kriege geführt, die der internationalen Gemeinschaft Schaden zufügen. [...] Die Vereinigten Staaten versuchen seit langem, im Namen der Förderung von Demokratie und Men-

„Die Umwälzungen in Deutschlands strategischem Umfeld – in der Europa- und der Sicherheitspolitik, im Umgang mit neuen Mächten und bei der Erneuerung der globalen Ordnung – verlangen eine neue Definition deutscher Staatsziele.“

**Führungsmacht:** „Noch ist Deutschland eine Gestaltungsmacht im Wartestand. [...] Gefragt sind mehr Gestaltungswillen, Ideen und Initiativen. Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen.“

**Regelbasierte Ordnung:** „Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen. [...] Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Weltordnung, die sie möglich macht. Gleichzeitig ist Deutschland aber auch besonders abhängig vom Funktionieren dieser Ordnung. Es ist damit auf besondere Weise verwundbar und anfällig für die Folgen von Störungen im System.“

**Europa als Kraftverstärker:** „Erst die wirtschaftliche und politische Integration hat den Staaten Europas im Verbund das internationale Gewicht verliehen, das auch die Großen des Kontinents allein nicht mehr auf die Waagschale bringen; und ohne Fortentwicklung dieses Projekts wird Europa die Herausforderung der Globalisierung nicht bestehen.“

„Seine Geschichte, seine Lage, aber noch mehr seine gegenwärtige wirtschaftliche Stärke und sein neues geopolitisches Gewicht geben ihm zugleich eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Fortentwicklung der Europäischen Union. Deutschland wird hier öfter und entschiedener führen müssen;“

„Es ist aber gerade die politische Integration – samt GASP und GSVP – die den Staaten Europas internationales Gewicht verleiht. Deutschland muss daher auch hier seine neue Verantwortung einsetzen, um der GSVP zu neuem Elan zu verhelfen. Aussicht auf Erfolg besteht dabei nur, wenn eine solche Initiative an die Entwicklung konkreter ziviler wie militärischer Fähigkeiten gekoppelt wird.“

**Mitstreiter:** USA: „Bei den meisten zentralen Themen – Frieden und Sicherheit, regelbasierte globale Ordnung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, funktionierende Märkte, Energie- und Rohstoffsicherheit, Umwelt- und Klimaschutz, menschliche Entwicklung – zeigt ein Vergleich der deutschen Positionen mit denen bewährter europäischer und transatlantischer Partner weitgehende Übereinstimmung, trotz Abweichungen im Einzelfall.“

„Doch die USA signalisieren – im Bewusstsein geschrumpfter materieller Ressourcen – deutlich, dass Amerikas Engagement in der Welt künftig selektiver und sein Anspruch an Partner entsprechend höher sein wird. Vor allem für Europa und Deutschland bedeutet dies einen großen Zuwachs an Aufgaben und Verantwortung. [...] Europa und Deutschland müssen daher Formate für NATO-Operationen entwickeln, bei denen sie weniger auf US-Hilfe angewiesen sind. Das verlangt mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung.“

**Herausforderer:** China und Russland: „Deshalb wird es in Deutschlands Beziehungen zu den neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren der Welt unweigerlich auch zu Konkurrenz und Konflikten kommen: um Einfluss, um den Zugang zu Ressourcen, aber auch um die Architektur der internationalen Ordnung sowie um die Geltung der Normen, die ihr zugrunde liegen. [...] Manche Herausfordererstaaten könnten in diesem Prozess zu echten Partnern für Deutschland werden; vorstellbar ist aber auch, dass manche sich für die Konfrontation entscheiden.“ (*Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch*, Stiftung Wissenschaft und Politik / German Marshall Fund, September 2013)



schenrechten andere Länder und die Weltordnung nach ihren eigenen Werten und ihrem politischen System zu formen. [...] Sie sind selektiv mit internationalem Recht und internationalen Regeln umgegangen, haben sie je nach Bedarf genutzt oder verworfen und versucht, im Namen der Aufrechterhaltung einer ‚regelbasierten internationalen Ordnung‘ Regeln durchzusetzen, die ihren eigenen Interessen dienen.“<sup>19</sup>

**Militärische Führungsansprüche:** Obwohl die bestehende „regelbasierte Ordnung“ zutiefst ungerecht ist und zur Folge hat, dass immer mehr Länder „ihre Erwartungen nicht erfüllt sehen“, ist das SPD-Pamphlet im Endeffekt ein einziges langes Plädoyer für ihre militärische Absicherung. Und selbstredend soll Deutschland hierbei eine Führungsrolle spielen, schließlich handele es sich hier um die beste denkbare Ordnung – für Deutschland jedenfalls: „Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von einer regelbasierten internationalen Ordnung und einer globalisierten und vernetzten Welt. Deshalb kann Deutschland glaubhaft eine Führungsrolle einnehmen, um diese Grundsätze zu verteidigen.“ (SAWU 2023: S. 7)

Naheliegenderweise meint man hierfür einen gewaltigen Militärapparat zu benötigen: „Die eigene Stärke ist eine Grundvoraussetzung für Frieden und den Einsatz für eine regelbasierte Ordnung. Dazu gehören starke Institutionen und eine resiliente und attraktive Wirtschaft und Gesellschaft. [...] Die eigene Stärke definiert sich aber auch über militärische Fähigkeiten, die das Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen glaubhaft absichern.“ (SAWU: S. 5) Dies mündet dann in Sätze, in denen nicht einmal mehr versucht wird, das Bestreben zur militärischen Durchsetzung der eigenen Interessen moralisch zu bemängeln - nebst der Ankündigung, auch das hierfür für notwendig erachtete Geld loszueisen: „Die Bundeswehr leistet einen essenziellen Beitrag zu den Fähigkeiten von EU und NATO. Sie muss so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben jeder Zeit vollumfänglich erfüllen kann. Mit dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro stellen wir die Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe und zur weiteren Modernisierung unserer Streitkräfte bereit. [...] Wir übernehmen mehr Verantwortung für die Durchsetzung unserer gemeinsamen Interessen im Sinne einer wertebasierten Friedensordnung. Dies beinhaltet Führung auf Augenhöhe auch in militärischen Fragen. Mit der Erreichung der 2 Prozent des BIP [für das Militärbudget], mit dem gemeinsamen Aufbau wirkungsvoller Fähigkeiten machen wir deutlich, dass sich unsere Bündnispartner auf Deutschland verlassen können.“ (ebd.)

## Fazit

Während die sogenannte „Zeitenwende“ in Form der Grundsatzrede von SPD-Kanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 noch ohne Absprache mit der Fraktion oder gar der Parteilinken gehalten wurde, wurden diese in das Kommissionspapier augenscheinlich mit einbezogen: „Offenbar haben Parteilinke zum Beispiel dafür gesorgt, dass der Begriff Führungsmacht aus dem Papier verschwunden ist und durch Führungsrolle ersetzt wurde.“<sup>20</sup> Wenn das der Handel war, für den sich die Parteilinke hinter dieses Machwerk geschmisst hat, hat sie sich wirklich für einen Schleuderpreis verkauft. Postwendend gab es hierfür denn auch aus zweifelhaften Ecken Lob, zum Beispiel von der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Früher war die SPD-Linke gegen Rüstung, gegen mehr Geld für die Bundeswehr und gegen Amerika. Nun stellt sich selbst die Parlamentarische Linke nicht gegen die Zeitenwende. [...] Schaut man sich die jüngsten außenpolitischen Papiere der SPD an, so wird klar, wie einschneidend die Umorientierung der Partei ist.“<sup>21</sup>

Die SPD ist damit nun auf dem schlechtesten Wege, sich endgültig eine Programmatik zu eigen zu machen, die vor etwa 10 Jahren im Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ ausgeheckt wurde. Umfragen ergeben allerdings, dass eine Mehrheit der Bevölkerung mit derlei nassforsch artikulierten militärischen Führungsansprüchen nichts anfangen kann<sup>22</sup> und es ist auch überaus fraglich, ob eine Mehrheit der SPD-Mitglieder diesen Weg beschreiten möchte. Angesichts des grundlegenden Charakters dieses Papiers wäre es deshalb wünschenswert, wenn sich diejenigen, die dies nicht möchten, in den nun anstehenden Debatten bis zur geplanten beabsichtigten Verabschiedung im Dezember 2023 lautstark Gehör verschaffen würden.

## Anmerkungen

- 1 Malzahn, Claus Christian: So kloppt die SPD den „Wandel durch Handel“ in die Tonne, [Die Welt](#), 23.1.2023.
- 2 [Neue Macht – Neue Verantwortung](#). Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Stiftung Wissenschaft und Politik / German Marshall Fund, September 2013.
- 3 Siehe für eine Analyse des Papiers u.a. Deppe, Frank: Imperialer Realismus: Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „Neuer Verantwortung“, Hamburg 2014; Kronauer, Jörg: Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen, Köln 2015; Wagner, Jürgen: Deutschlands (neue) Großmachtambitionen, [IMI-Studie](#) 2015/02.
- 4 Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz [München](#), 1.2.2014.



- 5 Rede der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, [München](#), 31.1.2014.
- 6 Gauck, Joachim: „Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen“, [München](#), 31.1.2014.
- 7 Siehe ausführlich Wagner, Jürgen: Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung, Köln 2022, Kapitel 6.
- 8 Siehe zB Klingbeil, Lars/Schäfer, Paul: Neues vom Aufbau der EU-Militärunion. in: Wissenschaft & Frieden 2001/3.
- 9 Exner, Ulrich: Einer der wenigen Sozialdemokraten ohne Igitt-Reflex bei der Bundeswehr, [Die Welt](#), 3.11.2021.
- 10 [Die Welt](#), 23.1.2023.
- 11 Klingbeil, Lars: Zeitenwende-Rede von Lars Klingbeil. Die Sozialdemokratie hat die Chance, Europa zu prägen, [vorwärts](#), 21.6.2022.
- 12 Da sie nicht mehr im Amt ist, hier nur in der Fußnote, erwähnenswert ist es aber dennoch, dass Christine Lambrecht im September 2022 als SPD-Verteidigungsministerin eine Rede mit ganz ähnlicher Stoßrichtung vom Stapel ließ. Man sei ein „anderes Land“, habe ein „anderes Selbstvertrauen“, deshalb benötige man ein neues „Rollenverständnis“, was beinhalte, „größere Verantwortung, auch militärisch“ zu übernehmen: „Kurz gesagt, was oft als Führungsmacht bezeichnet wird.“ (Grundsatzrede der Verteidigungsministerin zur Nationalen Sicherheitsstrategie Veröffentlichungsdatum, [bmvg.de](#), 12.9.2022)
- 13 „Mitglieder der Kommission Internationale Politik sind darüber hinaus die zentralen außenpolitischen Akteure der SPD-Fraktion und des SPD-Parteivorstandes.“ (Wiedereinsetzung der Kommission Internationale Politik, [SPD-Pressemitteilung](#), 014/19, 11.2.2019).
- 14 Peter, Tobias: SPD reklamiert Führungsrolle für Deutschland, [Stuttgarter Nachrichten](#), 23.1.2023.
- 15 [Fünf-Punkte-Plan: „Gemeinsam für eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik in Europa“](#), 7.3.2023.
- 16 Anhand solcher Sätze zeigt sich, wie stark die Parteilinke in dieses Machwerk eingebunden war, da es sich dabei um eine nahezu wortgleiche Formulierung handelt, die von Rolf Mützenich stammt: „Seit dem 24. Februar 2022 wird es Sicherheit auf absehbare Zeit nur vor und nicht länger mit Russland geben können.“ (Mützenich, Rolf: Mützenich: Russland hat unsere außenpolitischen Gewissheiten zerstört, [vorwärts](#), 30.6.2022).
- 17 Warum dauert es so lang mit den Panzern? [Stuttgarter Zeitung](#), 23.1.2023.
- 18 „Politikerinnen und Politiker verweisen zunehmend auf die «regelbasierte Ordnung» (RBO). [...] Die zunehmende Beliebtheit der RBO führt nicht notwendigerweise zu mehr Klarheit darüber, was dieses Konzept beinhaltet. Eine eindeutige Definition der RBO existiert nicht. Keine Regierung benennt klar, was sie mit dem Begriff meint, und die Auffassungen der einzelnen Staaten gehen deutlich auseinander.“ (Lieberherr, Boas: Die «regelbasierte Ordnung»: Divergierende Auffassungen, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, Nr. 317/Februar 2023)
- 19 China über die US-Hegemonie und ihre Gefahren, [Weltwoche](#), 19.3.2023. Auch der zumindest zeitweise als enger Berater Wladimir Putins geltende Sergei Karaganow teilt diese Ansicht: „Die Krise von 2008 hatte neben anderen Dingen gezeigt, dass das westliche Wirtschaftsmodell nicht in der Lage ist, mit fairer Konkurrenz umzugehen, wenn es nicht durch militärische Vorherrschaft abgesichert ist. Von der liberalen Handels- und Wirtschaftsordnung profitierten vornehmlich diejenigen, die ihre Regeln auf Grundlage ihrer militärischen und maritimen Überlegenheit entworfen haben, zuerst das Vereinigte Königreich, dann die Vereinigten Staaten. Ihre überlegenen Waffen und Kriegsschiffe machten es neben einer effizienten militärischen Organisation möglich, Kolonien auszuplündern und Handelsregeln zu diktieren.“ (Karaganov, Sergei/Suslov, Dmitry: A new world order: A view from Russia, in: Russia in Global Affairs, 4.10.2018)
- 20 Haak, Julia: Sicherheit in Europa: Die Lernkurve der SPD, [Berliner Zeitung](#), 24.1.2023.
- 21 Lohse, Eckart/Wehner, Markus: Die wundersame Wende der Sozialdemokraten, [FAZ](#), 17.2.2023.
- 22 „Eine Mehrheit der Bundesbürger:innen (52 Prozent) wünscht sich weiterhin mehr internationale Zurückhaltung von Deutschland. 41 Prozent der Befragten befürworten hingegen ein stärkeres Engagement Deutschlands – dieses Engagement sollte jedoch bevorzugt diplomatisch (65 Prozent) statt militärisch (14 Prozent) oder finanziell (13 Prozent) sein. Damit hat sich die Einstellung der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr (2021: 50 Prozent für Zurückhaltung) kaum verändert – ungeachtet des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und der von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen ‚Zeitenwende‘ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.“ (Deutsche lehnen militärische Führungsrolle in Europa ab, [Körber-Stiftung](#), 17.20.2022)

# Aufrüstung im Inneren

BaWü-CDU prescht bei Militarisierung vor

von Andreas Seifert

Der Besuch der Fraktion der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg in der Theodor-Heuss-Kaserne in Bad Cannstatt und „intensive“ Diskussion haben zu einem vielleicht bisher einzigartigen Positionspapier geführt, das als Vorlage für eine umfassende Militarisierung zu sehen ist. Es offenbart eine reaktionäre Weltsicht, die angesichts von in Europa erlebbaren Kriegen scheinbar an die Oberfläche gespült wird.

Wer immer dachte, Jugendoffiziere der Bundeswehr seien vor allem in der politischen Bildung tätig und hätten die Aufgabe, Jugendlichen und an Schulen ein differenziertes Bild der Bundeswehr und ihrer Aufgaben im Kontext deutscher Sicherheitspolitik zu vermitteln, wird sich die Augen reiben. Antimilitaristen, die schon immer davon überzeugt waren, dass Jugendoffiziere und Jugendoffizierinnen auch an die Schulen geschickt werden, um offensiv für den Dienst an der Waffe zu werben, sehen sich durch die Aussagen der CDU-Fraktion bestätigt: das ist so gedacht. Einziger Unterschied: wo friedliebende Menschen dagegen sind, ist die Fraktion dafür: „Die Bundeswehr soll als attraktive, spannende und sinnstiftende Arbeitgeberin sichtbar sein. [...] Beispielsweise mit einem festgelegten Besuch eines Jugendoffiziers in Uniform an unseren Schulen.“<sup>1</sup> Selbst die Bundeswehr sieht dies nicht im Aufgabenspektrum der Jugendoffiziere...

Das kurze Zitat von Manuel Hagel, dem Fraktionsvorsitzenden, in der Pressemitteilung bildet den Rahmen für die Vorstellung des eigentlichen Positionspapiers „Ganzheitliche Sicherheit: starke Bundeswehr in Baden-Württemberg“,<sup>2</sup> das eine Konkretisierung des Jahresmottos der CDU „Tun, was getan werden muss“ darstellen soll. Markige Worte sind Markenkern der CDU und fächern sich hier auf in sieben Abschnitte, in denen die CDU-Fraktion die Bundeswehr stärker in den Fokus rücken möchte. Hier ein kurzer Überblick.

Die Frage der Präsenz der Bundeswehr vor den jüngeren Mitgliedern der Gesellschaft, z.B. an Schulen, aber auch im Vorfeld beruflicher Entscheidungen, ist der CDU ein Anliegen. Das Papier selbst vermeidet

den Fauxpas der Pressemitteilung und trennt „Werbung“ und politische Bildung, hält aber auch fest, dass die Kopplung der Präsentation der Bundeswehr an eine ebensolche durch zivile Gruppen kein zwingendes Kriterium mehr sein soll. Das lässt die Aussichten für den Erhalt der an der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelten Friedensbildungsstelle sinken – diese war auf Druck der Friedensbewegung und der Kirchen eingerichtet worden, um dem in einem Kooperationsvertrag der Landesregierung mit der Bundeswehr geregelten privilegierten Zugang der Bundeswehr zu den Schulen in Baden-Württemberg etwas entgegenzusetzen. Dies erscheint nun überflüssig und der Krieg in der Ukraine ist ein guter Vorwand, das rückgängig zu machen.

Damit nicht genug. Als zweiten Punkt greift die Fraktion die Frage des Katastrophenschutzes auf und sieht wieder eine potentiell größere Rolle für die Bundeswehr. Dazu soll die Katastrophenhilfe mit der Bundeswehr enger vernetzt werden, sie bei allen Fragen mit einbezogen werden können – ja sie soll auch technisch verbunden werden, u.a. durch „gemeinsame Nutzung und den Zugriff des Landeskommandos auf die ‚elektronische Lagedarstellung für den Bevölkerungsschutz‘ beim Innenministerium“. Am besten sei es, wenn die Bundeswehr bereits bei den Katastrophenwartagen der Bevölkerung bekannt gemacht wird. Diese intensive Verschränkung von zivilen mit Bundeswehr-Dienststellen im Bereich des Katastrophenschutzes stellt nicht weniger als die Handhabung des Paragraphen 87a „Streitkräfte“ des Grundgesetzes in Frage. Die unter dem Stichwort „Amtshilfe“ als Ausnahme geregelte Unterstützung durch die Bundeswehr wird quasi ausgehebelt und durch regelmäßige Praxis ersetzt – die Anbindung an staatliche/behördliche Strukturen, BOS (Behörden mit Sicherheitsaufgaben), wird aufgelöst durch den harmlosen Begriff der „Blaulichtorganisationen“, der vielleicht auch die freiwillige Feuerwehr umfassen könnte. Die Vernetzung der Bundeswehr mit dem Katastrophenschutz ist der CDU aber nicht genug.





Gelöbnis in Gera. Quelle: Flickr/ Thüringer Landtag.

Militärische Anliegen sollten auch in der Verwaltung mitgedacht werden. Ministerien und Regierungspräsidien sollen lernen, das Militär mit im Blick zu haben – z.B. bei der Planung von Verkehrswegen oder Brücken. Die vorhandenen Verbindungskommandos sind stärker mit einzubeziehen. Auch die Cybersicherheitsagentur des Landes soll den Kontakt zur Bundeswehr suchen. Baubehörden sollen angewiesen werden, prioritär auch die militärisch relevanten Bauten großzügig zu genehmigen. Wer sich jetzt in die Wilhelminische Zeit zurückversetzt fühlt, liegt vielleicht nicht falsch.

Uniformen im Stadtbild sind eine Seltenheit geworden und auch dies ist etwas, was aus Sicht der CDU geändert gehört. Keine verschämten Gelöbnisse fernab der öffentlichen Sichtbarkeit auf Kasernenhöfen – ins Zentrum der Stadt, so der Wille der Fraktion, gehört die Bundeswehr – und das Volk soll die Gelegenheit haben, die Bundeswehr direkt in der Kaserne zu besuchen und zu bewundern. Dass die großen Gelöbnisse der Vergangenheit auch immer ein enormes Aufgebot an schützender Polizei erforderten, scheint da aus dem Gedächtnis gesprungen zu sein, was vielleicht auch zeigt, dass die Zurschaustellung militärischer Tugenden der CDU auch eine Menge Steuergeld wert ist. Der Internationalismus bekommt bei der CDU auch eine neue Prägung – der Austausch soll sich nun verstärkt auf einen Austausch von Militärpersonal über die deutsch-französische und die deutsch-schweizerische Grenze hinweg ausdehnen ... natürlich um sich im Katastrophenfall zu unterstützen. Hier könnte auch der Ausbau der Heimatschutzverbände eine Rolle spielen, der ebenfalls vorangetrieben werden soll. Für Pilotprojekte einer ausgebauten Reserve der Bundeswehr sollen Liegenschaften des Landes herhalten. Falls es da an

Personal mangeln sollte, so hat auch hier die CDU eine Idee: das „Verpflichtende Gesellschaftsjahr“. Der neue Zwangsdienst, der ein bisschen unter der allgemeinen (und ausgesetzten) Wehrpflicht rangiert, soll auch in der Bundeswehr ableistbar sein. „Neben der kurzfristigen Entschärfung des Personalmangels durch die Gesellschaftsjahrleistenden kann so der Reservistenpool aufgestockt und Soldatinnen und Soldaten auch langfristig für den Arbeitgeber Bundeswehr begeistert werden. Durch die Schaffung von Anreizen wie eine höhere Anerkennung der Dienstzeit auf die Wartezeit für einen Studienplatz kann die Attraktivität der Absolvierung des Gesellschaftsjahres bei der Bundeswehr nochmals gesteigert werden.“

In der Summe stellt das Papier einen Aufruf zur umfassenden Militarisierung Baden-Württembergs dar und ist traurig geschichtsvergessen. Die enge Verzahnung von Bundeswehrdienststelle mit der öffentlichen zivilen Verwaltung ist in ihrer arglos vorgetragenen Form überaus bedrohlich – die Preisgabe ziviler Entscheidungskompetenzen und die Unterordnung unter militärische Denkmuster widerspricht den demokratischen Werten, die die CDU vorgibt, verteidigen zu wollen. Hier ist die „Zeitenwende“ gedanklich nicht nur vollzogen, sie wird übertroffen: Kriegsvorbereitung?

#### Anmerkungen

- 1 CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Pressemitteilung 81: Hagel: Klares Bekenntnis zu einer starken Bundeswehr in Baden-Württemberg, 26.4.2023.
- 2 Abrufbar auf den Webseite der Fraktion: <https://cdufraktion-bw.de/wp-content/uploads/2023/04/2023-04-25-Positionspapier-Ganzheitliche-Sicherheit-Bundeswehr.pdf>

# Krisenprofiteur wird Generalinspekteur

Wer ist der neue Mann an der Spitze der Bundeswehr?

von Martin Kirsch

Bereits seit Tagen war darüber berichtet worden. Seit dem 15. März 2023 ist es offiziell. General Carsten Breuer wird neuer Generalinspekteur der Bundeswehr und damit „militärischer Berater der Bundesregierung“, „höchster militärischer Repräsentant der Bundeswehr“ und „Teil der Leitung des Verteidigungsministeriums“.<sup>1</sup> Er löst den scheidenden Generalinspekteur Eberhard Zorn ab, der bereits vor fünf Jahren, noch unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, ins Amt berufen wurde.

Doch wie kam der ausgebildete Heeresflugabwehrsoldat, studierte Pädagoge und zwischenzeitige Jugendoffizier<sup>2</sup> Breuer zu seinem neuen Spitzenposten? Noch vor wenigen Jahren war diese steile Karriere kaum absehbar. Damals mit zwei Sternen auf der Schulter, wechselte Breuer 2018 aus der dritten Reihe des Kommando Heer auf den Kommandeursposten des damals eher zweitrangigen Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr in Berlin.<sup>3</sup> Dann kam die Corona-Pandemie und Breuers Kommando stand plötzlich im Mittelpunkt der Unterstützung der Bundeswehr für diverse zivile Bereiche – einem der größten Inlandseinsätze in der Geschichte der Bundeswehr.

## Krisen als Karrieresprünge

Die zentrale Rolle in der Koordination der Corona-Einsätze der Bundeswehr führte kurz nach der Bundestagswahl im September 2021 zu Breuers erstem Schritt auf die ganz große Bühne. Noch bevor die neue Bundesregierung vereidigt war, wurde Breuer zum Leiter des neu einberufenen Corona-Krisenstabes im Bundeskanzleramt berufen.<sup>4</sup> Die bis dahin stockende bundesweite Impfkampagne sollte von einem General der Bundeswehr auf das politisch gewünschte Tempo gebracht werden. Allen bisherigen politischen Gepflogenheiten zum Trotz wurde ein Militär auf einen politischen und damit eigentlich zivilen Spitzenposten gehoben. Zudem zog das Kanzleramt unter Bundeskanzler Scholz die innerhalb des komplexen Gefüges

der föderalen Strukturen eigentlich bei den Bundesländern liegende Verantwortung für die Impfkampagne an sich und gab sie Breuer in die Hand.<sup>5</sup>

Im Krisenstab im Kanzleramt erhielt Breuer seinen dritten Stern und arbeitete bis zur Auflösung des Corona-Krisenstabes im Mai 2022 – wohl nicht nur gemessen an den blanken Ergebnissen – zur Zufriedenheit von Kanzler Scholz. Im Juni 2022 folgte dann die politische Ankündigung, ein neues Territoriales Führungskommando der Bundeswehr aufzustellen.<sup>6</sup> Das neue Kommando wechselte aus der bisher zergliederten Bundeswehrhierarchie auf die gleiche Ebene mit dem für alle Auslandseinsätze zuständigen Einsatzführungskommando – angesiedelt direkt unter dem Generalinspekteur und damit außerhalb bzw. in konkreten Einsatzaufgaben im Inland sogar oberhalb der Teilstreitkräfte.<sup>7</sup> Vorerst als Leiter des Aufbaustabes wurde Carsten Breuer dann Ende September 2022 feierlich zum ersten Kommandeur des neuen Territorialen Führungskommandos ernannt.<sup>8</sup>

## Direkter Draht zu Scholz

Nachdem Breuer Kanzler Scholz bereits als Leiter des Krisenstabes im Kanzleramt persönlich kennengelernt hatte, nutzte er auch seinen neuen Posten und hielt regelmäßig Kontakt. Am 25. August 2022 besuchte Kanzler Scholz die Ausbildung von künftigen ukrainischen Gepard-Besatzungen auf dem Luftbodenschießplatz der Bundeswehr im holsteinischen Putlos.<sup>9</sup> Führen ließ er sich vom ausgebildeten Heeresflugabwehrsoldaten Breuer.

Ende Februar 2023 besuchte Kanzler Scholz dann Breuers neues Territoriales Führungskommando.<sup>10</sup> Würde dieser Text als Klatschkolumne erscheinen, würde das auf dem Twitter-Kanal von Scholz verbreitete Bild,<sup>11</sup> auf dem Kanzler und General gemeinsam lachen, wohl mit Kommentaren wie „Läuft da was?“ untermalt werden. Was Breuer und Scholz bei ihrem Zusammentreffen hinter verschlossenen Türen bespra-



Carsten Breuer (rechts) unterhält sich mit dem damaligen Kommandeur des US Army Europe bei einer Übung im Jahr 2017. Quelle: wikimedia/ 7th Army Training Command.

chen, ist nicht bekannt. Es liegt aber nahe, dass auch die Option von Breuers Aufstieg zum Generalinspekteur zur Sprache kam. Die persönliche Beziehung zu Kanzler Scholz ist allerdings nicht die einzige Qualifikation des künftigen Generalinspektors.

### Medienaffin und Machthungrig

Spätestens seit seinem Amt als Chef des Corona-Krisenstabes im Kanzleramt rückte General Breuer als Erklärer der Impfkampagne in den Fokus der medialen Aufmerksamkeit. Mit dem Wechsel aus dem Kanzleramt zurück in die Bundeswehrhierarchie verfiel er aber nicht wieder in das Schweigen, was sonst von vielen Generälen bekannt ist. Er gab Interviews und äußerte sich auch zu eher heiklen politischen Themen, bei denen sich andere Generäle gern auf die Zunge beißen. Auch wenn der scheidende Generalinspekteur Zorn nach Beginn des aktuellen Krieges in der Ukraine deutlich häufiger in den Medien zu sehen war als zuvor, merkte man ihm an, dass es sich eher um einen Akt der Pflichterfüllung handelte. Breuer hingegen mag das Rampenlicht.

Wie sehr der künftige Generalinspekteur nicht nur die Kameras, sondern auch die Macht genießt, wird in einem von der Bundeswehr selbst produzierten Youtube-Interviewformat von Juli 2022 deutlich. Dort führt Breuer, in der Rolle des Leiters des Krisenstabes, den sichtlich überraschten Moderator des „Führungsfahrzeugs“ auf die Terrasse des Kanzleramtes und zeigt ihm stolz den Ausblick über das Regierungsviertel in Berlin.<sup>12</sup>

Das dort sichtbare Streben nach Macht zeigte Breuer auch auf seinen letzten Karriereschritten. Mit dem

neuen Posten als Kommandeur des Territorialen Führungskommandos zog Breuer nicht nur an seinem ehemaligen Chef, dem Inspekteur der Streitkräftebasis, General Schelleis, vorbei, sondern nahm ihm auf dem Weg gleich noch zentrale Entscheidungskompetenzen und unterstellte Dienststellen ab – schwächte damit sogar seine bisherige militärische Heimat (die Streitkräftebasis) so sehr, dass sie vermutlich bald aufgelöst werden wird.<sup>13</sup> Breuer ist sich nicht zu schade, auch höheren Generälen auf die Füße zu treten, wenn er es für die Erfüllung seiner Aufgabe und sein persönliches Vorankommen für nötig hält. Diese Fähigkeit, gepaart mit seinen Erfahrungen mit militärischen Transformations- und politischen Entscheidungsprozessen,<sup>14</sup> machen ihn zu dem Kandidaten, dem der von der Bundesregierung angemahnte Umbau der Bundeswehr – von einer Mischung aus Friedensdienst in Deutschland und Einsätzen im Ausland hin zur allgemeinen Kriegsbereitschaft – anscheinend zugetraut wird.

### Wie tickt Carsten Breuer?

Wenn die Aufgabe ruft, ist Breuer gern bereit über komplexe Strukturen, Machtgefüge und bisherige politische Tabus hinwegzugehen. Als Vorbild beruft er sich dabei auf niemand geringeren als Helmut Schmid. Bei einem Appell in der Umbauphase zum Territorialen Führungskommando stellte sich Breuer vor seine Untergebene ans Rednerpult und tauchte in die Geschichte des Bundeswehreinsetzes während der Sturmflut in Hamburg 1962 ein: „Damals, 1962, hatte der Hamburger Innensenator Helmut Schmid an allen Instanzen vorbei telefonisch die Bundeswehr angefordert. Gegen gel-



tendes Recht, aber ziemlich effektiv und im Rückblick richtig. Und damit hat er ein Beispiel auch für uns in unserer Zeit gegeben. Auch wir müssen immer wieder die Frage nach der Zweckmäßigkeit von Verfahren, von Verordnungen und Vorschriften stellen – immer, jeden Tag in unserem täglichen Dienst.“ Damit schwor er seine Mitarbeiter\*innen darauf ein, es mit dem Recht – zur größten Not wohl auch dem Verfassungsrecht – im Sinne der militärisch effizienten Auftrags Erfüllung nicht zu ernst zu nehmen.<sup>15</sup>

Das nimmt sich der Chef selbst auch zu Herzen. Als bisheriger Mann der Heimatfront waren es das vermeidliche Dickicht föderaler Strukturen, die der Bekämpfung der Corona-Pandemie im Weg standen sowie die schwergängige Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundeswehr in der inländischen Terrorbekämpfung, an die Breuer die Axt anlegte.<sup>16</sup> In beiden Fällen Strukturen, die in der Gründungsphase der Bundesrepublik bewusst angelegt wurden, um als Lehre aus dem Nationalsozialismus eine zu große Machtkonzentration bei Zentralstaat und Militär zu vermeiden.

In Anbetracht des Krieges in der Ukraine und der Konfrontation der NATO mit Russland gab Breuer als Chef für alle Inlandsaufgaben der Bundeswehr Interviews, in denen er sein Aufgabenfeld umriss: „Wir stellen uns hier im Kommando vor allem auf hybride Bedrohungen ein. Das ist der Zustand zwischen nicht mehr ganz Frieden, aber auch noch nicht richtig Krieg“, sagte Breuer gegenüber dem Spiegel. „Jede Umspannstation, jedes Kraftwerk, jede Pipeline kann attackiert werden, kann ein mögliches Ziel sein“, ließ er die Bild am Sonntag wissen. Die größte Bedrohung in Deutschland sieht er in „Einflussnahmen, mit Anschlägen auf Infrastruktur und mit Cyberangriffen, oder zum Beispiel Aufklärungsflüge mit Drohnen über Kasernen. Also Nadelstiche, die in der Bevölkerung, die bei uns Verunsicherung schüren und das Vertrauen in unseren Staat erschüttern sollen.“ Für die Bundeswehr ist der Weg laut dem künftigen Generalinspekteur damit klar vorgezeichnet. „Der Krieg Russlands hat dazu geführt, dass unser Schwerpunkt wieder auf der Landes- und Bündnisverteidigung liegt. Dem ganzen Land ist klar geworden: Krieg in Europa ist wieder möglich.“<sup>17</sup>

Und das habe auch Konsequenzen für den Bürger, der sich klar werden solle, „dass er sein individuelles Verhalten ändern sollte“. Neben der mentalen Kriegsbereitschaft zählt Breuer dazu auch praktische Schritte wie die Anschaffung von Taschenlampen, Radios und genügend Batterien, um sich individuell auf den Krisen- oder Kriegsfall vorzubereiten. Dieser Mann der Kriegsbereitschaft und damit auch der Stunde wird künftig auf dem Stuhl des Generalinspektors nicht nur die Bundeswehr führen, sondern auch „seinen“ Bürgern erklären, wie sie sich kriegsbereit zu halten haben.

## Anmerkungen

- 1 Generalinspekteur wechselt: Breuer folgt auf Zorn, 15.3.23, [bmvg.de](https://www.bmvg.de).
- 2 Bundeswehr: Curriculum Vitae Generalleutnant Carsten Breuer, o.D., [web.archive.org](https://web.archive.org).
- 3 Ebd.
- 4 IMI-Standpunkt 2021/062, Martin Kirsch: Impfkampagne mit General - Die Bundeswehr als Krisenmanager im zivilen Katastrophenschutz, 3.12.21, [imi-online.de](https://www.imi-online.de).
- 5 Ebd.
- 6 Neues territoriales Führungskommando der Bundeswehr kommt nach Berlin, 13.6.22, [rbb24.de](https://www.rbb24.de).
- 7 IMI-Analyse 2022/32, Martin Kirsch: [Neues Territorialkommando](#) - Truppenaufmarsch, Inlandseinsätze und Reformvorhaben, 23.6.22, [imi-online.de](https://www.imi-online.de).
- 8 Curriculum Vitae Generalleutnant Carsten Breuer, o.D.
- 9 Bundeskanzler Scholz in Putlos - Unterstützung für ukrainische Streitkräfte, 25.8.22, [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de).
- 10 Ausdruck der Zeitenwende: Bundeskanzler Olaf Scholz besucht das TFK, 28.2.23, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 11 Bundeskanzler Olaf Scholz: Tweet vom 28.2.23, [twitter.com](https://twitter.com).
- 12 Cyber Innovation Hub der Bundeswehr: „Wir Soldaten können Krise“ - Corona-General Breuer zu Gast im Führungsfahrzeug, 13.7.22, via: [youtube.com](https://www.youtube.com).
- 13 Die Auflösung der Streitkräftebasis wurde bereits im 2021 von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Zorn veröffentlichten Eckpunktepapier für die Bundeswehr vorgeschlagen. Siehe: IMI-Studie 2021/05, Martin Kirsch: Bundeswehr der Zukunft - Eckpunkte für den Kalten Krieg 2.0, 26.5.21, [imi-online.de](https://www.imi-online.de).
- 14 Als Stellvertreter des Repräsentanten des Supreme Allied Commander Transformation und Dezernatsleiter Capability Development/Strategic Plans and Policy im NATO-Hauptquartier und Chef des Stabes in Brüssel machte Breuer zwischen 2008 und 2010 nicht nur Erfahrungen in der NATO, sondern auch in deren Unterorganisation, die für die strategische Entwicklung der militärischen Strukturen des Bündnisses verantwortlich ist. Als Projektbeauftragter für das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin gilt Breuer nicht nur als Autor des wichtigen Strategiepapiers, sondern machte vermutlich auch Erfahrungen mit der politischen Aushandlungen innerhalb der Bundesregierung um den finalen Text des Weißbuchs. Siehe: Bundeswehr: Curriculum Vitae Generalleutnant Carsten Breuer, o.D., [web.archive.org](https://web.archive.org).
- 15 IMI-Standpunkt 2022/039, Martin Kirsch: Neues Territorialkommando – Kommandeur sieht Verfassungsrecht eher flexibel, 28.9.22, [imi-online.de](https://www.imi-online.de).
- 16 „Polizei schützt – Bundeswehr unterstützt“, 21.10.22, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de)
- 17 Bundeswehrgeneral Breuer warnt vor Angriffen auf deutsche Infrastruktur, 9.10.22, [spiegel.de](https://www.spiegel.de).

# BE Strong?

Ein Gratis-Magazin zur Rekrutierung Jugendlicher<sup>1</sup>

von J. Fischer

Die Bundeswehr plant, ihre Wehrfähigkeit zu erhöhen. Dazu gehört vor allem auch das Anwerben von neuen Rekrut\*innen, das in letzter Zeit bei vielen durch Werbetafeln und ähnliches wieder präsent geworden sein dürfte. Dies ist Teil eines Versuches, die Zahl der Soldat\*innen wieder zu erhöhen, der aber mehr oder weniger wirkungslos bleibt. Denn die Zahl der aktiven Soldat\*innen bleibt dennoch rückläufig. Aus diesem Grund wirbt das Verteidigungsministerium unter anderem mit Serien auf Youtube, Veranstaltungen und auf Instagram, Snapchat und Facebook. Auch ein Wiederaufnehmen der Schulbesuche von Soldat\*innen in Baden-Württemberg wurde von der CDU (in Baden-Württemberg Regierungspartei) gefordert. Zum Konzept der Bundeswehr gehört aber nach wie vor auch noch das Werben in Papierform, in Form des Magazins „BE Strong“, wobei das E in BE durch ein quer gelegtes W dargestellt wird und so die Abkürzung BW (Bundes-Wehr) darstellt.

## Was ist „BE Strong“?

Das erstmals 1977 (Damals noch unter dem Titel „Infopost“) herausgegebene, sogenannte „Jugendmagazin“ der Bundeswehr, richtet sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 20 Jahren und versucht, diese für eine berufliche Laufbahn innerhalb der Bundeswehr zu begeistern. Dabei versucht es, seine Zielgruppe mit optisch ansprechendem Design, einfachen Texten und zusätzlicher Vernetzung in verschiedenen sozialen Medien zu gewinnen. Es erscheint vierteljährlich seit 2016 unter dem Titel „BE Strong“ kostenlos, in einer Auflage von etwa einer halben Million Stück (zuvor in ähnlicher Auflage unter dem alten Titel „Infopost“). Laut Bundesregierung wurden hierfür 2020 rund 70.000 € verausgabt - wobei mit 14 Cent pro Exemplar allenfalls die reinen Druckkosten gemeint sein können. Die Gesamtkosten sind hierbei schwer zu ermitteln, da der Vertrieb durch Bundeswehrstrukturen und Personal, etwa an Infoständen stattfindet. Ebenso ist es nicht klar zu bestimmen,

welche Aussagekraft die gedruckte Auflage hat, da BE Strong auch als kostenloses, online aufrufbares Magazin vertrieben wird. Herausgegeben wird es vom Bundesministerium für Verteidigung. Die Texte werden hierbei offiziell nach Thema der jeweiligen Ausgabe ausgewählt, zielen im Allgemeinen jedoch darauf ab, eine breite Akzeptanz für die Bundeswehr innerhalb der Bevölkerung zu schaffen und junge Menschen eine Karriere als Soldat\*in als alltäglichen und attraktiven Arbeitsplatz zu vermitteln.

## Aktuelle Ausgabe

Im Mittelpunkt der aktuellen Ausgabe von „BE Strong“ steht der Krieg in der Ukraine und damit das Sondervermögen der Bundeswehr und die verschiedenen Bereiche, in denen dieses investiert wird, um die allgemeine Wehrbereitschaft zu vergrößern und Deutschland und die Nato für Kriege aufzurüsten. Gleichzeitig werden verschiedene Aufgabenbereiche der Bundeswehr vorgestellt und als berufliche Option angepriesen.

## Minderjährige Zielgruppe

Nach offizieller Aussage der Bundeswehr zum erstmaligen Erscheinen von „BE Strong“ richtet sich das Magazin an eine Zielgruppe im Alter zwischen 14 und 20 Jahren. Im Jahr 2021 lag das Durchschnittsalter der Abonnent\*innen dementsprechend zwischen 14 und 23 Jahren. Dass dieses sogenannte „Jugendmarketing“ der Bundeswehr für einen Beruf, in dem es darum geht zu töten, extrem problematisch ist, ist wohl offensichtlich. Doch es kommt hinzu, dass das Magazin sich in Gestaltung und Inhalt offensichtlich an sozial verunsicherte Jugendliche wendet und versucht, ihnen ein Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl, sowie Wertschätzung zu vermitteln, um sie für den Dienst an der Waffe zu gewinnen (dazu unten mehr). Kaum ein rhetorisches oder stilistisches Mittel bleibt für diesen Zweck ungenutzt.

## Mit welchen Tricks wird geworben?

In seiner aktuellen Ausgabe versucht das Magazin durch das Berichten von verschiedenen persönlichen Erfahrungen von Soldat\*innen Jugendliche zu gewinnen, indem es ihnen Identifikationspersonen und Vorbilder in verschiedenen Bereichen der Bundeswehr liefert. Beispielsweise den 19-Jährigen „Heimatschützer“ Conor Lee H., die quer eingestiegene erste Korvettenkapitänin Bianca S. (39) oder den Oberstabsgefreiten Hakan A. (23) mit türkischem Migrationshintergrund. Die Bundeswehr versucht sich als vielfältiger, toleranter und bunter Arbeitgeber zu präsentieren.

Ein Thema bleibt dabei jedoch stets außen vor: Das Töten selbst. Das Wort kommt in der gesamten Ausgabe nicht vor und inhaltlich fragwürdige Stellen strotzen nur so vor Euphemismen. So wird von „effektivem Bekämpfen“, „Heimatschutz“ oder der „vielfältigen Zusammenarbeit auf NATO-Ebene“ gesprochen, wo schlicht Krieg gemeint ist.

Was dafür übermäßig thematisiert wird, sind die „tollen“ Erfahrungen der einzelnen Bundeswehrmitglieder und das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Truppe. Conor Lee H. schreibt etwa: „Schon in der Grundausbildung war das Biwak mein Highlight. Wir waren fünf Tage am Stück unterwegs. So lange war ich noch nie in der Natur, vor allem nicht nachts.“ Bianca S. „schwärmt“: „Gerne erinnere ich mich an die Häfen auf den Seychellen oder in Madagaskar.“ Und es wird über das NATO-Hauptquartier berichtet, dass es „wie eine große Familie [sei], in der sich alle gegenseitig unterstützen“.

Auch die alten Steckenpferde der Rekrutierung, Verantwortung und Anerkennung, kommen zum Tragen. Diese Methode ist zusätzlich massiv fragwürdig, da sie selbstverständlich darauf abzielt, Jugendliche mit Mangel an genau diesbezüglich, anzusprechen und sie in der Hoffnung, beides zu gewinnen, in die Bundeswehr zu locken. Es ist also nicht Sinn und Zweck, die potenziellen Rekrut\*innen von der Sinnhaftigkeit der Bundeswehrtätigkeit zu überzeugen, sondern ihnen das Gefühl einer tätigkeitsabhängigen Wertschätzung der Gesellschaft ihnen gegenüber zu vermitteln.

Zusätzlich lockt „BE Strong“ mit hohen Karriereaussichten, Studienplätzen und kostenlosen Bahnfahrten für einen Beruf bei der Bundeswehr - Dingen, zu denen eigentlich alle Zugang haben sollten. Auch hier lässt sich wieder klar erkennen, auf welche Zielgruppe „BE Strong“ vor allem abzielt: Nämlich eine solche, die für einen Lebensstandard, mit dem andere geboren wurden, ihren Kopf hinhalten soll. Wieder werden Beispiele eingestreut, wie das von Jens F., der es ohne Hochschulreife zum Hauptmann und Pilot geschafft hat.

Differenziert wird zwischen den verschiedenen Aufgabenbereichen, um die potenziellen Rekrut\*innen mit ihren Leidenschaften zu gewinnen. Um an Technik interessierte Jugendliche zu gewinnen, wird beispielsweise ausschweifend über das neue System „Infanterist der Zukunft“ berichtet, für Mediziner\*innen über die ärztliche Tätigkeit und für Seefahrtbegeisterte von der Korvette „Oldenburg“.

Der weitere Weg auf dem Einstig in die Bundeswehr fällt dann, dank der offensiv am Ende von nahezu jedem Artikel platzierten Links zur „Karrierekasernen“ der Bundeswehr, nicht schwer.

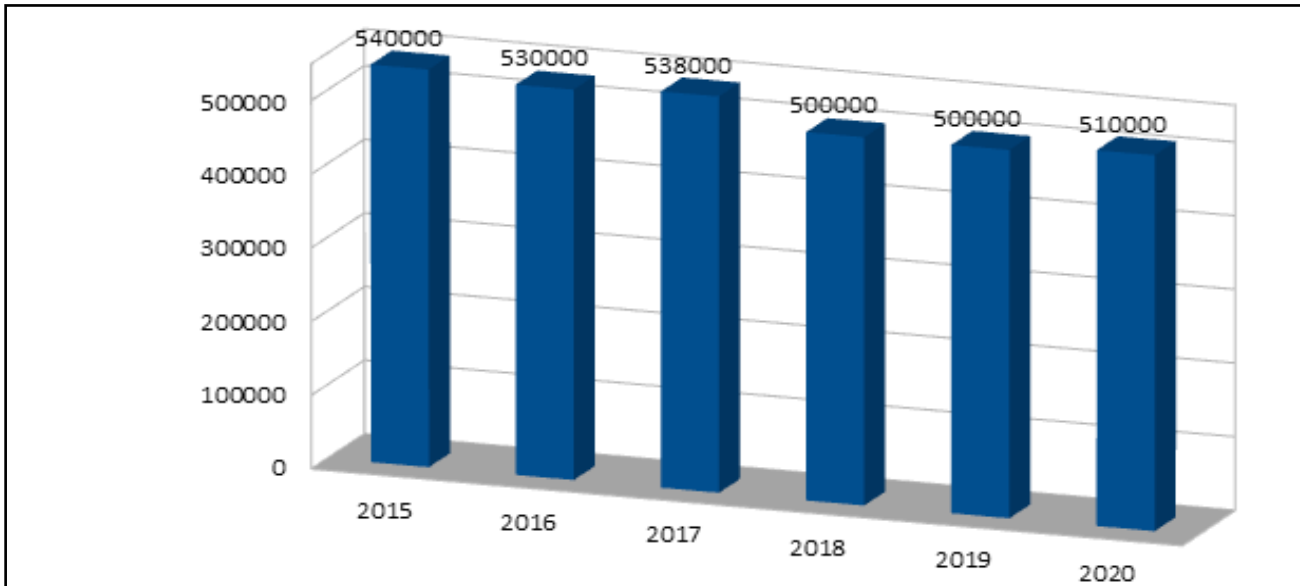
## Rekrutieren mit dem Zeitgeist

Dies gehört auch zum neuen jungen Anstrich, den sich das Magazin geben will. Neben dem Titel „BE Strong“, der an den Werbeslogan der U.S. Army („Army Strong“) erinnert, versucht die Bundeswehr ihre Reichweite über Social-Media-Kanäle wie Snapchat, Instagram, YouTube und Facebook auszubauen und weist auf diese auch im Magazin hin. Mit interessanten Gewinnspielen und Faktentafeln, die mit Informationen, wie zum Beispiel der gefüllt sind, dass das Flugabwehrraketensystem Patriot bis zu fünf Ziele gleichzeitig bekämpfen kann, versucht „BE Strong“ die Leser\*innen dazu einzuladen, sich noch intensiver mit der Bundeswehr und allem, was mit ihr im Zusammenhang steht, auseinanderzusetzen. Natürlich tauchen in diesem Geiste auch immer wieder Ränge und Einheitsbezeichnungen auf. Großzügig verteilt das Magazin auch Bundeswehrartikel, wie beispielsweise Sporttaschen und Trinkflaschen.<sup>2</sup> So schafft „BE Strong“ eine Gemeinschaft von „Bundeswehrfans“, deren Alltag sich in allen Bereichen um die Truppe dreht.



Cover der BE Strong. Quelle: karrierekasernen.de





Auflagenentwicklung der BE Strong Infopost. Quelle: Bundestagsdrucksache: 19/31645. Grafik: IMI.

### Grundlegendes Weltbild

Ein besonders faszinierendes System verwendet das Magazin, wenn es darum geht, die Leserschaft von umstrittenen politischen Entscheidungen zu überzeugen. Das wiederkehrende Schema beinhaltet eine fachvokabularreiche, komplexe und als alternativlos dargestellte Erklärung für das Vorgehen, die mit einer schlichten und kraftvollen Parole endet. So wird gerechtfertigt, die Bundeswehr müsse sich: „konkret wappnen gegen eine mögliche militärische Bedrohung, mit der Ausrüstung, mit ihren Fähigkeiten, in der Aufstellung und Einsatzbereitschaft [...]. Für die Sicherheit Deutschlands – ein großes Ziel: für uns alle“. Auf dieselbe Art wird die Bündelung verschiedener Entscheidungsbereiche im „Territorialen Führungskommando“ mit dem schnittigen Slogan „Landesverteidigung – schnell und effektiv“ den Leser\*innen als logischer, unausweichlicher Entscheid präsentiert. Neben der Rekrutierung versucht „BE Strong“ nämlich zusätzlich auch noch, von der ethischen Rechtschaffenheit und Sinnhaftigkeit sowie Notwendigkeit der Tätigkeit der Bundeswehr zu überzeugen. Hierfür werden zum einen emotionalisierende Bilder eingesetzt, wie etwa direkt auf der vierten Seite des aktuellen Magazins, die einen schreienden jungen Soldaten in voller Montur und mit Deutschlandflaggen auf beiden Schultern mit der Bildunterschrift „Heimatschutz“ zeigt. Aber auch die Texte rühren an Emotionen, wie Nationalstolz, wenn zum Beispiel davon berichtet wird, dass die anderen Nationen bei einer Rettungskettenübung der Nato in Sachen medizinischer Expertise „nur von Deutschland lernen könnten“, oder dass Deutschland „Führungsnation“ der NATO-Battlegroup in Litauen sei. Aber auch mit Angst wird gearbeitet. Das Sicherheitsbedürfnis steht in allen vier abgedruckten Leserbriefen und dem

Vorwort der aktuellen Ausgabe klar im Fokus, wird aber eher unterschwellig formuliert: „Die Bundeswehr ist ein elementares Instrument der Sicherheitspolitik, ohne Verteidigung lässt sich eine glaubhafte und wirkungsvolle Sicherheitspolitik nicht aufrechterhalten“. Hier handelt es sich im Prinzip um eine alternativlose Darstellung und Verharmlosung von Militarisierung, ganz im Geiste von „Krieg ist die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“.

### Gesamtziel

Das Magazin zeigt deutlich die Bemühungen des Verteidigungsministeriums, junge Menschen für die Bundeswehr zu begeistern, die zum großen Teil noch minderjährig sind. Hierbei werden diese emotionalisiert, ihnen wird kein vollständiges und transparentes Bild des Soldat\*innenalltags vermittelt und sie werden mit rhetorischen und medialen Mitteln beeinflusst. Dies ist eine hochproblematische Methode, steht jedoch keinesfalls kontextlos, sondern im Einklang mit verschiedenen Öffentlichkeitsarbeitsprogrammen, wie etwa den auf Youtube erscheinenden Serien der Bundeswehr oder dem Vorschlag der CDU in Baden Württemberg, Soldat\*innen wieder regelmäßig an Schulen zu schicken. Es wäre höchste Zeit, zumindest Jugendliche, die noch nicht einmal wahlberechtigt sind, nicht mehr bewusst für Kriege und Militär begeistern zu wollen.

### Anmerkungen

- 1 Die IMI-Analyse 25/2023 entstand im Rahmen eines Schulpraktikums
- 2 Für alle „Give Aways“ des Verteidigungsministeriums im Zuge der Nachwuchswerbung fielen im Jahr 2020 rund 777.000 € Kosten an: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/284/1928412.pdf>

# Beim Militär nichts verloren

## Minderjährige in der Bundeswehr

von Ali Al-Dailami

Das ambitionierte Ziel der Bundeswehr, bis 2031 die Zahl der Soldatinnen und Soldaten von gegenwärtig 183.000 auf 203.000 aufzustocken, entfacht in Kreisen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Diskussionen über die Frage, wie diese Aufgabe denn bewerkstelligt werden soll. Schließlich wächst der Personalkörper der Bundeswehr nicht, sondern stagniert seit zehn Jahren, auch weil jährlich rund 20.000 Soldatinnen und Soldaten aus Alters- und Verpflichtungsgründen die Bundeswehr verlassen. Nun ist es nicht so, dass wir uns über zu wenige Soldatinnen und Soldaten in der Gesellschaft beklagen würden, doch die Tatsache, dass die Bundeswehr wachsen will und dabei auf die Unterstützung der Ampel zählen kann, führt dazu, dass die Debatte um die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine nicht abreißt.

Zuletzt kamen entsprechende Forderungen erneut aus der SPD. Verteidigungsminister Boris Pistorius hatte die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 durch die schwarz-gelbe Koalition jüngst als „einen Fehler“

bezeichnet. Seine Parteikollegin, die Wehrbeauftragte Eva Högl, legte im Februar dieses Jahres nach und forderte, die Debatte müsse neu geführt werden – „auch über die Frage, wie viel Zwang, wie viel Freiwilligkeit nötig ist“. Gleichzeitig bedauerte sie im Zusammenhang mit „dem furchterlichen Ukraine-Krieg“, dass es noch Jahre dauern werde, bis es Konzepte für eine neue Wehrpflicht geben würde – und lässt dabei offen, was das eine denn mit dem anderen zu tun habe.

Dass man sich im Jahr 2023 immer noch mit der Wehrpflicht beschäftigt, zeigt einmal mehr, dass statt einer Aussetzung eine Streichung des Paragraphen der richtige Weg gewesen wäre. Parallel zu der Aussetzung muss jedoch auch konstatiert werden, dass es seither zu aggressiven Werbekampagnen der Bundeswehr mit der Zielgruppe Jugendliche gekommen ist. Dabei stehen Soldatinnen und Soldaten längst nicht mehr nur im Klassenzimmer und auf Jobmessen. Auch in Shoppingmalls werden Kinder und Jugendliche über Pop-up-Stores gezielt angeworben. Mit ihren riesigen „Karrieretrucks“ ziehen sie durchs Land und werben



Quelle: IMI/Arno Neuber.



Protest vor einem Werbetruck der Bundeswehr. Quelle: flickr/SvG.

auch auf Jugend- und Sportveranstaltungen gezielt um die Jüngsten. Die Bundeswehr ist hier nah am Zahn der Zeit und holt die Jugendlichen in ihren Alltagswelten ab: Auf der Spielemesse Gamescom präsentiert sie sich martialisch [im Stile beliebter Ballerspiele](#). Es gibt Podcasts, Instagram-Stories und auf YouTube eine regelrechte Flut BW-eigener Videoformate, in denen der Dienst an der Waffe als Actionspektakel stilisiert wird: „[Marketinginstrumente, die sich abheben](#)“, schreibt die Bundeswehr stolz auf ihren Seiten. Dass es hier final darum geht, im Ernstfall auf Menschen zu schießen, wird fahrlässig und unverantwortlich banalisiert. Und auch dass der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes die Bundesregierung bereits 2014 [aufforderte](#), „alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen, zu verbieten“, scheint im Bendlerblock niemanden ernsthaft zu interessieren. Während in über 150 Staaten weltweit auf die Rekrutierung Minderjähriger verzichtet wird, hält die Bundesregierung an dieser Praxis fest – trotz einer Rüge aus Genf und der Aufforderung des UN-Kinderrechtsausschusses, wonach das Rekrutierungsalter ausnahmslos auf 18 Jahre angehoben werden soll. In den zwölf Jahren seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 traten insgesamt 17.599 Minderjährige den Dienst bei der Bundeswehr an, das sind im Schnitt fast 1.500 pro Jahr, mehr als jeder zwölfte Rekrut also. 2022 war der Anteil minderjähriger Rekrutinnen und Rekruten mit 9,4 Prozent so hoch wie nie seit 2011. Beim Blick auf die Zahlen der Dienstabbrechenden einzusehen [in der Antwort des Verteidigungsministeriums](#) auf meine parlamentarische Frage vom Februar 2023 – fällt eines

deutlich ins Auge: Soldatinnen und Soldaten, die zum Zeitpunkt ihrer Rekrutierung minderjährig waren, brechen ihren Dienst im Verhältnis deutlich häufiger ab als Volljährige. So war etwa im Jahr 2020 der Anteil minderjähriger Abbrechender fast doppelt so hoch wie ihr Anteil an den Rekrutinnen und Rekruten in diesem Jahr. Im Fünfjahreszeitraum 2018–2022 brach fast jeder dritte Minderjährige seinen Dienst vorzeitig ab (31 Prozent), während es bei den Volljährigen nur jeder Fünfte war.

Diese Entwicklung ist insbesondere auch im Hinblick auf die psychische Gesundheit besorgniserregend. So zeigen Studien aus dem britischen Militär, dass unter minderjährigen Rekrutinnen und Rekruten [psychische Traumata](#) wie posttraumatische Belastungsstörung, Mobbing und Selbstverletzungen bis hin zum Suizid deutlich öfter auftreten als bei Erwachsenen. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst besteht für sie ein erhöhtes Risiko für Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit oder Alkoholismus. Auch sind minderjährige Rekrutinnen häufiger sexuellen Belästigungen und Übergriffen ausgesetzt als ihre volljährigen Kameradinnen.

Es ist von der Bundesregierung unverantwortlich, derart fahrlässig die psychische Gesundheit von Minderjährigen aufs Spiel zu setzen und auf ihrem Rücken das Ziel der geplanten Aufstockung der Bundeswehr auszutragen. Daher müssen die Maßgaben der UN endlich respektiert und ausnahmslos keine Minderjährigen zum Wehrdienst rekrutiert werden. Außerdem muss der Debatte um die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht ein Riegel vorgeschoben werden, indem die Wehrpflicht vollständig abgeschafft wird.



# Forderung nach einem Friedenssteuergesetz

Zum vierzigjährigen Bestehen des Netzwerk Friedenssteuer e.V.

von Gertie Brammer

„Noch niemals hat mich auf der Straße jemand aufgefordert, für Kernwaffen Geld zu spenden. Offenbar deshalb, weil die Regierungen für Waffen stets genug Geld zur Verfügung haben. Aber unzählige Male haben mich Menschen mit Sammelbüchsen um eine Spende für Arme, Kranke, Alte und Kinder gebeten. Es mag der Fantasie jedes Einzelnen überlassen bleiben, sich auf diese Ungereimtheiten einen Vers zu machen.“ Peter Ustinov (1921-2004).

Steuern sind keine Spenden, wir geben sie nicht freiwillig ab. Wenn wir keine Selbstständigen sind, werden sie uns vorsichtshalber abgenommen, bevor wir es uns anders überlegen können. Wie viel der Staat uns für (Kern-)Waffen abluchst und wie – das ist schon gediegen organisiert. Die Finanzämter brauchen sich keinen Kopf machen. Es sei denn, Selbstständige kommen zu dem Schluss, dass der Steueranteil für Waffen ihnen zu schwer im Magen liegt. Da hat schon mancher diesen Anteil zurückgehalten und auf ein Anderkonto eingezahlt, worüber weder das Finanzamt noch er selber verfügen konnte. Ganz gewiefte Selbstständige haben sogar über Jahre hinweg die vollständigen Steuern verweigert, weil: wenn man nur diesen Waffenteil zurückhält, würde aus dem Rest doch wieder prozentual die Kriegskasse bedient. Und alle zivilen Zwecke bekämen weniger, was nicht beabsichtigt wurde.

Natürlich holte der Gerichtsvollzieher sich die fälligen Beträge dann – meist respektvoll – aus der Betriebskasse, wobei er den angebotenen Kaffee berufsbedingt ausschlagen musste. Dabei hätten die Finanzämter einen Spielraum, den Kriegssteuerverweigerern entgegenzukommen. Sie dürfen die Gewissensbissen als ‚unbillige‘ oder ‚erhebliche‘ Härte anerkennen.

## Wahlmöglichkeit bei der Einkommenssteuer

Das Netzwerk Friedenssteuer e.V. wird dieses Jahr 40 Jahre alt (...ja, danke sehr! Aber lieber wären wir als Verein längst überflüssig...) und hat all diese Zeit versucht, eine mehr demokratische Steuerregelung poli-

tisch durchzusetzen. Das Ziel: Alle Steuerzahlenden können den Anteil ihrer Steuern, der für Rüstung und Militär ausgegeben wird, abwählen, um ihn in Steuern für zivile Zwecke umzuwidmen. Das könnte praktisch einfach umgesetzt werden, indem auf dem Einkommenssteuerformular zwei Kästchen eingeführt werden, wo hinter A) steht: „Nur für zivile Zwecke verwendbar“ und hinter B): „Auch für Militär verwendbar“. Wer weiterhin Militär will, kann das dann ebenfalls demokratisch wählen. Wir wollen niemandem etwas überstülpen! Es geht uns nicht darum, weniger Steuern zu zahlen. Es geht uns nicht darum, bestimmen zu wollen, wofür dieser Anteil genau ausgegeben wird – es geht uns nur darum, dass unsere Steuern für alle zivilen Zwecke, die im Bundeshaushaltsplan stehen, verwendet werden, nur nicht für Waffen und Militär.

Lobbyarbeit bei den Abgeordneten des Bundestags und – hilfsweise – 90 Steuerverweigerungs-Prozesse vor Finanzgerichten waren nicht von Erfolg gekrönt. Verschiedene Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht wurden als „offensichtlich unbegründet“ nicht zur Behandlung angenommen. Wir wollen endlich das Recht bekommen, mit unseren Steuern keine Kriegsverbrechen zu begehen. Wir brauchen 50.000 Unterschriften, damit der Petitionsausschuss sich mit unserer Forderung beschäftigen muss. Den Petitionstext finden Sie hier: <https://openpetition.de!/gfcxq>.



Briefmarke vom Netzwerk Friedenssteuer. Quelle: [netzwerk-friedenssteuer.de](http://netzwerk-friedenssteuer.de).

# Ignorierte Tyrannen

Zum erneuten Bürgerkrieg im Sudan

von Pablo Flock

Friedensverhandlungen im Sudan scheinen kaum eine Perspektive für Frieden und noch weniger für Demokratie und Gerechtigkeit zu bieten. Mit dem jahrelangen Votum für die Autokratie bleibt auch der Westen verantwortlich für die aktuelle Katastrophe.

Versprochene und immer wieder gebrochene Waffenstillstände, Friedensverhandlungen zwischen Generälen verschiedener Sicherheitsinstitutionen eines Landes und eine schreckliche humanitäre Situation – seit Mitte April 2023 ist der Sudan wieder auf den Titelseiten der Zeitungen und in den TV-Nachrichten zu sehen. Alle sind darüber informiert, welches Land aus dem globalen Norden seine Bürger\*innen am schnellsten, entschiedensten, oder – wie es die Bundeswehr gerne über sich hört – am robustesten evakuiert. Die sudanesishe Bevölkerung wird währenddessen oft nur mit der Zahl der hunderten Toten bedacht, vielleicht noch ergänzt durch eine halbwegs aktuelle Bezifferung der tausenden Verletzten, der hunderttausenden intern Vertriebenen und Geflüchteten und dem leicht zu unterschätzenden humanitären Faktor, dass vielen Menschen in der Hauptstadt Khartoum das Wasser und die Lebensmittel ausgehen, während eine Flucht aus der Stadt wegen der Straßenkämpfe lebensgefährlich bis unmöglich ist. Beide Kriegsherren scheinen keine Probleme damit zu haben, Wohngebiete zu bombardieren bzw. als menschliche Schutzschilde zu verwenden. Kritische zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser werden angegriffen und fallen auf Grund von Stromausfällen und Materialmangel aus, während sich Krankheiten ausbreiten. Besonders in Gebieten der Miliz Rapid Support Forces RSF wird auch von Angriffen auf Zivilist\*innen und sexueller Gewalt berichtet. Tausende sitzen wegen fehlender Papiere z.B. auf der Flucht nach Saudi-Arabien in Port Sudan fest oder fliehen in die ebenso kriegszerrütteten Länder Südsudan und Äthiopien.

Für die seit dem Putsch der Generäle immer wieder in Großprotesten aufbegehrende und dabei mehrfach auch massakrierte Bevölkerung kommt das nicht über-

raschend. Ein Nachfolgekrieg zwischen den beiden Generälen, die während anhaltender Proteste im Jahr 2019 ihren damaligen Chef an der Staatsspitze ersetzten, war stets eine Möglichkeit, da beiden Verfahren wegen Kriegsverbrechen drohen könnten, wenn die Macht von zivilen, gewählten Volksvertretern übernommen würde. Eine Integration der RSF in die regulären Streitkräfte, wie es von den zivilen Kräften für Freiheit und Veränderung (FFC), die am sogenannten Übergangsprozess beteiligt waren, wie auch von den davon ausgeschlossenen Übergangskomitees gefordert wurde und im Dezember letztendlich auch beschlossen wurde,<sup>1</sup> erschien kaum wahrscheinlich – weder in den vom obersten General al-Burhan anvisierten zwei Jahren, noch in den vom Milizenführer Mohamed Hamdan Dagalo vorgeschlagenen zehn Jahren.

## Von der ethnischen Gewalt zur Gewaltökonomie

Zu groß sind die Reichtümer, die individuellen politischen Chancen und wirtschaftlichen Netzwerke, aber eben auch drohende Strafen, die die beiden Generäle in den vorangegangenen Bürgerkriegen im Sudan aufgehäuft haben. Auch wenn der jetzige Konflikt keiner dieser typischen postkolonialen Konflikte über Landverteilung und Staatsdominanz zwischen verschiedenen in einem Staat zusammengepferchten Ethnien ist, entspringen die materiellen und sozialen Ressourcen der beiden durch Gewalt geadelten Streithähne solchen postkolonialen und zudem durch den Klimawandel angeheizten Konflikten.

Die Bevölkerung im nicht-muslimischen, schwarzafrikanischen Südsudan und dem vormals unabhängigen Kalifat Darfur im Westen des Landes wurde während der britischen Kolonialzeit und bei der Entkolonialisierung der Hauptstadt Khartoum im arabischen Norden unterstellt. Nachdem die Bevölkerung im Südsudan keine Lebensverbesserung spürte, während seit Jahrzehnten die Ölquellen sprudelten, begann 1983 der schreckliche Bürgerkrieg, der 2011 letztendlich zur



Gründung des Südsudans führte. In Darfur führte der Rückgang des fruchtbaren Landes zu ethnischen Spannungen und endete in dem, was Harald Welzer in seinem gleichnamigen Buch den ersten „Klimakrieg“ nennt.<sup>2</sup> Die Regierung unter dem Langzeit-Diktator Omar al-Bashir bewaffnete die aus arabischen, viehtreibenden Gruppen rekrutierten Dschandschawid Milizen, welche die Fur und andere, oft als „afrikanisch“ identifizierte, Ackerbau betreibenden Bevölkerungsteile teilweise vertrieben und dabei einen Genozid mit über einer vier-tel Mio. Toten begingen.

Der jetzige Armeechef General Abdel Fattah al-Burhan machte in Darfur militärische Karriere unter dem Diktator al-Bashir. Dieser wartet mittlerweile in Den Haag auf sein Verfahren wegen dieses Genozids, nachdem al-Burhan ihn gemeinsam mit Dagalo wegputschte und auslieferte, dessen Rapid Support Forces die institutionalisierten Dschandschawid-Milizen sind.

Dagalo, der mit seinen schweren Menschenrechtsverbrechen in Darfur, an Demonstranten in Khartoum und seiner fehlenden staatlichen Legitimation im jetzigen Konflikt die größten Chancen auf internationale Strafverfahren hat, hat natürlich auch kein Interesse, an Souveränität einzubüßen und sich unterzuordnen und damit auslieferbar zu machen. Mit sicheren Cashflows und Waffenversorgung kann er es wagen und könnte es sich lohnen, die zahlenmäßig überlegene Armee herauszufordern. So können international vernetzte Warlords und Reste einer diktatorischen Militärverwaltung auf dem Rücken einer demokratiehungrigen Bevölkerung ihren Krieg um Macht und Pfründe austragen.

### Ein geopolitischer Stellvertreter-Bürgerkrieg?

Beide haben über die Jahre ihres Aufstiegs natürlich auch im Ausland Verbündete gesammelt und verschiedene Mächte werden verdächtigt, Stellvertreterkonflikte auszutragen. Ausgiebig thematisiert wurden in den westlichen Medien natürlich die Verbindungen Dagalos zur Söldnerarmee Gruppe Wagner des russischen Oligarchen Jewgeny Prigoschin. Dessen Firmen Meroe Gold und M-Invest sind - wie auch in der angrenzenden Zentralafrikanischen Republik - stark ins sudanesisische Goldgeschäft involviert, das hauptsächlich von Dagalo dominiert wird, dem dabei Schmuggel und Raub nachgesagt werden. Die Lieferung von Flugabwehrraketen durch ein Flugzeug der Söldnergruppe, über die einhellig berichtet wurde, scheint dabei jedoch die einzige unmittelbare Unterstützung zu sein. Die Gruppe Wagner bestreitet, im Land aktiv zu sein. Ebenso durch das Gold an Dagalo gebunden sind die Vereinigten Arabischen Emirate, die dessen größter Abnehmer sind und die Miliz im Vorfeld mit Waffen versorgten.

In dem Licht sehen die internationalen Verbindungen seines Widersachers, des offiziellen Staatschefs während der Übergangszeit, al-Burhan, eher bescheiden aus. Etwas Legitimationsshow konnte er sich bei einem Besuch in Ägypten abholen und zumindest scheint es, nachdem Dagalos RSF einige ägyptische Soldaten gefangen nahm und ein ägyptisches Flugzeug zerstörte, dass al-Burhan auch etwas militärische Unterstützung bekam.

Natürlich haben auch die anderen Nachbarstaaten Interessen und Präferenzen. Uwe Kerkow mutmaßt im Onlinemagazin Telepolis, dass die äthiopische Führung eher Dagalo favorisiere, weil al-Burhan eben von Ägypten unterstützt wird, welches Äthiopien wegen des Aufstauens des Nils im Grand Ethiopian Renaissance Damms mehrfach bedrohte. Belege dafür bleibt er allerdings schuldig.<sup>3</sup>

Weitere wichtige Akteure in der generell destabilisierten Region sind Warlords und Rebellengruppen. Wie Hannah Wettig in der jungle.world schreibt,<sup>4</sup> sei der Gründer der Dschandschawid Milizen, Musa Hilal, schon länger mit Dagalo verfeindet und nun explizit mit al-Burhan verbündet, was wiederum den Tschad auf al-Burhans Seite ziehe, da Musas Tochter mit dem ehemaligen Diktator, dem Vater des jetzigen Diktators, verheiratet war. In der Zentralafrikanischen Republik sei es wiederum andersherum: Dagalo kämpfe zusammen mit den Wagner-Söldnern an der Seite der Regierung, während die bekämpften Rebellen von Musa unterstützt würden. Ein weiterer wichtiger Warlord in der Region ist Khalifa Haftar, Führer der Libyan National Army, der zusammen mit dem Abgeordnetenhaus in Tobruk den größten Teil Libyens regiert. Dieser lieferte wohl Waffen an Dagalo und kämpft ebenfalls mit der Wagnergruppe. Allerdings wird Haftar auch von Ägypten unterstützt, was die eindeutige Einteilung der bewaffneten Gruppen in der Region in zwei Lager unterminiert.



Rechts Abdel Fattah al-Burhan und links Mohammed Hamdan Dagalo. Quelle: Screenshot von Voice of America.



Proteste im Rahmen der sudanesischen Revolution im Jahr 2019 - im Hintergrund zu sehen ist ein Banner des Verbands der sudanesischen Arbeitslosen. Quelle: Flickr/ Hind Mekki.

### **Multipolarität der MENA-Region**

Da beide Seiten im sudanesischen Konflikt bis vor Kurzem eine recht geschmiert laufende geteilte Macht ausübten und beide, die sudanesische Armee und die RSF, im Verbund mit verschiedenen arabischen Staaten Seite an Seite im Jemen kämpften, scheitern Versuche, die Konfliktparteien zu Stellvertretern größerer Mächte zu reduzieren. Russland, das von Dagalo eine Zusage für eine Militärbastion am Roten Meer bekam, ist die einzige überregionale Großmacht, die aber auch nur über die private Söldnerarmee mit Waffenlieferungen und Goldschmuggel involviert ist, welche, wie kürzlich in der Ukraine geschehen, oft recht eigenständig agiert. Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und die afrikanischen Nachbarländer werden ihre Interessen sicherlich zu sichern suchen – doch ein ausgedehnter Krieg im Land nutzt auch diesen wenig.

Saudi-Arabien, das wohl reichste und mächtigste Land der Region, scheint deshalb auch kaum Partei zu ergreifen und bewirtschaftet stattdessen zusammen mit den USA die Friedensverhandlungen und bietet Zuflucht für Geflüchtete. Auch wenn die einzige westliche Großmacht sozusagen bei den Friedensbrokern sitzt, sind dies keine besonders guten Nachrichten für die Menschen im Sudan. Natürlich wird das Schweigen der Waffen von allen vorrangig begrüßt werden. Doch die Zeiten, in denen demokratische Kräfte und normale Menschen des Sudans an Verhandlungen über die institutionelle Zukunft teilnahmen, sind wohl vorerst vorüber, und das eigentlich auch schon lange.

Denn Autokratie und Gewaltherrschaft sind nicht nur für Russland, die monarchischen Golfstaaten und das ebenfalls durch ein Militärregime regierte Ägypten Normalität. Obwohl ihr Einfluss hier minimal erscheint, erhalten auch die USA und die europäischen Mächte nur allzu gerne autokratische Regime in der Region, solange diese ihren Interessen entsprechen – was im Sinne europäischer Mächte bedeutet, dass diese sich nur anschicken sollen, die Durchreise von Migranten aus den von bewaffneten Konflikten und Klimawandel geplagten Gegenden Afrikas in Richtung Europa zu unterbinden.

### **Grenzposten Sudan**

Ebenso wie in Ägypten, Libyen, Marokko und der Türkei hatten die EU und ihre Mitgliedsstaaten auch im Sudan keine Probleme damit, autoritäre und menschenverachtende Regime in seine Grenzschutzstrategien einzubinden und ihre repressiven Gewaltapparate dafür aufzurüsten.

So berichtete im Jahr 2016 beispielsweise der Spiegel über rund 46 Mio. aus der EU für den Grenzschutz im Sudan, von dem besonders die RSF profitiert hätten,<sup>5</sup> die laut Human Rights Watch jedoch oft gemeinsame Sache mit den erpressenden und vergewaltigenden Schmugglern machten. Deutschland sei dabei federführend bei den Verhandlungen gewesen. Eine Studie der Menschenrechtsorganisation Oxfam veröffentlichte 2017 Ergebnisse, die belegen, dass von 400 Mio. Euro des im Rahmen des Khartoum Prozesses verteil-

ten Emergency Trust Fund for Africa „nur drei Prozent in die Entwicklung sicherer und legaler Migrationsrouten flossen. Der größte Teil ging an die Migrationskontrolle.“<sup>6</sup>

Da diese Zusammenarbeit schon dem ehemaligen Diktator al-Bashir gute Dienste im Sinne einer gewissen internationalen Akzeptanz durch den Westen sowie mutmaßlich 2017 auch eine Lockerung der US-Sanktionen einbrachte, war es für Dagalo nach dem Putsch naheliegend, gegenüber den europäischen Ländern zu bekräftigen, dass sie die Migrationskontrolle nicht im Eigeninteresse ausführten und sich die Länder im Norden ihren Wohlstandsschutz etwas – am besten eine Flotte neuer Geländewagen – kosten lassen sollten und das Militärregime besser akzeptieren sollten.<sup>7</sup>

Ein neues „Mythbusting“-Factsheet des Auswärtigen Diensts der EU (EEAS),<sup>8</sup> das seit dem Ausbruch der Kämpfe ganz oben bei den Suchmaschinen erscheint, gibt jedoch an, die EU hätte dem Sudan niemals im Rahmen des sogenannten Khartoum Prozess, dem Migrationsforum mit den ostafrikanischen Ländern, Gelder zur Migrationskontrolle bereitgestellt. Der Kapazitätsaufbau im Rahmen des Better Migration Management Programms mit der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sei wegen der politischen und der Sicherheitslage ausgesetzt. Ebenso das Regional Operational Center in Khartoum (ROCK), in dem die verschiedenen, größtenteils autokratischen Länder der Region Daten über Grenzkontrolle und -schutz, Schleuserkriminalität und Migrationsrouten austauschen. Wie die Deutsche Welle berichtete, geschah dies, nachdem im Juni 2021 die RSF ein Massaker an über 120 Demonstranten in der Hauptstadt verübte.<sup>9</sup>

### „Demokratische Werte“ im Sudan hintangestellt

In jedem Fall war die Unterstützung gering, welche die Protestbewegung gegen die Herrschaft der Militärs nach der Machtübernahme durch die zwei Generäle bekam. Es wurden zwar z.B. in Deutschland Geberkonferenzen organisiert, wo 1,8 Mrd. Euro an finanziellen Hilfen für den Sudan gesammelt wurden, und die EU stellte 100 Mio. Euro zur sozialen Absicherung bereit.<sup>10</sup> Doch die Unterstützung eines Übergangsprozesses, der durchgehend durch Militärs geprägt war und nicht die Unterstützung der Masse der Bevölkerung genoss, war zum Scheitern verurteilt. Im Gegensatz zu Mali, das einen von breiten Massen der Bevölkerung unterstützten Putsch erlebte und Sanktionen von Seiten der EU und seines regionalen Blocks erlebte, hielten sich diese Druckmittel im Falle der viel unpopulärerem Putschregierung im Sudan in Grenzen. Und das, obwohl die Aktivisten der Widerstandskomitees drei Jahre lang vor einer solchen Situation wie jetzt warnten.<sup>11</sup> Diese revo-

lutionäre Basisorganisationen nahmen deshalb auch nicht am Transitionsprozess der Generäle teil – waren aber auch nicht dazu eingeladen. Nun bleibt auch den Kräften für Freiheit und Wandel, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die am Übergangsprozess beteiligt waren, nichts anderes übrig, als Friedensverhandlungen zu begrüßen. Eine zivile Beteiligung an der Gestaltung der institutionellen Zukunft des Sudans bleibt an diesem Punkt unwahrscheinlich. Die Widerstandskomitees sind derweil zum Rückgrat der von den Kämpfern betroffenen Zivilbevölkerung geworden, managen improvisierte Erste-Hilfe-Zentren, dokumentieren Kämpfe in Echtzeit, um sicherere Fluchtbewegungen zu ermöglichen und richten Shuttle-Services ein<sup>12</sup> – kümmern sich um den Scherbenhaufen, den man die bewaffneten Kräfte hat anrichten lassen, in dem Glauben, dass diese ihre Macht irgendwann einfach aufgeben würden.

### Anmerkungen

- 1 Al-Rujuob, Awad: Sudan leader says to build professional army under elected civilian authority aa.com.tr 26.3.2023
- 2 Welzer, Harald: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2008
- 3 Kerkow, Uwe: Eskalation im Sudan: Anzeichen eines neuen Stellvertreterkrieges. telepolis.de 23.4.2023
- 4 Wettig, Hannah: Krieg statt Demokratie. shop.jungle.world 27.4.2023
- 5 Dahlkamp, Jürgen und Maximilian Popp: EU to Work with African Despot to Keep Refugees Out. 13.5.2016 spiegel.de
- 6 Zitat aus: Chandler, Caitlin: Inside the EU's flawed \$200 million migration deal with Sudan. thenewhumanitarian.org 30.01.2018 ; Oxfam Briefing Note: An Emergency Trust Fund for Whom? The EU Emergency Trust Fund – migratory routes and development aid in Africa. November 2017 oxfam.org
- 7 Rosca, Matei: Top Sudan general warns country could be source of refugee influx to Europe politico.eu 1.12.2021
- 8 Mythbusting: What the EU Really does in Sudan. Download: eeas.europa.eu
- 9 Wills, Tom: EU stops Sudan border control projects amid repression fears. 22.7.2019 dw.com
- 10 Erklärungen des Auswärtigen Amts in der Regierungspressekonferenz vom 7.1.2022 auswaertiges-amt.de; European Union announces €100 million to support the democratic transition process in Sudan. 1.3.2020 reliefweb.int
- 11 Luck, Taylor: Sudanese to world: Violence in Khartoum shows strongmen can't be trusted. 18.4.2023 csmonitor.com
- 12 Palermo, Rachel: Amid Sudan's Chaos, Youth Groups Work for Peace. usip.org 2.5.2023

# Anerkennung der Multipolarität

Bundesregierung passt ihre Sahel-Strategie an

von Christoph Marischka

Zuletzt im Frühjahr 2021 hatte die Bundesregierung die „Strategische Ausrichtung ihres Sahel-Engagements“ ausformuliert und im April den Obleuten der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges, Verteidigung und Entwicklung zugeschickt. Die IMI urteilte seinerzeit, das Dokument sei „geprägt von einem humanitär verklau-sulierten Paternalismus und dem Anspruch, die ganze Region nach im Wortsinne deplatzierten, eigenen Vorstellungen umzubauen“ (s. IMI-Standpunkt 2021/026). Konkret wurden sechs Ziele definiert, an denen sich das deutsche „Engagement“ orientieren solle. Das erste beispielsweise lautete: „Gewalt und humanitäre Not in den G5-Sahel-Staaten nehmen ab“. Angekündigt wurde auch eine „regelmäßige Bewertung von Lageveränderung, Zielerreichung und Mitteleinsatz“. Eine solche Lagebeurteilung ist nun tatsächlich erfolgt und mündete in die „Neubestimmung und Anpassung des Sahel-Engagements der Bundesregierung“, die vor wenigen Tagen wiederum an die entsprechenden Obleute verschickt wurde. Kurz gesagt wirkt sie erfrischend ehrlich sowohl was die bisherige Bilanz, als auch was die eigenen Möglichkeiten und Ziele angeht.

## Bestandsaufnahme: Gescheitert.

So beginnt das Dokument mit einer Anerkennung des bisherigen Scheiterns: „Die Sicherheitslage, die humanitäre und die politische Lage im Sahel haben sich trotz langjährigen und erheblichen internationalen Engagements seit 2021 deutlich verschlechtert“. Der eigentlichen Neubestimmung ist außerdem ein Anschreiben an die Parlamentarier\*innen vorangestellt, das vom Bundesverteidigungsminister und den Bundesministerinnen für Auswärtiges und Entwicklung unterzeichnet ist. Darin heißt es: „Wichtig ist, dass wir dabei einen realistischen Blick dafür behalten, was wir mit unserem Engagement in der Region leisten und erreichen können“. Eine ähnliche Formulierung findet sich noch einmal unter „Ausblick“ am Ende des Dokuments. Die „Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Sicher-

heitskräften“ Malis und Burkina Fasos werden ebenso wie die Kapazitäten der UN-Mission MINUSMA und die Wirkung der regionalen Kooperationsstrukturen (gemeint ist hier die von der EU finanzierte G5-Truppe) als „begrenzt“ bezeichnet.

Ebenfalls relativ nüchtern wird konstatiert, dass „[a]utoritäre Ordnungsmodelle, seien sie militärisch, nationalistisch oder religiös geprägt, ... in den Bevölkerungen der Sahel-Staaten größeren Zuspruch [erfahren] als zuvor“. Dies sei „Ausdruck einer tiefgehenden Unzufriedenheit mit der Sicherheits- und sozioökonomischen Lage“ und habe „in Mali und Burkina Faso ... zu einer Anpassung des internationalen Sicherheitsengagements in der Region geführt“. „Diese Situation wird von Russland genutzt, um sich den Sahel-Staaten als alternativer Partner anzubieten. Auch China hat seinen Einfluss im Sahel in den letzten Jahren ausgebaut, insbesondere durch repräsentative Bau- und Infrastrukturprojekte, die Beteiligung der Sahel-Staaten an der ‚Neuen Seidenstraße‘ sowie die Intensivierung der Handelsbeziehungen“.

## „Stabilisierungsbogen“ in der Multipolarität

Die nüchterne und realistische Sichtweise setzt sich u.a. darin fort, dass nach diesem einleitenden Überblick über die „Entwicklungen in der Sahel-Region“ der zweite Abschnitt des Dokuments klipp und klar mit den „Interessen Deutschlands im Sahel“ überschrieben ist und dort die neue „Multipolarität“ explizit anerkannt wird: „In einer Zeit zunehmender Multipolarität und systemischer Rivalität hat Afrikas geostrategische Bedeutung für Deutschland zugenommen“.

Als Schlussfolgerung wird zukünftig eine „[d]ifferenzierte Zusammenarbeit mit den Sahel-Staaten“ angestrebt. Während man die Zusammenarbeit mit den Regierungen in Niger und Mauretanien („als einziger Partnerstaat der NATO im Sahel“) ausbauen werde, wolle man in den anderen Staaten „verstärkt auf die Zusammenarbeit mit dezentralen (regionalen oder kom-





Eine Straße im Viertel Korofina in Bamako. Quelle: wikimedia/ Carolinerre.

munalen) Strukturen sowie mit zivilgesellschaftlichen, nichtstaatlichen und multilateralen Akteuren“ setzen. Entsprechend spielen im Folgenden die „Instrumente der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sowie der Kommunikation“ eine größere Rolle, die u.a. genutzt werden sollten, um „die Entwicklung von Deutschland- und EU-freundlichen Narrativen“ zu fördern und „gezielter in die langfristige Bindung von (zukünftigen) Eliten und Angehörigen der Zivilgesellschaft im Sahel an Deutschland [zu] investieren“. Einigermaßen Klartext wird auch hinsichtlich der „Sicherheitspolitischen Instrumente“ gesprochen, wenn der „Aufbau

eines zusätzlichen Stabilitätsbogens um Mali und Burkina Faso“ angestrebt wird. Hierzu wolle man den tatsächlich bereits seit gut fünfzehn Jahren angestrebten Ausbau „der zivilen und militärischen Sicherheitskräfte durch Beratung, Ausbildung und Ausstattung in den Anrainerstaaten am Golf von Guinea, in Niger und in Mauretanien verstärkt unterstützen“. Anzuerkennen, dass diese Aufrüstung ihren Anteil an der Zunahme autoritärer Tendenzen in der Region hatte, so weit geht der Realismus des Textes dann aber nicht. Immerhin wird dieser Ansatz nun aber weniger humanitär verklausuliert und offener mit den „deutschen Interessen“ in Zeiten „systemischer Rivalität“ begründet.



Eine Straße im Viertel Niarela von Bamako. Quelle:; Flickr/ Mark Fischer.

### Ist das schon feministisch?

Bemerkenswert ist auch, dass hier in einem der ersten Strategiedokumente nach der Veröffentlichung der „Leitlinien für feministische Außenpolitik“ nur eine Bezugnahme auf dieses vermeintlich handlungsleitende Prinzip stattfindet. Sie erfolgt lediglich im vierten von zwölf Vorhaben im Unterpunkt 4.1. („Politische Maßnahmen und zivile Instrumente der Zusammenarbeit“): „politische Bildung, Teilhabe- und Ausdrucksmöglichkeiten sowie eine pluralistische Kultur fördern. Im Sinne der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik von AA und BMZ sollen dabei die Bedarfe von Frauen, jungen Menschen sowie benachteiligten Gruppen besonders in den Blick genommen werden“. Das ist er wohl, der „Realfeminismus“, von dem Außenministerin Baerbock bei der Vorstellung der Leitlinien gesprochen hatte.



# Gegen Partei, Bevölkerung & Völkerrecht

## Regierung und Parlament in Spanien gespalten über Umgang mit Westsahara

von Pablo Flock

Seiner eigenen Linie bleibt der spanische Ministerpräsident jedenfalls treu: Er hatte schon im März 2022 den marokkanischen Autonomieplan als die „ernsthafteste, realistischste und glaubwürdigste Grundlage für eine Lösung des Konflikts“ um die ehemalige spanische Kolonie West-Sahara bezeichnet. Von den Vereinten Nationen (UN) wird hingegen ein Referendum erwartet, in dem die sahrauische Bevölkerung über ihre Unabhängigkeit oder den Verbleib in Marokko entscheidet. In seinem jüngsten Besuch im benachbarten Königreich bekräftigte Sanchez Anfang Februar die Unterstützung für Marokkos Vorschlag und bekam dafür vage Zusagen über eine Normalisierung des Zolls und Verkehrs von Waren und Gütern in die, großteils von Marokko umgebenen, spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Bei vagen Zusagen blieb es wohl, weil der marokkanische König durchaus weiß, wie vorläufig eine solche Zusage eines gewählten Vertreters ohne den notwendigen Rückhalt ist.

### Staatsbürgerschaft für Kolonialisierte

Schon im letzten Jahr machte das spanische Parlament deutlich, dass Sánchez für solche Deals keine Rückendeckung hat. Ausgerechnet die Partei Unidas Podemos (UP), die als Juniorpartner in der Regierungskoalition mit Sánchez' sogenannter Sozialistischer Arbeiterpartei (PSOE) fungiert, trieb eine parlamentarische Stellungnahme voran, die Sanchez' Akt verurteilte. Außerhalb der PSOE stimmten damals keine Abgeordneten gegen das Zurückpfeifen Sánchez', und selbst innerhalb seiner Partei gab es abtrünnige Stimmen. Knapp zwei Wochen nach dem jüngsten Besuch vom Februar 2023, nahm der Kongress eine Gesetzesinitiative der UP an, die Sahrauis, die vor der Entkolonialisierung im Jahr 1976 in der Westsahara lebten, sowie ihren Nachkommen die spanische Staatsbürgerschaft ermöglicht. Der Gesetzesentwurf muss auch noch von der zweiten Kammer, dem Senat, angenommen werden. Innerhalb des Kongresses stimmte wieder ausschließlich die

PSOE gegen den Entwurf, während sich die extrem-rechte Partei Vox enthielt. Alle anderen stimmten für den Entwurf, neben verschiedenen kleinen, meist linksgerichteten Fraktionen auch die Abgeordneten der größten Oppositionspartei, der konservativen Partido Popular. Dies zeigt, wie stark der traditionelle Konsens innerhalb der Bevölkerung Spaniens und zwischen den Parteien ist, den Sahrauis das ihnen nach internationalem Recht zustehende Referendum zu gewähren. Im letzten Jahr erklärte Cuca Gamarra, der Fraktionssprecher der PP, dass ihre Verurteilung von Sanchez' unilateraler Anerkennung von Marokkos Souveränität über die Westsahara „der Position entspreche, die die PP immer hatte“.<sup>1</sup>

### Grenzschutz als Unterpfand

Dies ist beachtlich für eine immigrationskritische, konservative Partei, da Sánchez Einlenken auf eine Erpressung Marokkos folgte, wobei Marokko für kurze Zeit den Grenzschutz zu den beiden Exklaven Melilla und Ceuta unterließ, woraufhin im Mai 2021 rund 10.000 irreguläre Migrant:innen Ceuta erreichten. Marokko war damals verärgert, dass dem Führer der sahrauischen Unabhängigkeitsorganisation Polisario in Spanien ein Krankenhausaufenthalt zur Behandlung einer Covid-Erkrankung mit schwerem Verlauf gestattet wurde. Im März 2022 gelangten dann wieder Hunderte Migrant:innen nach Melilla. Nach Sanchez' Kniefall zeigte sich Marokko jedoch wieder kollaborativ und hielt die von einem Leben in Europa Träumenden mit eiserner Faust ab. 23 Personen starben dabei durch Prügel marokkanischer Beamter.<sup>2</sup> Vielleicht gab Sanchez, in den Augen der PP, das traditionelle Festhalten am Völkerrecht aber auch einfach zu billig auf. So kritisierte beispielsweise der Senator Juan Ortiz der PP am 21. Februar 2021 im Senat, dass nicht einmal die Zollämter von Melilla und Ceuta wieder geöffnet wurden, worauf seit Mai letzten Jahres gewartet wurde. Zudem fragte er den Senat entsetzt: „Wie konnte es sein, dass die Frage der [West-]Sahara nicht genutzt wurde, um die [spanische] Souveränität



Sahrawi Frauen demonstrieren in Westsahara gegen die etwa 2.700 km lange „Mauer der Schande“, die die von den POLISARIO und von Marokko kontrollierten Gebiete in Westsahra voneinander trennt. Quelle: wikimedia/ Western Sahara.

über Ceuta und Melilla zu festigen?“<sup>3</sup> Marokko hält die beiden Enklaven immer noch für sein eigenes, von Spanien besetztes Gebiet. Solche Meinungen scheinen sich sogar bis in die progressive Zeitung *El Mundo* zu ziehen: „Dies, Herr Präsident, bleibt etwas, was uns kränkt: Sie haben etwas angeboten, das Ihnen nicht gehört, und im Gegenzug geben Sie uns Worte und eine Ladung von Absichtserklärungen, die kürzer halten als ein Lutscher am Schultor“,<sup>4</sup> so die Journalistin Marisa Cruz im Bezug auf das legal unverbindliche Memorandum der Premierminister Marokkos und Spaniens.

### Bio- vs. Energiepolitik

Ein weiterer Grund gegen Sanchez Billigung des marokkanischen Autonomieplans, der auch Rechte überzeugt, ist die Abhängigkeit von algerischem Gas. Algerien ist ein starker Unterstützer der sahrauischen Unabhängigkeitsbewegung. Die Lager, wohin sich die Sahrauis aus den besetzten Gebieten flüchteten, liegen auf seinem Gebiet. Zudem ist es der größte Gasexporteur Afrikas. Spanien sitzt gewissermaßen zwischen den Stühlen der beiden Nachbarn – vom einen besonders in der Migrationspolitik und vom anderen in Energiefragen abhängig. Seit der Jahrzehnte dauernde Waffenstillstand zwischen Marokko und der POLISARIO im Jahr 2020 von letzterer als beendet erklärt wurde, nachdem Marokko eine zivile (unbewaffnete) Straßenblockade auf POLISARIO Gebiet mit Gewalt räumte, hat Algerien alle Beziehungen zu Marokko auf Eis gelegt. Zudem schloss es eine Pipeline, die über Marokko nach Spanien führt, damit Marokko kein Gas bekommen könne. Dies

verringerte auch die Menge die nach Spanien gelangte, nun nur noch über die direkte Medgaz-Pipeline und als Flüssiggas auf Tankern. Zuvor war Algerien mit fast der Hälfte aller spanischer Gasimporte der größte Importeur des Landes. Nun, nachdem seine Exporte in das Land um rund die Hälfte fielen, ist es auf Platz zwei nach den USA, wobei auch russische Flüssiggasimporte zunahmen, wie die Opposition anprangert. An den überproportional zu anderen westeuropäischen Ländern gestiegenen Gaspreisen leiden besonders energieintensive Industrien wie die Keramikindustrie, wo Spanien, nach China und gefolgt von Italien, einer größten Exporteure der Welt ist. Ausgerechnet Italien schloss Verträge über mehr Gaslieferungen mit Algerien ab, was der Senator Carles Garcia mitverantwortlich für ein wenigstens geringes Wachstum der Keramikbranche dort machte, während diese in Spanien um 15% schrumpfte.<sup>5</sup>

### Marokkanische Legitimation von Außen

In Marokko scheint der Konflikt um die Westsahara derzeit hauptsächlich als Stellvertreterkrieg dargestellt zu werden, in dem Algerien versucht Marokko zu destabilisieren. In einem vom Aljazeera-Programm *Inside Story* geführten Interview<sup>6</sup> stellt die marokkanische Politikprofessorin Yasmine Hasnaoui, die an der Amerikanischen Internationalen Universität in Kuwait lehrt, die marokkanische Perspektive dar. Dabei wird offensichtlich, dass Marokko die Legitimität seines Autonomieplans besonders durch die Unterstützung dafür von äußeren Mächten gegeben sieht – wo es sie auch hauptsächlich zu erlangen suchen scheint. In diesem

Bereich hat es in den letzten Jahren zweifellos große Fortschritte gemacht. Der größte Wurf war sicherlich die Anerkennung der Souveränität über die Westsahara durch die Weltmacht USA. Diese tauschte der damalige Präsident Donald Trump gegen Marokkos Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel im Rahmen der sogenannten Abraham Accords ein. Mit der Initiative schaffte es Trump, einen Teil der Regierungen überwiegend muslimischer Länder, die diplomatische Beziehungen zu Israel wegen der Besetzung der palästinensischen Gebiete boykottierten, von diesem Weg abzubringen. Wie auch in Marokko wurden diese Verträge von Waffenlieferungen zuvor blockierter Systeme (zB. Kampfjets) flankiert. Marokko bekam die Westsahara dazu.

### Deutschland auf Seite der Besatzer

Spanien zog nach den zeitweise unbewachten Grenzen nach und mit Antritt der neuen Bundesregierung ebenso die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock. Bei einem Besuch Baerbocks im Königreich und auf der Webseite des Auswärtigen Amts wurde dann ebenso verlautbart, dass Marokko mit seinem Autonomie-Plan „einen wichtigen Beitrag für eine solche Einigung“ gebracht hätte. Auch Deutschland hatte Marokko zuvor, mit einer Blockade aller diplomatischer Beziehungen und sogar der Entwicklungszusammenarbeit der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), erpresst. Die vorherige Bundesregierung hatte auf Nachfrage noch geantwortet, dass man sehr wohl an diplomatischen Beziehungen interessiert sei, man würde sich „aber nicht unter Druck setzen lassen, dafür rechtsstaatliche und völkerrechtliche Prinzipien aufzugeben.“<sup>7</sup> Baerbock lobte dann nicht nur den Autonomieplan, sondern auch die Zusammenarbeit bei regenerativer Energie und der Bekämpfung illegaler Migration. Es kam jedoch kein Wort von Baerbock zu den 23 Menschen, die kurz zuvor, bei Marokkos hartem Durchgreifen als Beweis seines guten Willens gegenüber Spaniens, starben. Andererseits ist die Überbewertung der Lobe für den Autonomieplan Marokkos auch ein Fehler, wie ihn Hasnaoui im besagten Aljazeera Interview wiederholt macht. Sie spricht dort mehrfach von der Unterstützung des UN-Sicherheitsrats und auch der EU für den marokkanischen Autonomieplan. Wer die Resolutionen des Sicherheitsrats jedoch liest und die Verlautbarungen der EU ansieht – wie Hugh Lovatt vom European Council on Foreign Relations in dem Gruppeninterview auch gleich widerspricht – sieht dass hier, wie auch auf der Seite des Auswärtigen Amts, neben dem Lob für Marokkos recht alte Bemühung mit dem Autonomieplan von 2007, stets auch noch das Bekenntnis zur völkerrechtlich verbindlichen Verhandlungslösung und damit dem Referendum steht.

### EU Bürger unter Besatzung

Marokko kann, wie es Prof. Hasnaoui im Interview macht, sich die Fakten zurechtbiegen und durch diplomatische Bemühungen Lob für seine recht weit zurück liegenden Bemühungen holen und Kritik umschiffen. Doch die völkerrechtlich bindenden Resolutionen, die das sahraische Volk zum entscheidenden Souverän über die Frage der Staatlichkeit macht und die POLISARIO als Vertretung dieser zum Aushandlungsprozess berechtigt, kann Marokko nicht verändern. Ebenso kann Marokko durch die Ansiedlungsprogramme von Marokkanern in das rohstoffreiche benachbarte Gebiet nur die Bevölkerung dort verändern, nicht aber die, die völkerrechtlich zu der Entscheidung über den Status des Gebiets berechtigt sind. Zur Teilnahme an einem eventuellen Referendum – wenn Marokko seine Blockade dessen eines Tages aufgeben muss – sind natürlich nur die berechtigt, die schon vor der Besetzung durch Marokko in dem Gebiet gelebt haben. Eigentlich hätten diese Menschen laut einem spanischen Dekret von 1976 schon damals das Recht auf die spanische Staatsbürgerschaft gehabt. Doch leider waren die institutionellen Gegebenheiten für solche Anträge aus den Geflüchtetenlagern nie gegeben und die marokkanischen Besatzer hatten viele Papiere vernichtet.<sup>8</sup> Mit der neuen spanischen Gesetzesinitiative, sollte sie durch den Senat kommen, würden institutionelle Möglichkeiten geschaffen, mit denen Menschen auch ihr Wahlrecht in einem eventuellen Referendum nachweisen könnten. Nebenbei würden dann bald vielleicht eine signifikante Anzahl spanischer EU-Bürger unter der oft brutal unterdrückenden marokkanischen Besatzung oder in verarmten Geflüchtetenlagern in der Sahara leben.

### Anmerkungen

- 1 El Congreso reprueba el giro de Sánchez sobre el Sáhara Occidental. [ondacero.es](https://www.ondacero.es) 7.4.2022
- 2 Streck, Ralf: „Massaker von Melilla“: Viele Tote an spanischer EU-Außengrenze. [telepolis.de](https://www.telepolis.de) 27.6.2022; und: Marokko erhält 500 Millionen Belohnung für das „Massaker von Melilla“. [telepolis.de](https://www.telepolis.de) 18.8.2022
- 3 DS. Senado, Pleno, núm. 122, de 21/2/2023
- 4 Cruz, Marisa: El trueque de Sánchez que nos ofende: puso en bandeja el Sáhara a cambio de dos decenas de memorandos sin compromiso jurídico [elmundo.es](https://www.elmundo.es) 3.2.2023
- 5 DS. Senado, Pleno, núm. 122, de 21/2/2023 [congreso.es](https://www.congreso.es)
- 6 Inside Story: Will Spain's new position on Western Sahara make a difference? [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com) 3.2.2023
- 7 Marokko – Diplomatisches Schweigen zw. Deutschland und Marokko. [maghreb-post.de](https://www.maghreb-post.de) 7.11.2021
- 8 Pina, Marina: Saharais que podrían optar a la nacionalidad española critican a Sánchez: „Siempre recelamos del PSOE cuando llega al poder“. [elmundo.es](https://www.elmundo.es) 20.2.2023

# Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über  
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de

 IMI.FB  I\_M\_I  @imi@mastodon.social

## Redaktion:

Jacqueline Andres (Tübingen), Pablo Flock (Buenos Aires),  
Thomas Gruber (Fürth), Alexander Kleiß (Tübingen),  
Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen),  
Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski  
(Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin),  
Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

## Autoren und Autorinnen:

Ali Al-Dailami ist stellvertretender Vorsitzender und  
verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE  
im Bundestag. Markus Bayer ist Projektkoordinator beim  
Bonner International Centre for Conflict Studies (BICC) und  
u.a. verantwortlich für den GMI. Gertie Brammer zeichnet  
verantwortlich für die aktuelle Petition des Netzwerk  
Friedenssteuer. Claudia Brunner ist Professorin am Zentrum  
für Friedensforschung und Friedensbildung der Universität  
Klagenfurt, Arbeitsschwerpunkte siehe [www.epistemicviolence.info](http://www.epistemicviolence.info). Markus Euskirchen wiegt Bienen, schreibt für  
die RLS regelmäßig über Netzpolitisches und Open Source  
und ab und zu gegen Militarisation. Yasmina Dahm studiert  
Geschichtswissenschaft und Sozial- und Kulturanthropologie  
in Tübingen und macht antimilitaristisches Radio bei der  
Wüsten Welle. Hannes Draeger ist aktiv in der LINKEN in  
Düsseldorf. J. Fischer ist in der Redaktion einer Schulzeitung  
in Tübingen und hat ein Praktikum bei der IMI gemacht.  
Chris Hüppmeier und Robin Lenz sind Aktivisten bei der  
Gruppe Krieg & Frieden Kassel, Studierende und aktiv im  
Arbeitskreis Zivilklausel an der Uni Kassel. Margarete Jäger  
ist Leiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung.  
Hans-Jörg Kreowski ist Professor (i.R.) für  
Theoretische Informatik an der Universität Bremen. Er ist  
Vorstandsmitglied des Forums InformatikerInnen für  
Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FiFF) und der  
Zeitschrift Wissenschaft und Frieden. Zusammen mit Wolfgang

Hofkirchner (Wien) leitet er den Arbeitskreis Emergente  
Systeme, Information und Gesellschaft der Leibniz-Sozietät  
der Wissenschaften zu Berlin. Paul Rohleder ist Mitarbeiter  
am BICC und im Projekt “Security, armaments and development  
in recipient countries of German arms exports” engagiert.  
Iris Tonks ist Mitarbeiterin des Duisburger Instituts für  
Sprach- und Sozialforschung.

## Bildnachweise wie angegeben außer:

Titelbild: Monika Natalia Mazur. S.4, 10, 11 und 17: Monika  
Natalia Mazur. Sie hat an der Accademia di Belle Arti in  
Neapel studiert. Ihre Werke sind hier zu finden: [www.instagram.com/monika\\_natalia\\_mazur](http://www.instagram.com/monika_natalia_mazur),  
Rückseite: [buechel.nuclearban.de](http://buechel.nuclearban.de).

## Hinweise zu einzelnen Texten:

Der Artikel „Militarisierung und Krieg. Der Rechtsruck aus  
der Mitte“ von Hannes Draeger erschien ursprünglich in  
„Streiken wie in Frankreich!? Wie eine Erneuerungsbewegung  
der Gewerkschaften gelingen kann.“ Marx21-Magazin,  
17. Jahrgang, Heft 74, Nr. 2, Sommer 2023. Berlin: Verein für  
solidarische Perspektiven im 21. Jahrhundert e.V. „Schöne  
Verpackung“ von Jacqueline Andres und Yasmina Dahm  
erschien am 29.4.2023 in der Zeitschrift „antifa“ Magazin  
der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur. Der  
Artikel „Munition für den Ukraine-Krieg“ ist eine deutlich  
erweiterte Fassung eines Beitrags, der zuerst unter dem Titel  
„EU und Ukraine-Krieg: Lieferung von Munition an Kiew  
nur erster Schritt?“ bei Telepolis am 5.5.2023 erschien.  
„Gegen Partei, Bevölkerung und Völkerrecht“ von Pablo  
Flock erschien vorab am 11.3.2023 in Telepolis.

## Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten  
den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat).  
Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo  
(4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland:  
Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 €  
bzw. Förderabo ab 80 €.

## Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung  
Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine  
Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht  
ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der  
Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.





**4.-9. Juli 2023 Morschenich bei Köln**  
**Zukunftscamp für atomare**  
**Abrüstung und Klima-Aktion**